liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

4.2014
www.libmag.de
7,90 EURO

SCHWERPUNKT:
VS - VERSCHWENDUNGSSACHE

WER WILL NOCH MAL – WER HAT NOCH NICHT?

ROLAND TICHY: WESHALB DRAGHIS WÄHRUNGSPOLITIK UNSERIÖS IST

WALTER KRÄMER: WIE NAHLES DIE KÜNFTIGEN RENTNER BETRÜGT

GÉRARD BÖKENKAMP: WARUM DIE GRÜNEN KEINE FREIHEITSPARTEI SIND

„Meine Energiewende
steckt voller Ideen. Und Ihre?“

Für saubere Energie und mehr Lebensqualität: Sparkassen fördern die Energiewende vor Ort.

Ideen bringen die Welt voran: Das gilt besonders für die Energiewende vor Ort. Neben Tatendrang und Erfindergeist braucht es dafür auch finanzielle Mittel. Die Sparkassen unterstützen helle Köpfe mit zahlreichen Projekten rund um Erneuerbare Energien vor Ort – und sind unter Deutschlands Kreditinstituten die Nr. 1 in punkto Energiewendeförderung. **Jetzt informieren und mitdiskutieren: www.antworten.sparkasse.de/energiewende**

Sparkassen. Gut für Deutschland.

„DEUTSCHLAND GEHT ES SUBJEKTIV GUT. MAN KANN AUCH SAGEN: ZU GUT.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Deutschland geht es subjektiv gut. Man kann auch sagen: zu gut. Denn objektiv ist die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent im zweiten Quartal 2014 ein Warnsignal. Und spätestens beim Blick auf den Index des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung für Konjunkturerwartung (ZEW-Index) müssten alle Alarmglocken schellen: Nach einem Einbruch von 18,5 steht er nun bei ganzen 8,6 Punkten. Der Aufschwung ist keineswegs so stabil, wie viele das erhoffen und wie er sein müsste, damit die jüngste Verschwendungsorgie der Bundesregierung etwas anderes als schierer Wahnsinn wäre. Im Schwerpunkt „VS - Verschwendungssache“ rechnen wir nach, was die teuerste Frau der Republik, Andrea Nahles, und ihre Kollegen dem Steuerzahler und künftigen Generationen aufbürden.

Detroit erfreut sich des zweifelhaften Ruhms, als ehemalige Weltmetropole der Autoindustrie in die kommunale Insolvenz abgeglitten zu sein. Doch ausgerechnet dort blüht ein kleines, faszinierendes Unternehmen, das sich erfolgreich der Aufgabe stellt, öffentliche Infrastruktur mit privaten Mitteln zu organisieren. Die Detroit Bus Company transportiert Kinder kostenlos und ohne Ansehen der finanziellen Verhältnisse ihrer Eltern zu ihren Freizeitaktivitäten und bedient Strecken, die der offizielle öffentliche Personennahverkehr nicht ansteuern kann - und verdient dabei genügend Geld, um zu expandieren. *liberal* sprach mit dem Gründer Andy Didorosi über seine sehr amerikanische Idee von gemeinnütziger Wirtschaft.

In eigener Sache haben wir ebenfalls gute Nachrichten zu verkünden: *liberal* ist beim diesjährigen Award „Best of Corporate Publishing“ (BCP) in München vor 800 Besuchern einmal mit Gold und zweimal mit Silber prämiert worden. Gold gab es für die Reportage „Wohlsein“ von Frank Burger aus Heft 2.2013 über ein Pflegeheim, in dem Alkoholiker ihre Sucht nicht aufgeben müssen. Über Silber freuen wir uns für eine Reportage von Ralf Kalscheur über ein Demenzdorf in den Niederlanden. Neben diesen Beiträgen aus der *liberal*-Serie „Grenzbereiche der Freiheit“ erhielt das Septemberheft 2013 mit dem Schwerpunkt „Verbotspolitik“ einen weiteren Award in Silber. ●

Verleihung des Awards „Best of Corporate Publishing“ in München: (v. l.) Ernst Merheim (Art Director), Mirko Hackmann (Redaktionsleiter), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Goldgewinner Frank Burger (Autor), David Harnasch (Chefredakteur), Christiane Reiners (Objektleiterin), Wilfried Lülsdorf (Verlagsgeschäftsführer).

Illustration: E. Merheim nach einem Foto von A. Meissner; Foto: F. May/BCP

Witze vor der Wende

Politische Witze sind aus allen Epochen der Geschichte, vom Altertum bis zur Gegenwart, überliefert. Besonders gut gedeiht diese Art jedoch schon immer in Diktaturen – so auch in der DDR. Doch konnten gerade in den Anfangsjahren der SED-Diktatur politische Witze als „Antisowjethetze“ oder „Sabotage des sozialistischen Aufbaus“ ausgelegt und mit Zuchthausstrafen belegt werden. So entwickelte sich die Disziplin des politischen Flüsterwitzes. Dessen Untergang nach der Wiedervereinigung gehört zu den wenigen verschwundenen DDR-Errungenschaften, denen man guten Gewissens nachtrauern darf. Zum 25. Jubiläum des Mauerfalls hat *liberal* Schätze des Ost-Humors zusammengestellt.

„Du Schatz, ich lese hier gerade: ‚Die DDR gehört zu den zehn führenden Industrienationen der Welt.‘ Ich glaub', das schreibe ich mal unserem Onkel Herbert in Düsseldorf.“ „Klar, mach das … und wenn du gerade dabei bist – er soll zu Ostern ein paar Rollen Klopapier mitschicken …“

Ein Genosse hat sich vor der SED-Parteikontrollkommission zu verantworten. Schließlich unterbricht der Genosse Vorsitzende seinen Redeschwall ungeduldig: „Aber Genosse, was du hier vorbringst, das kennen wir doch, das ist Agitation. Hast du denn keine eigene Meinung?“ „Doch, Genosse Vorsitzender! Aber ich distanziere mich von ihr!“

Kunde: „Guten Tag, haben Sie keine Winterstiefel?“
Verkäuferin: „Nein, wir sind der Laden, wo es keine Oberbekleidung gibt, den Laden, in dem es keine Schuhe gibt, finden Sie zwei Häuser weiter.“

Zwei Grenzer auf Streife an der Mauer mit Blick auf den Westen:
„Was denkst denn du gerade so?“
„Das Gleiche wie du …“
„Dann muss ich dich leider festnehmen.“

Ein DDR-Inlandsflug wird nach Westdeutschland entführt. Die Forderungen des Kidnappers: Vier neue Reifen für seinen Trabant. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, drohte er an, stündlich zwei Geiseln freizulassen.

Dialog in der Kaufhalle:
Kunde: Morgen!
Verkäuferin: Morgen!
Kunde: Apfelsinen?
Verkäuferin: Morgen!
Kunde: Morgen?
Verkäuferin: Morgen!
Kunde: Morgen.
Verkäuferin: Morgen.

Die USA, die Sowjetunion und die DDR wollen gemeinsam die „Titanic“ heben. Die USA interessieren sich für den Goldschatz und den Tresor mit den Brillanten. Die Sowjetunion interessiert sich für das technische Know-how. Und die DDR interessiert sich für die Band, die bis zum Untergang noch fröhliche Lieder gespielt hat.

Honecker will bei den Bürgern erkunden, wie beliebt er denn nun ist. Er besucht also eine Hochhaussiedlung und klingelt an einer Tür. Ein kleines Mädchen öffnet: „Wer bist du denn, Onkel?“ „Ich, meine Kleine, bin der Mann, der dafür sorgt, dass es euch gut geht. Ich sorge für Essen und Wohnung …“ „Mami, Mami, komm mal ganz schnell, Onkel Peter aus München ist da!“

Bei der Fahrschulprüfung wird der Prüfling gefragt: „Sie fahren auf der Autobahn. Auf dem Mittelstreifen liegt ein Trabant auf dem Dach, die Räder drehen sich noch. Was tun Sie als Erstes?“ Antwort: „Ich gehe hin und baue den Auspuff ab!“

Erich Honecker fragt Helmut Kohl, ob er ein Hobby habe. „Natürlich“, sagt dieser, „ich sammle Witze, die die Leute über mich erzählen. Und Sie?“ – „Bei mir ist es umgekehrt: Ich sammle Leute, die Witze über mich erzählen.“

Wird einer von der Volkspolizei angehalten: „Können Sie sich ausweisen?” Staunt der: „Kann man das jetzt selbst?”

Der Staatsbürgerkunde-Lehrer fragt: „Was gab es vor dem Sozialismus?“ Darauf antwortet Klaus: „Mein Vater hat gesagt: alles!“

Was ist ein Quartett? Ein DDR-Symphonieorchester nach einer Konzertreise durch Westeuropa.

STANDARDS

3
EDITORIAL

4
START
Witze aus der DDR

6
INHALT

24
#LIBERALMAGAZIN

35
IMPRESSUM

46
MIERSCHS MYTHENLESE
Beliebigkeit ist nicht liberal

48
ZENTRALMOTIV
Genscher in Prag

49
WUTPROBE
German Angst

51
AUTOREN DER FREIHEIT
Dorothea Siems

70
STEUERVERSENKUNG DES QUARTALS

71
BÜCHER

72
LAGEBERICHT
Individuelle Freiheit

94
WOLFGANG GERHARDT
Die Tür steht offen

98
ZITATE DER FREIHEIT
René Scheu

liberal IM ABONNEMENT
Alles dazu auf den Seiten **21, 97** und **99**

SCHWERPUNKT

VS - Verschwendungssache

Wer gibt, dem wird gegeben, heißt es in der Bibel. Und genau darauf spekulieren offenbar die Großkoalitionäre in Berlin: Mit Geschenken an Rentner, Mütter und Geringverdiener wollen sie sich schon jetzt ihre Wiederwahl sichern. Auf der Strecke bleibt die Zukunftsfähigkeit des Landes. Denn die Ausgaben in Milliardenhöhe belasten den Haushalt, doch da es sich nicht um Investitionen handelt, ist kein Ertrag zu erwarten.

8
WAS WIR BESSER MACHEN
Der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki, über die Lage der FDP, Deutschlands Verhältnis zu den USA und über seine Beziehung zu Parteichef Christian Lindner.
VON DAVID HARNASCH

12
MÜTTER UND RENTNER ZUERST
Die Reformen der Großen Koalition kosten den Bundeshaushalt Milliarden, die dringend für überfällige Investitionen benötigt werden.
VON ROLF KROKER

15
ES GIBT JA NOCH 2017
Warum der 22. September 2013 der Tag war, ab dem sich Deutschland radikal, total und viel schneller veränderte, als selbst die Mutigsten es vorhergesagt hätten.
VON KARL-ULRICH KUHLO

16
DIE NEMESIS DER DINKS
Die rücksichtslose Klientelpolitik, die Andrea Nahles in Sachen Rente betreibt, ist nur so lange erfolgreich, wie die Nutznießer die Geschädigten zahlenmäßig überwiegen.
VON WALTER KRÄMER

18
WASSER PREDIGEN, WEIN TRINKEN
SPD und Union setzen mit ihrer Politik die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Euro-Zone aufs Spiel.
VON FRIEDRICH HEINEMANN

22
DER WEICHMACHER
EZB-Präsident Mario Draghi zerstört mit seiner Politik, worauf langfristig wirtschaftlicher Erfolg gründet: stabile Rahmenbedingungen und geldpolitische Seriosität.
VON ROLAND TICHY

Illustration: Matthias Seifarth

POLITIK

26 JUGEND FORSCH
Mit sozialistischer Romantik holt die russische Organisation „Naschi" die Jugend von der Straße. Mittlerweile gelten die kremlhörigen Naschisten als die Elite von morgen. **VON FILIPP PIATOV**

34 RAIDER HEISST JETZT TWIX
Bei einem für September anberaumten Kongress geht es der Grünen-Bundestagsfraktion um Fragen der Freiheit. Zeichen für einen Kurswechsel oder nur Kosmetik? **VON GÉRARD BÖKENKAMP**

36 FACK JU, SPITZWEG
Weil mittlerweile Tausende Windräder die Natur verschandeln, täte sich Carl Spitzweg heute schwer, unverseuchte Perspektiven aufzutun. Und die Umweltdebatte bekommt eine neue Seite. **VON WOLFGANG RÖHL**

40 BIG DATA UND DIE DEUTSCHE POLIZEI
Deutschland diskutiert über den Zugriff der US-Geheimdienste und großer Unternehmen auf unsere Daten - und verliert den Blick auf die inländische Überwachung. Datenschutzexperte Thilo Weichert im Gespräch. **VON BORIS EICHLER**

52 OST-TROTZ
25 Jahre nach dem Mauerfall blühen die Legenden über die DDR. Dabei war der Alltag im real existierenden Sozialismus eine sehr graue Wirklichkeit.
VON STEFAN WOLLE

WIRTSCHAFT

56 „FÜR UNS GIBT ES KEIN FORMULAR"
Andy Didorosi hat im bankrotten Detroit ein kleines Wunder geschaffen: ein Busunternehmen, das den öffentlichen Personennahverkehr wiederherstellt - und dennoch ohne staatliches Geld auskommt. Ein Interview **VON MIRJAM WAJSBERG**

62 STAATLICHE FLOPFÖRDERUNG
Ein Ritt durch die Beihilfeprogramme der Republik zeigt, dass sie nichts bringen außer Ruhm für Politiker, die sich mit dem Geld der Steuerzahler generös geben.
VON RALF KALSCHEUR

66 WEGE ZUM WOHLSTAND
Vor 150 Jahren wurde der liberale Sozialist Franz Oppenheimer geboren, der geistige Vater der Theorie vom Dritten Weg. Seine Ideen beeinflussten viele Politiker der jungen Bundesrepublik nachhaltig,
VON KAPKA TODOROVA

GESELLSCHAFT

74 EISERNE LUNGE
Immer mehr Menschen sind dauerhaft auf künstliche Beatmung angewiesen. Sophie Huttmann hat erforscht, wie sie leben. Ein Interview **VON DAVID HARNASCH**

78 OH. MEIN GOTT
Die Anhänger der Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters gründen weltweit Gemeinden. Den Atheisten ist es ernst - sie wehren sich mit Humor gegen die Sonderrechte von Religionsgemeinschaften.
VON RALF KALSCHEUR

84 VOM LACHEN ÜBER DAS FALSCHE
Mit erfundenen Nachrichten den Erfolg zu suchen klingt nach keinem vielversprechenden Konzept. Der satirischen Online-Zeitung *Der Postillon* ist es gelungen.
KAPKA TODOROVA

86 SENDER HAFTEN FÜR IHRE KINDER
Nachrichtenformate für Kinder sind fast ideologiefrei - es sei denn, es geht um das Thema Umwelt. **VON BORIS EICHLER**

91 AB ZUM DIREKTOR!
Vorausgesetzt, es ist einer da. Denn viele Schulleiterposten bleiben unbesetzt. Dafür gibt es gute Gründe. **VON KATHARINA LOTTER**

APP-VERSION

Wenn Sie noch tiefer in die Debatten zur Freiheit eintauchen wollen, empfehlen wir Ihnen die App-Version von *liberal*. Sie ist als iPad- und Androidversion erhältlich (für Abonnenten gratis) und enthält multimediales Zusatzmaterial:

Video · Bildergalerie · Audio(slide) · Leseprobe · Link

Fotos: D. Kostyukov/AFP/Getty; M. Staggat; Thomas K./photocase

„Die Menschen wollen von uns wissen, was wir besser machen“

liberal hat mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, Wolfgang Kubicki, über die Lage der FDP, Deutschlands Verhältnis zu den USA und über sein Verhältnis zu Parteichef Christian Lindner gesprochen. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH** // FOTOS // **TINA MERKAU**

liberal: Der schmerzhafte Blick zurück wird sich nicht ganz vermeiden lassen, noch ist die Talsohle wohl nicht durchschritten. Wie sehen Sie das?
KUBICKI: Ja, wir durchwandern noch die Talsohle, aber das ist auch kein Wunder, denn die Nachhalleffekte der Regierungsbeteiligung der FDP, des Absturzes von 15 Prozent auf unter 5 Prozent sind nach wie vor vorhanden. Christian Lindner geht es ja wie mir: Unsere Veranstaltungen sind wirklich überlaufen und überfüllt, die Leute sagen auch: „Toll, was ihr sagt, aber warum habt ihr es die letzten vier Jahre nicht durchgesetzt?“ Das unterstreicht es ja noch einmal: Wir müssen neues Vertrauen schaffen. Wir haben natürlich das Riesenproblem, dass viele Strukturen in Hinblick auf Personal, Geld, Öffentlichkeit weggebrochen sind. Außerdem werden von der Bundespartei derzeit nur wenige Persönlichkeiten auch von den überregionalen Medien angefragt. Abgesehen von den aktuellen Wahlkämpfen, in denen die Kollegen hervorragende Arbeit leisten, mangelt es uns auf Bundesebene zum Teil noch an einer Visualisierung von liberaler Politik. Mit entsprechenden Wahlerfolgen können wir aber dokumentieren, dass wir auch wieder in der Lage sind, Menschen zu binden. Das bedeutet: Diejenigen, die Wahlerfolge für die FDP einfahren werden, werden auch das Bild der FDP mitprägen.

Wie ist denn die Resonanz bei den Veranstaltungen, bei denen Sie in letzter Zeit auftraten?
Es ist sehr oft überlaufen, die Leute wundern sich ja selbst, dass sie zu kleine Säle anmieten, dass sie noch Stühle heranschleppen müssen. Interessanterweise sind die Besucher nur zu rund 20 Prozent Parteifreunde und zu 80 Prozent interessierte Bürger. Leider muss ich aber manchmal feststellen, dass meine Parteifreunde verlernt haben, am Ball zu bleiben. Wenn jemand kommt und sagt: „Ich will jetzt Mitglied der FDP werden, kann ich bitte einen Aufnahmeantrag haben?“, dann ist oft keiner greifbar.

Im Onlinemarketing nennt man solche Hürden „conversion killer“.
Ich war in Kitzbühel bei einer Veranstaltung mit einer Vertreterin der NEOs aus Österreich. Es war wunderbar, und zum Schluss hat der Moderator erklärt: „Herr Kubicki, das was Sie sagen, ist alles wunderbar, wenn die FDP so wäre wie Sie, dann würde ich eintreten.“ Dann habe ich gesagt: „Sehr geehrter Herr, ich bin stellvertretender Bundesvorsitzender, ich bin ein Teil der FDP. Sie können jetzt eintreten!“ – hat er getan. Er ist übrigens Professor für Kommunikation und hat der FDP diese Hausaufgabe gegeben: Am Außenauftritt arbeiten, auf Leute zugehen, sie mitnehmen!
Auch wenn Leute mich anpöbeln, nehmen sie Kontakt mit mir auf und nehmen mich wahr. Und dann darf man nicht zurückweichen, sondern muss darauf freundlich eingehen oder möglicherweise auch mit einem bösen Spruch antworten.
Bedauerlicherweise ist es in den letzten Jahren so, dass durch die vielen Einschläge einige Parteifreunde den inneren Mut verloren haben, sich solchen Auseinandersetzungen zu stellen und damit auch für die FDP zu werben.

Was geben Sie den Parteifreunden mit, was können Sie ihnen als Motivationsschub geben?
Die Menschen wollen von uns nicht wissen, warum die anderen schlecht sind, sondern, was wir besser machen. Die Leute müssen nachvollziehen können, dass es ihnen am Ende des politischen Prozesses besser geht als vorher, wenn sie die FDP wählen. Kassandra wird nicht gewählt. Und wir müssen unsere Ideen mit plastischen Beispielen kommunizieren. Niemand wählt einen, weil man so irre sophisticated ist und alles besser weiß als alle anderen. Und unsere eigenen Parteifreunde erinnere ich gerne mal daran: Ich war sechsmal Spitzenkandidat der FDP zur Landtagswahl, fünfmal ist der FDP der Untergang vorausgesagt worden, und jedes Mal haben wir erfolg-

ZUR PERSON

WOLFGANG KUBICKI, 62, ist gelernter Volkswirt und Rechtsanwalt und mit kurzer Unterbrechung seit 1992 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein. Kubicki galt lange Zeit als Enfant terrible seiner Bundespartei, wurde aber Ende 2013 auf dem Bundesparteitag in Berlin mit fast 90 Prozent der Stimmen zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

reich abgeschnitten. Man kann es also auch schaffen, die Menschen dazu zu bringen, die FDP zu wählen. Es sind immerhin mehr als 30 Prozent, die sich zur FDP bekennen könnten. Wir haben die Europawahl nicht verloren, weil diejenigen Menschen, die uns wählen könnten, zu anderen Parteien abgerauscht sind, sondern weil sie in die Wahlenthaltung gegangen sind. Es gab über 800.000 Menschen, die nicht zur Wahl gegangen sind, aber die FDP gewählt hätten, wenn es uns gelungen wäre, sie hierzu zu motivieren!

Woran mangelt es denn außer der Kommunikation? Geschlossenheit oder Pluralität?
Auch in unserer eigenen Partei müssen wir wieder lernen zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Es geht nicht darum nachzubeten, was der Bundesvorsitzende oder ein Stellvertreter sagt. Wir müssen wieder lernen, dass sich in Parteien auch unterschiedliche Auffassungen und Interessen organisieren, und müssen das wollen. Zum Beispiel Holger Zastrow und ich: Wir sind in vielen Fragen nicht einer politischen Meinung, und trotzdem ist er vom Typ her jemand, den ich in der FDP nicht missen will, sondern er gehört einfach dazu. Die Reibung und die Auseinandersetzung in der Sache – nicht persönlich, wir mögen uns beide persönlich –, die dient dann dazu, zu einem ordentlichen Ergebnis zu kommen. Auch in Schleswig-Holstein ist das so, unsere besten Parteitage waren die, wo wir sehr kontrovers diskutiert haben – über Energieversorgung, Wehrpflicht ja oder nein, Sterbehilfe ja oder nein. Da prallten Meinungen aufeinander. Anschließend sind alle nach Hause gegangen und auch die Unterlegenen haben gesagt, wir haben uns ordentlich eingebracht, es ist ordentlich diskutiert worden. Und am Ende muss man akzeptieren, dass es eine Mehrheitsentscheidung gab – Punkt aus. Das können sie auch eher akzeptieren, als wenn es heißt: Da hat sich der Bundesvorsitzende über Nacht etwas überlegt und da muss die Partei folgen, weil sie sonst aussieht, als sei sie ein zerstrittener Haufen.

Welche inhaltlichen Fehler bedauern Sie in den letzten Wochen?
Die Parteifreunde müssen sich daran gewöhnen, dass die Politik in der außerparlamentarischen Opposition etwas anders sein muss, als wenn man im Parlament sitzt. Eine Vielzahl von Statements könnten sie abliefern, wenn unsere amerikanischen Bündnispartner wirklich darauf Wert legen würden, was die Liberalen sagen. Wenn das aber für die Amerikaner völlig uninteressant ist, gibt es keinen Grund, staatstragend liberale Grundsätze zu übergehen.

Sie spielen auf die NSA-Affäre an.
Wir sind nach wie vor im Hinblick auf unsere ehemaligen amerikanischen Freunde zu nachsichtig. Wenn Ihr Freund ohne Ihr Wissen Ihre Schlafzimmerschränke durchstöbern würde, würden Sie den auch

Mobilität ist eine Freiheitsgewährleistung erster Güte.

nicht mehr als Freund bezeichnen. Unsere ehemaligen amerikanischen Freunde gucken in Ihre E-Mails, das ist ungefähr das Gleiche. Sie dringen in Ihre Persönlichkeitssphäre ein, ungefragt – das macht kein Freund. So einfach ist das.

Interessant in dem Zusammenhang ist, dass unsere amerikanischen Freunde Ihnen da seit Kurzem recht geben, seitdem Kerry in Israel exakt dasselbe erleben durfte und plötzlich unsere Befindlichkeiten teilen konnte.
Ja, und lustigerweise versuchen nun Leute wieder mit weißer Salbe zu erklären, wir machen jetzt einen 360-Grad-Blick und spionieren auch in den USA – die NSA lacht sich tot. Wir haben das Problem, dass wir technisch aufrüsten müssen. Europa muss technisch aufrüsten.

In welcher Weise? Für Spionageabwehr oder für Gegenspionage? Die NSA ist uns weit überlegen und kann meinen Gmail-Verkehr mitlesen, ist aber dann völlig verwundert, dass 15.000 blutrünstige IS-Krieger den halben Irak einnehmen, also bringt die Technik alleine offenbar auch wenig.
Das zeigt eben, dass man Daten auch analysieren können muss – sonst braucht man sie nicht zu erheben. Wir hatten diese Diskussion in Schleswig-Holstein anlässlich der Einführung der Rasterfahndung geführt. Dieses Instrument sollte dazu dienen, terroristische Schläfer zu entdecken. Das Problem ist nur: Es macht nur Sinn, wenn Sie wissen, wonach Sie suchen müssen, was also einen Schläfer ausmacht. Wenn ich das aber sowieso weiß, dann brauche ich auch keine Rasterfahndung. Wir haben das Gesetz hier im Land unter ein Verfallsdatum gestellt. Da innerhalb von fünf Jahren keine einzige Rasterfahndung durchgeführt wurde, ist es auch wieder abgeschafft worden.

Donald Rumsfeld nannte das „the unknown unknown“: Ich kann nicht etwas suchen, von dem ich nicht weiß, was es überhaupt ist.
Nach dem 11. September wussten die Amerikaner innerhalb von 24 Stunden, wer es war. Sie hatten allerdings schon vorher alle Daten, die sie dazu brauchten. Nur war keiner in der Lage, sie zu analysieren – weshalb unsere Nachrichtendienste weniger auf elektronische Aufklärung und mehr auf menschliche Quellen setzen. Davon abgesehen könnte Europa natürlich technisch aufholen. Airbus hat Boeing auch überholt und mit entsprechender Kooperation könnten auch hier Unternehmen wie Apple und Google entstehen und unseren datenschutzrechtlichen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Nun sieht Wirtschaftsförderung in Europa meist so aus, dass der Staat handverlesene Projekte oder Unternehmen direkt fördert, während er sich in den USA raushält und schlicht Sonderabschreibungen für Hightech-Investitionen bietet.
Der letztere Weg ist der bessere, direkt subventionieren durch den Staat ist immer schlecht, weil es dann Mitarbeiter oder Beamte gibt, die darüber entscheiden, was sie für sinnvoll halten. Gäbe es großzügigere Abschreibungsregelungen für Investitionen in Start-ups, würden da ganz andere Summen zur Verfügung stehen!

Leider steht Deutschland diesbezüglich weit abgeschlagen hinter dem Silicon Valley, Tel Aviv und London.
Es gibt Hoffnung: Ich bin ja sehr, sehr froh darüber, dass auch Sozialdemokraten begriffen haben, dass die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Wohnungsbau dazu führen kann, dass mehr Wohnungen entstehen.

Nur schade, dass die Mietpreisbremse das konterkariert. Was sonst hätte anders kommuniziert werden müssen?

Wir hätten während der Ukraine-Krise einen viel passiveren Standpunkt einnehmen können. Ich bin ein völliger Gegner von Sanktionen, weil die zu nichts führen, Sie müssen dann erklären, bei welcher Eskalationsstufe Sie aussteigen wollen - oder Sie müssen sagen: Zum Schluss wären wir auch bereit, mit Waffengewalt einen Konflikt zu lösen. Spätestens an diesem Punkt entlarvt sich die ganze aufgeblasene Heuchelei von diesem Invasionsgerede. Statt Kommunikation zu führen, anstatt dazu beizutragen, dass man gemeinsam etwas machen kann, werden Fronten aufgebaut. Und wir wissen aus der Geschichte, dass der Aufbau von Fronten im Zweifel nicht dazu führt, dass Situationen besser werden, sondern dass sie schlimmer werden.

Das war nun Außenpolitik. Wo kommt denn die Freiheit des Einzelnen im Inneren zu kurz?
Mobilität ist eine Freiheitsgewährleistung erster Güte und sie wird manchmal eingeschränkt. Interessanterweise merken die Menschen das mittlerweile und reagieren wütend und böse. Deshalb finde ich es ganz wichtig, dass die FDP sich dafür einsetzt, dass Infrastrukturmaßnahmen durchgesetzt und umgesetzt werden. Nicht nur, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, sondern um den Menschen auch in ihrer Freizeit die Möglichkeit zu geben, von A nach B zu kommen!

Wie eng arbeiten Sie denn mit dem anderen prominenten Gesicht der Partei, Christian Lindner, zusammen?
Sehr eng!

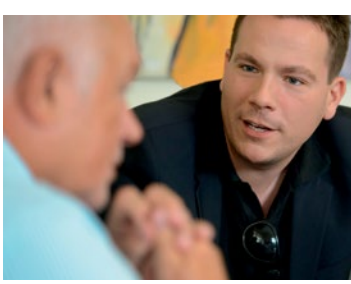
Sie telefonieren fünfmal täglich?
Das nun nicht, aber wir kommunizieren sehr viel miteinander. Vor allem haben wir festgestellt, dass wir uns beide mögen. Ich habe gerade gesagt, ich würde seine Mutter gerne mal kennenlernen. Darauf erwiderte er, seine Mutter sei jünger als meine Frau. (lacht) Meine Frau war dabei.

Nicht sehr charmant von ihm gegenüber Ihrer Frau.
Ach was, das war im Urlaub und weder böse gemeint noch so verstanden! Wir haben uns in Palma auf Mallorca getroffen und sind abends essen gegangen, und da ist mir erst richtig klar geworden, dass er vom Alter her mein Sohn sein könnte. Wir ergänzen uns da gut, jedenfalls bin ich mit 62 Jahren und bei meiner größeren Lebenserfahrung in der Lage, Dinge anders zu sehen und einzuschätzen als Christian Lindner. In meinen Augen ist er aber ein Genie, politisch und sozial. Ich habe ihm auch auf Mallorca gesagt: „Mensch, wäre ich dankbar, wenn ich damals so weit gewesen wäre wie du. Was hätte aus mir werden können?“

Bemerkenswert ist ja, dass Sie beide zwei verschiedene Alterskohorten repräsentieren, aber genau das Gegenteil der jeweils passenden Attribute verkörpern: Sie sind der auf Krawall gebürstete Rebell und er der seriöse, sachkompetente Versöhner und Umarmer.
(lacht) Ja, das ist mir auch aufgefallen.

Wo geht es langfristig hin? Wo sehen Sie die FDP hier in Schleswig-Holstein und im Bund in zwei bis drei Jahren?
Also unsere Kernaufgabe in Schleswig-Holstein ist, 2017 nicht schlechter abzuschneiden als 2012. Das heißt: mindestens 8,2 Prozent. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind die Vorläufer für die Bundestagswahl einige Monate später. Ich bin zuversichtlich, dass wir das erreichen können, wenn wir bis dahin einigermaßen ordentlich arbeiten. Alle anderen Landtagswahlen sind hierfür außerordentlich wichtige Etappen. Für weitere strategische Überlegungen ist die Hamburg-Wahl sicherlich von größerer Bedeutung. Und zwar deshalb, weil wir das erste Mal die Möglichkeit einer anderen Konstellation eröffnen, als das die Menschen im Kopf haben. Ich werbe massiv für eine sozial-liberale Koalition, wenn das Ergebnis dafür reicht. Auch um zu dokumentieren, dass die Union - die mit fast allen anderen koalieren kann - nicht per se darauf setzen kann, dass die FDP ihr zur Seite springt. Auch die Sozialdemokraten müssen ein Interesse daran haben, nicht von den Grünen in Geiselhaft genommen zu werden. Gerade erst haben die Grünen in Sachsen erklärt, mit der CDU regieren zu wollen, weil klar ist, dass das mit der SPD nichts wird. Neue Konstellationen sind also auch für die SPD wichtig. Und das wird die politische Debatte befruchten gegenüber der aktuellen Situation, in der viele - auch in meiner Partei - noch im Lagerdenken verhaftet sind. ●

Auch in der FDP sind viele noch im Lagerdenken verhaftet.



Mütter und Rentner zuerst

Die Reformen der Großen Koalition gefährden die Zukunftsfähigkeit des Landes. Ob Mindestlohn, Mütterrente oder die Rente mit 63 - keiner der Beschlüsse der Bundesregierung ist vorwärtsgewandt. Dafür kosten sie Milliarden, die dringend für überfällige Investitionen benötigt würden. // TEXT // **ROLF KROKER** // ILLUSTRATION // **MATTHIAS SEIFARTH**

Untätigkeit oder die in früheren Jahren schon mal kritisierte Politik der ruhigen Hand lässt sich dieser Bundesregierung gewiss nicht vorwerfen. Insbesondere Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles hat bereits zwei zentrale Gesetzesvorhaben erfolgreich durch den Bundestag gebracht, das Rentenpaket und den Mindestlohn. Aber ist das eine gute Botschaft mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands? Wohl kaum! Die Reformen sind teuer, ordnungspolitisch zweifelhaft und mit langfristigen negativen Nebenwirkungen verbunden. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte in seinem letzten Jahresgutachten eindringlich vor einer rückwärtsgewandten Wirtschaftspolitik gewarnt. Nun ist sie doch Realität geworden.

Die von der Bundesregierung beschlossenen zusätzlichen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Gesellschaft insgesamt teuer zu stehen kommen. Auf rund zehn Milliarden Euro jährlich summieren sich die Mehrkosten durch Mütterrente und abschlagsfreie Rente mit 63. Auf 160 Milliarden Euro beziffert die Bundesregierung die Kosten des Rentenpakets bis zum Jahr 2030. Vermutlich ist dies aber eher die Untergrenze, weil unter anderem zukünftige Rentensteigerungen und Kollateralschäden bei der Einkommensteuer und Sozialbeiträgen nicht berücksichtigt wurden. Es gibt alternative Berechnungen, die die Gesamtkosten auf weit über 200 Milliarden Euro beziffern. Fast zwei Drittel der Rechnung müssen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlen, denn um die Leistungsausweitungen finanzieren zu können, hat der Gesetzgeber kurzerhand die eigentlich fällige Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung von 18,9 auf 18,3 Prozent zu Jahresbeginn 2014 verhindert. Die Senkung hätte mehr Netto vom Brutto für die Arbeitnehmer und geringere Arbeitskosten für die Unternehmen bedeutet. Sie wäre ein Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitsplätze gewesen.

Jetzt drohen sogar auf mittlere Sicht weitere Beitragssteigerungen, um die neuen Wohltaten finanzieren zu können. Auch der Steuerzahler wird unmittelbar zur Finanzierung herangezogen, denn der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung ist an den Beitragssatz gekoppelt mit der Folge, dass er um 1,5 Milliarden Euro höher ist, als er sein müsste. Schließlich trifft es auch die heutigen und zukünftigen Rentner selbst. Zum einen fällt die nächste Rentenerhöhung wegen des höheren Beitragssatzes geringer aus, zum anderen sinkt das Rentenniveau dauerhaft, wie die Bundesregierung selbst einräumt. Wollen die heutigen Arbeitnehmer, insbesondere die jüngeren, ein Absinken ihres Versorgungsniveaus im Alter verhindern, müssen sie nach dieser Reform noch mehr privat vorsorgen, ohne dass sie von den neuen Leistungen profitieren.

Fast noch schlimmer als die negativen fiskalischen Folgen sind die ordnungspolitischen Sündenfälle zu beurteilen, die mit dieser Reform begangen wurden. Leistungen wie die Mütterrente sind, wenn sie denn mehrheitlich gewünscht und für gerecht empfunden werden, über Steuern zu finanzieren. Der Beitragstopf der gesetzlichen Rentenversicherung sollte für gesamtgesellschaftliche Aufgaben tabu sein, zumal die höhere Mütterrente auch Bevölkerungsgruppen wie den Selbstständigen, Ärzten und Anwälten zugutekommt, die gar nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind und folglich auch keine Beiträge einzahlen.

Auch die abschlagsfreie Rente mit 63 ist ordnungspolitisch fragwürdig, verletzt sie doch ein fundamentales Prinzip der gesetzlichen Rentenversicherung – nämlich das sogenannte Äquivalenzprinzip. Es besagt, dass sich die spätere Rente nach der Höhe der eingezahlten Beiträge richtet, und zwar ganz unabhängig davon, auf welchen Zeitraum sich diese Beitragszahlungen verteilen. Wer in diesem Jahr im Alter von 65 Jahren und drei Monaten regulär in Rente geht, erhält seine abschlagsfreie Rente, egal ob er dafür 45, 40

oder nur 35 Jahre Beiträge entrichtet hat. Ist die Beitragssumme gleich hoch, ist die Rente es ebenso. Mit diesem gerechten und vernünftigen Grundsatz wird nunmehr gebrochen. Wer 45 Beitragsjahre vorweisen kann, wobei Erziehungszeiten, Pflegezeiten und Zeiten von ALGI-Bezug teilweise mitzählen, kann künftig nach Vollendung des 63. Lebensjahres ohne Rentenabschläge in Rente gehen. Der Vorteil ist gewaltig, wie folgende Rechnung zeigt: Ein westdeutscher Standardrentner (45 Beitragsjahre mit Durchschnittsverdienst) kommt auf eine Rente von monatlich 1.287 Euro. Die ansonsten fälligen Abschläge von 8,1 Prozent (27 Monate x 0,3 Prozent) betrügen gut 104 Euro im Monat oder 1.251 Euro im Jahr. Bei einer durchschnittlichen Restlebenserwartung von rund 19 Jahren bei Männern und 22 Jahren bei Frauen summiert sich das Rentengeschenk auf fast 24.000 Euro beim Mann und mehr als 27.000 Euro bei einer Frau. Insofern ist der finanzielle Anreiz für alle diejenigen, die die Voraussetzungen erfüllen, sehr groß und dürfte deshalb auch von vielen genutzt werden.

Das ist nicht nur für die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung ein Problem, sondern für die Volkswirtschaft insgesamt. Angesichts der demografischen Herausforderungen können wir uns Frühverrentungen eigentlich nicht leisten. Die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten drastisch schrumpfen wird und mit ihr auch das Erwerbspersonenpotenzial - also die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. In der mittleren Variante der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sinkt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter schon bis zum Jahr 2030 um 6,8 Millionen und bis zum Jahr 2060 um 16,4 Millionen. Dabei ist schon eine jährliche Nettozuwanderung von jährlich 100.000 Personen unterstellt. Von den aktuell höheren Zuwanderungszahlen sollten wir uns nicht täuschen lassen. Jahr für Jahr bis 2060 und darüber hinaus netto 100.000 kluge Köpfe aus anderen Ländern für eine Erwerbstätigkeit in Deutschland zu gewinnen, ist und bleibt ein ehrgeiziges Unterfangen - ein Selbstläufer ist das gewiss nicht. Aber selbst dann werden das Erwerbsper- »

sonenpotenzial und damit die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft schrumpfen, die Wachstumsperspektiven werden sich eintrüben. Die sogenannte Potenzialwachstumsrate der deutschen Volkswirtschaft ist ohnehin nicht sehr hoch. Der Sachverständigenrat bezifferte sie auf magere 1,0 Prozent für dieses Jahr, nach einem Plus von 1,1 Prozent im Vorjahr. Die demografische Entwicklung wird sie tendenziell weiter drücken. Deshalb müssen wir alles daransetzen, mit einer Erschließung von ungenutzten Spielräumen das Arbeitskräftepotenzial zu erhöhen – Steigerung der Produktivität durch erhöhte Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen sowie Investitionen in den staatlichen und unternehmerischen Kapitalstock, Erleichterung der Zuwanderung durch eine echte Willkommenskultur sowie eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitnehmern. Auf keinen Fall aber sollten wir durch finanzielle Anreize einen früheren Eintritt in den Ruhestand belohnen.

abgesehen keine Arbeitsstunde in West- wie in Ostdeutschland mit weniger als 8,50 Euro vergütet werden. Das ist eine gute Nachricht nur für jene Arbeitnehmer, die derzeit unter dieser Marke verdienen und nach Einführung des Mindestlohns ihren Arbeitsplatz nicht verlieren. Sie können sich über eine in vielen Fällen kräftige Lohnerhöhung freuen. Laut Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr dieses Jahres verdienen Ende 2014 voraussichtlich etwa 5,3 Millionen oder 14 Prozent aller Arbeitnehmer weniger als 8,50 Euro die Stunde. Sie geht davon aus, dass faktisch vier Millionen Arbeitnehmer betroffen sind. Im Durchschnitt wurde ihre Arbeitsstunde mit 6,50 Euro vergütet, sodass ihre Löhne um über 30 Prozent angehoben werden müssen, um das neue Mindestlohnniveau zu erreichen. Das wird nicht ohne negative Auswirkungen auf die Beschäftigung dieser Arbeitnehmergruppe bleiben, weil die Produktivität dieser Arbeitsplätze in vielen Fällen ein solches Lohnniveau nicht rechtfertigt.

Die abschlagsfreie Rente mit 63 ist ordnungspolitisch fragwürdig, verletzt sie doch ein fundamentales Prinzip der gesetzlichen Rentenversicherung.

Aber genau dies geschieht jetzt. Und es sind vermutlich nicht wenige, die jetzt anfangen zu rechnen und nachdenklich werden. Ein Blick in die Rentenstatistik zeigt, dass nicht weniger als 43,5 Prozent der westdeutschen männlichen Rentner 45 und mehr Versicherungsjahre zu Buche stehen haben, in Ostdeutschland sind es sogar mit 56,7 Prozent noch deutlich mehr. Anders sieht es bei den Frauen aus, hier sind es in Westdeutschland nur 5,8 Prozent, aber immerhin 16,1 Prozent in den neuen Ländern. Vielfach sind dies die Facharbeiterinnen und Facharbeiter in den Betrieben, die ihren Beruf von der Pike auf gelernt haben, eine hohe Produktivität aufweisen und schon heute knapp sind. Die Wirtschaft klagt schon seit Längerem über eine Fachkräftemangel, der sich perspektivisch aufgrund der beschriebenen demografischen Entwicklung ohnehin verschärfen dürfte. Die Rente mit 63 vergrößert dieses Problem, weil viele der heutigen Fachkräfte das Angebot eines abschlagsfreien frühzeitigen Renteneintritts annehmen werden. Noch gibt es keine Erfahrungswerte. Wie viele der Berechtigten die neue Regelung zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nutzen werden, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass Angebote zur Frühverrentung in hohem Maße genutzt werden. Zu befürchten ist, dass es auch diesmal so kommen wird.

Lange gerungen wurde auch um den Mindestlohn, der nunmehr beschlossene Sache ist. Zukünftig darf von einigen Ausnahmen

Deshalb werden viele vermeintliche Nutznießer des Mindestlohns davon nicht profitieren, weil sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Autoren der Gemeinschaftsdiagnose beziffern den negativen Beschäftigungseffekt schon für das Einführungsjahr 2015 auf 200.000. Wieder gehen produktive Arbeitsstunden verloren, was die Potenzialwachstumsrate weiter drückt.

Vonseiten der Politik wird gerne auf einen positiven Nachfrageeffekt durch den Mindestlohn verwiesen, der wiederum der Konjunktur Schub verleihe. Dies ist eine Milchmädchenrechnung. Wo soll denn die zusätzliche Nachfrage herkommen, wenn Einkommen lediglich umverteilt werden? Denn was bei den Arbeitnehmern durch Lohnerhöhungen zusätzlich ankommt, fehlt zwangsläufig den Unternehmen für Investitionen. Gesamtwirtschaftliche Nachfrage besteht eben nicht nur aus Konsum, sondern auch aus Investitionen. Und Letztere sind es, die das Produktionspotenzial erhöhen und so maßgeblich dazu beitragen, dass unser Wohlstand auch in Zukunft weiter wachsen kann.

DR. ROLF KROKER arbeitet am Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Als liberaler Ökonom hat er so seine Probleme mit der aktuellen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung.
redaktion@libmag.de

Es gibt ja noch 2017

KARL-ULRICH KUHLO

22. September 2013, der Tag, der Deutschland veränderte. Radikal, total und viel schneller, als auch die Mutigsten es vorhergesagt hätten.

Aus dem Deutschland der Vernunft, der Ausgewogenheit, der Solidität ist in gerade mal knapp einem Jahr ein Land geworden, in dem verteilt wird: „Wer hat noch nicht? Wer will noch mal?“

Leistung muss sich lohnen, jeder ist seines Glückes Schmied, wer viel arbeitet, muss auch viel bekommen. Lebensweisheiten, die dieses Land in die Weltspitze getragen haben, die den Deutschen einen nie gekannten Wohlstand gebracht haben, verbunden mit der höchsten Lebenserwartung aller Zeiten. Alles Schnee von gestern!

Heute heißt es:

- Mindestens 8,50 Euro pro Stunde, egal wo, selbst wenn ein Unternehmer sie nicht bezahlen kann.
- Früher in den Ruhestand, auch wenn wir alle immer älter werden.
- Mütter sollen doch auch mal was kriegen, auch wenn es ihre Kinder und Enkel selbst bezahlen müssen.

Andrea Nahles ist die teuerste Frau der Welt. Kleopatra, Katharina die Große und die Königin von England sind Waisenknaben dagegen, pardon: Waisenmädel. Deutschlands Milliarden-Mama hat in atemberaubendem Tempo ganze Arbeit geleistet, und niemand hat sie daran gehindert. „Ich mach' mir die Welt, widde widde wie sie mir gefällt.“ Finanzminister Schäuble, der einst knickrige Kassenwart, hat seinen Taschenrechner verloren. Und die gerade vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen gekürte „beste Deutsche“ schaut zu und schmunzelt leise, die Kanzlerin – Hauptsache, die Umfragewerte stimmen.

Aber da war doch sonst immer einer, der aufgepasst hat. Einer, der dafür gesorgt hat, dass die Groschen beieinander gehalten wurden. Einer, der mit Geld umgehen konnte. Einer, der dafür sorgte, dass die Kirche im Dorf blieb, auch wenn der Rest der Regierung schon glaubte „Im Himmel ist Jahrmarkt!“

Richtig, da gab es doch immer noch die Liberalen. Die Vertreter der Vernunft. Aber die Liberalen fehlen gerade mal im Deutschen Bundestag. Vernunft ist nicht mehr gefragt seit dem 22. September 2013.

Oder vielleicht besser doch?

Es gibt ja noch 2017.

Foto: Privat

Die Inummeratin

Die rücksichtslose Klientelpolitik, die Andrea Nahles und der ihr nahestehende Teil der SPD in Sachen Rente betreiben, ist nur so lange politisch erfolgreich, wie die Nutznießer die Geschädigten zahlenmäßig überwiegen. Das wird nicht mehr lange der Fall sein. // TEXT // **WALTER KRÄMER** // ILLUSTRATION // **MATTHIAS SEIFARTH**

Andrea Nahles wurde 1970 in der Eifel geboren. Damit schwimmt sie mit auf den letzten Ausläufern der großen Babywelle der 60er-Jahre, die sich aktuell und demografisch gesehen in einem für sie optimalen Stadium befindet: Noch nie in der Geschichte Deutschlands hat eine Alterskohorte so wenige Kinder versorgen müssen und zugleich so viele Geschwister hervorgebracht, die gemeinsam ihre Eltern versorgen. Diese Generation der DINKS („Double income, no kids“) beutet den Rest der Gesellschaft in bisher nie gekanntem Ausmaß aus. Während Ehepaare mit zwei oder drei Kindern im Durchschnitt mehrere 100.000 Euro Netto-Zusatzkosten auf sich nehmen, um die künftigen Rentenzahler aufzuziehen, genießen DINKS das Leben auf andere Weise: Rein materiell gesehen verbrauchen sie weit mehr Ressourcen, als sie selbst produzieren. Im Alltag heißen solche Menschen auch Schmarotzer.

Nun ist Andrea Nahles Mutter einer Tochter und hat damit zumindest halb so viele Kinder geboren, wie eine Frau im statistischen Durchschnitt zur Welt bringen muss, damit eine Gesellschaft langfristig nicht schrumpft. Und vermutlich ohne es zu wissen und zu wollen hat sie mit ihren wahnsinnigen Rentenplänen eine weitere Weiche in Richtung eines unausweichlichen Katastrophenszenarios gestellt, dem die DINKS-Generation wie ein Schlitten in der Achterbahn entgegenrast. Denn in 15 Jahren werden die Mitglieder des bis

Was man den aktuellen Rentnern gibt, nimmt man den künftigen Rentnern weg. Das wissen die künftigen Rentner noch nicht – Frau Nahles vielleicht schon.

dato mit Abstand stärksten deutschen Jahrgangs, die im Jahre 1964 Geborenen, ihren 65. Geburtstag feiern. Dann werden sie Rente beziehen - wenn es nach Frau Nahles geht, sogar früher. Aber dann sind viel zu wenige Erwerbstätige da, um diese Renten im heute zugesagten Umfang zu bezahlen.
Sollte Frau Nahles das in ihrer Abiturzeitung angegebene „Berufsziel Bundeskanzlerin" bis 2029 erreicht haben, ist sie 60 - so alt wie Angela Merkel heute. Die nächste Wahl wird sie dann wohl verlieren. Wahrscheinlich wird es aber so weit gar nicht kommen. Denn um mit Abraham Lincoln zu sprechen: „You can fool some of the people some of the time. But you cannot fool all of the people all of the time."

Die rücksichtslose Klientelpolitik, die Andrea Nahles und der ihr nahestehende Teil der SPD betreiben, ist nur so lange politisch erfolgreich, wie die Nutznießer die Geschädigten zahlenmäßig überwiegen. Was man den aktuellen Rentnern gibt, nimmt man den künftigen Rentnern weg. Im Moment wissen das die künftigen Rentner noch nicht. Frau Nahles vielleicht schon, aber sie geht ja das deutsche Rentensystem als Empfängerin einer üppigen Ministerpension nichts an. Und all das dumme Geschwätz von zunehmender Produktivität und ausgleichender Migration, durch die das kommende Desaster abzuwenden wäre, ist genau das: dummes Geschwätz von Leuten, die das kleine Einmaleins vergessen haben. So viel Migration und Produktivitätssteigerung, um die fehlenden Kinder auszugleichen, gab es in Deutschland nur ein Mal, in den frühen 50er-Jahren. Diese Zeiten sind vorbei.

Also wird im Laufe der nächsten Jahre auch den größten Innumeraten hierzulande deutlich werden, dass unser Rentensystem aus rein demografischen Gründen nicht mehr finanzierbar ist: Es wird in der Schere zwischen den steigenden, von Frau Nahles zu verantwortenden Ansprüchen einerseits und fehlenden Beitragszahlern andererseits zerrissen werden. Die meisten Menschen werden sich erinnern, wer sie in diese Sackgasse hineingeritten hat. Für die Bundestagswahl 2029 sage ich der SPD ein Ergebnis von 10 Prozent voraus.
Auch der von Frau Nahles so emphatisch unterstützte Mindestlohn ist nichts anderes als übelste Klientelpolitik. Nämlich Klientelpolitik für jene, die gerade Arbeit haben und trotz des Mindestlohns nicht auf der Straße landen. In einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft - die sich auch Frau Nahles nicht grundsätzlich anzugreifen traut -, kann man keinen Arbeitgeber zwingen, Arbeitskräften mehr zu bezahlen, als das wert ist, was sie erzeugen. Es sei denn, der Arbeitgeber ist masochistisch veranlagt und macht gern Verlust. Wenn sich also demnächst mehrere 100.000 Arbeitnehmer auf den Fluren der Arbeitsagentur wiederfinden, die ansonsten gegen Entgelt hätten arbeiten können, so werden auch diese wissen, bei wem sie sich dafür bedanken dürfen.

Mindestlöhne sind entweder zu hoch - dann produzieren sie Arbeitslosigkeit, siehe das große Nahles-Vorbild Frankreich. Oder zu niedrig - dann sind sie überflüssig. Mit anderen Worten: Sie sind so überflüssig wie ein Kropf - also ebenso überflüssig wie Frau Nahles und die SPD. ●

WALTER KRÄMER ist Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der TU Dortmund. Sozialistische Zwangsbeglücker bekämpft er seit seiner Studentenzeit.
redaktion@libmag.de

Foto: Privat

Wasser predigen, Wein trinken

SPD und Union setzen mit ihrer Politik die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Euro-Zone aufs Spiel. Aus Kreisen der Troika ist zu hören, dass sich die europäischen Kontrolleure immer öfter mit Fragen konfrontiert sehen, warum etwa eine Erhöhung des Rentenalters oder eine Liberalisierung der Lohnfindung notwendig sein soll, wenn Deutschland in genau die andere Richtung marschiert.

// TEXT // **FRIEDRICH HEINEMANN** ILLUSTRATION // **MATTHIAS SEIFARTH**

In Deutschland genießen die harten Reformauflagen für die Euro-Krisenländer eine große Popularität. Der umfassende Konsens in Politik, Medien und Öffentlichkeit lautet: Es ist richtig, dass es Krisenhilfe aus dem Europäischen Rettungsschirm nur unter strengen Bedingungen geben darf. Nicht zuletzt auf deutschen Druck wurden diese Bedingungen dann auch penibel ausbuchstabiert. Liest man diese Vereinbarungen, die „Memoranda of Understanding", dann werden hier für Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien eindrucksvolle Reformprogramme fixiert. Dazu gehören beispielsweise umfassende Reformen der Arbeitsmärkte inklusive Absenkungen von gesetzlichen Mindestlöhnen, eine dauerhafte Verringerung der Staatsausgaben bei Umschichtung in Investitionen, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik oder auch Reformen der Rentensysteme mit Erhöhung des Renteneintrittsalters. Geht es nach dem Willen der deutschen Politik, dann müssen diese Auflagen konsequent überwacht und durchgesetzt werden.

Vergleicht man diese Härte nach außen mit der Politik im Inneren, dann ergeben sich erhebliche Widersprüche. Denn die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode mit ihrer Wirtschaftspolitik einen Kurs eingeschlagen, der in die entgegengesetzte Richtung verläuft. Während die Troika in Südeuropa versucht, die Liberalisierung von Arbeitsmärkten durchzusetzen und überhöhte Mindestlöhne abzusenken, erfolgt in Deutschland das Gegenteil mit der Einführung eines hohen gesetzlichen Mindestlohns.

Während in den Krisenstaaten künftige Rentner einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Rentenkassen erbringen müssen, werden in Deutschland mit „Mütterrente“ und „Rente mit 63“ neue Lasten für die Beitragszahler beschlossen. Während im Süden Steuerreformen die Arbeitsanreize stärken sollen, herrscht hierzulande steuerpolitischer Stillstand. Und während von Irland bis Zypern Parlamente zur Budgetkonsolidierung harte Einschnitte in laufende Ausgaben vornehmen müssen, vertraut man in Berlin und den Landeshauptstädten auf die schmerzlose Konsolidierung durch Niedrigzinsen und die konjunkturbedingte Flut der Steuereinnahmen.

Natürlich ist die ökonomische Situation Deutschlands eine andere als die in Spanien, Portugal oder gar in Griechenland. Insofern könnte eine Erklärung für die skizzierten Gegensätze darin liegen, dass Deutschland sich all diese Maßnahmen leisten kann, ohne ökonomische Schwierigkeiten fürchten zu müssen. Allerdings zeigt sich bei näherer Analyse, dass diese Erklärung in keiner Weise überzeugen kann.

Betrachtet man dazu zunächst den neuen deutschen Mindestlohn, dann liegt dieser nach Einschätzung führender Arbeitsmarktökonomen definitiv auf einer Höhe, die erhebliche Job-Risiken für Geringqualifizierte besonders in den neuen Bundesländern mit sich bringen wird. Am deutschen Arbeitsmarkt sind zwar große Erfolge im Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen. Es fällt aber auf, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit nun seit geraumer Zeit bei einem Niveau von knapp drei Millionen zum Stillstand gekommen ist. Es wird immer schwieriger, die Nachfrage der Unternehmen nach neuen Mitarbeitern aus dem Reservoir der Arbeitslosen zu decken. Auch bleibt es bei starken regionalen Ungleichgewichten mit einem ausgeprägten West-Ost-Gefälle am Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund kann man die Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland keineswegs als so robust bezeichnen, dass ein Mindestlohn, der die Löhne von Hunderttausenden von Arbeitnehmern stark in die Höhe schraubt, verantwortbar wäre.

Sind aber vielleicht die neuen Wohltaten in der Rente mit Blick auf die spezifische ökonomische Situation Deutschlands zu rechtfertigen? Immerhin fordern europäische Partner von Deutschland ja einen Beitrag zur konjunkturellen Belebung und zum Abbau der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse. Auf den ersten Blick könnten höhere Sozialtransfers im Rentenbereich hier einen Beitrag leisten. Aber auch dieser Gesichtspunkt kann bei näherer Analyse in keiner Weise als Entschuldigung herhalten. Denn selbst wenn man die umstrittene Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss ernst nimmt, bietet dies keinerlei Rechtfertigung für Rentengeschenke.

Verfechter der Leistungsbilanzkritik fordern von Deutschland keine Ausweitung seiner Sozialtransfers, sondern eine Investitionsoffensive. Zusätzliche Investitionen würden sofort für Nachfrage sorgen und zudem die Wachstumschancen längerfristig verbessern. Eine Ausweitung von Investitionen würde also in der Gegenwart einen Beitrag zur Belebung der europäischen Konjunktur leisten, ohne in Zukunft die deutschen Haushalte zu belasten. Die Rentenpolitik der Großen Koalition hat zeitlich ein viel ungünstigeres Profil: Sie schraubt die künftigen Ausgaben stark in die Höhe, ohne heute konjunkturell belebend zu wirken. Und im Unterschied zu Investitionen leisten diese Mehrausgaben keinen Beitrag für ein höheres Wachstumspotenzial. Ganz im Gegenteil verringern die in Zukunft höheren Rentenbeiträge Beschäftigung und damit Wachstum.

Ist die neue Großzügigkeit in der Ausgabenpolitik aber vielleicht deshalb akzeptabel, weil Deutschlands Haushalte bereits saniert sind und gerade im Hinblick auf die niedrigen Zinsen wieder Ausgabespielräume bestehen? Auch diese Sichtweise entbehrt jeglicher Grundlage. Die gegenwärtig niedrigen Defizite sind keinerlei »

Die Bundesregierung hat keine ökonomisch tragfähige Rechtfertigung dafür, in der deutschen Wirtschaftspolitik das Gegenteil von dem zu betreiben, was sie im Rest Europas einfordert.

Indiz für die zukünftigen Konsolidierungserfordernisse. Auf Bund und Länder kommen demografisch bedingt und damit automatisch über die kommenden Jahre und Jahrzehnte umfangreiche Mehrausgaben zu. Diese betreffen die Pensionslasten und beim Bund insbesondere die steigenden Leistungen an die Rentenversicherung. In Bezug auf diese zukünftigen Zusatzlasten können die niedrigen Zinsen im Übrigen die Konsolidierungsaufgabe noch erschweren.

Für den Staat gilt hier das Gleiche wie für den Arbeitnehmer, der Vorsorge für den Ruhestand betreibt. Wenn die Zinsen fallen, muss der Arbeitnehmer seine Sparanstrengungen erhöhen, um später seinen Lebensstandard halten zu können. Ebenso muss der Staat für die Pensionslasten der Beamten oder die zukünftigen Fehlbeträge in der Rentenkasse nun erheblich größere Vorsorgeanstrengungen leisten, als dies bei höheren Zinsen der Fall wäre.

Ebenso wenig gibt es eine ökonomische Rechtfertigung für den aktuellen Stillstand in der deutschen Steuerpolitik. Internationale Organisationen kritisieren immer wieder mit Berechtigung, dass Deutschlands Steuer- und Transfersystem unnötig hohe Fehlanreize für die Aufnahme und Ausweitung von Arbeit mit sich bringt. Die Steuerpolitik muss dem demografisch bedingten Rückgang der Erwerbspersonenzahl daher unbedingt mit einem Umbau des Steuersystems begegnen. Im Kern muss es darum gehen, die Grenzabgaben für den Arbeitseinsatz abzusenken.

Man kann es somit drehen und wenden, wie man will: Die Bundesregierung und die oftmals nicht anders handelnden Landesregierungen haben keine ökonomisch tragfähige Rechtfertigung dafür zu bieten, dass sie in der deutschen Wirtschaftspolitik das Gegenteil von dem betreiben, was sie im Rest Europas einfordern. Die bei deutschen Wählern und Politikern weit verbreitete Sicht der Unverwundbarkeit des Landes mag dieses Verhalten psychologisch und politisch erklären. Diese Wahrnehmung ist jedoch falsch. Damit könnte sich das Muster der fatalen Stabilitätspakt-Aufweichung durch Deutschland und Frankreich im Jahr 2003 wiederholen. Auch damals war Deutschland Europameister, wenn es darum ging, im Rest der EU fiskalische Solidität einzufordern, hat bei der eigenen Bewährungsprobe dann aber eklatant versagt.

Für die Wirksamkeit der europäischen Reformauflagen in den Euro-Krisenländern wird dieser Widerspruch heute zunehmend zur Belastung. Aus Kreisen der Troika ist zu hören, dass sich die europäischen Kontrolleure immer öfter mit Fragen konfrontiert sehen, warum etwa eine Erhöhung des Rentenalters oder eine Liberalisierung der Lohnfindung notwendig sein soll, wenn Deutschland in die andere Richtung marschiert. Und der wachsende Widerstand Südeuropas unter Führung des italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi gegen die Auflagen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nährt sich auch aus der deutschen Doppelzüngigkeit. Wasser predigen und Wein trinken – das unterhöhlt eben auch in der europäischen Wirtschaftspolitik Vertrauen, Glaubwürdigkeit und damit Durchsetzungsfähigkeit. ●

FRIEDRICH HEINEMANN leitet am Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung den Forschungsbereich Öffentliche Finanzwirtschaft. Er lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg.
redaktion@libmag.de

Foto: Privat

LIBERALE WERBEN LIBERALE

PRÄMIE NR. 1:
„Der Weg zur Knechtschaft"
von Friedrich August von Hayek

In kaum einem anderen Werk ist der Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft, Demokratie und individueller Freiheit so klar dargestellt wie in von Hayeks Klassiker aus dem Jahr 1943.

PRÄMIE NR. 2:
„Die Ethik der Umverteilung"
von Bertrand de Jouvenel

Der französische Ökonom und Sozialphilosoph Bertrand de Jouvenel (1903-1987) ist neben Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises einer der liberalen Hauptkritiker des paternalistischen Vorsorgestaates.

PRÄMIE NR. 3:
„Das Kapitalistische Manifest"
von Johan Norberg

„Wer solide Bescheid wissen will über die Globalisierung, ihre Form und ihre Folgen: In diesem verdienstvollen Werk findet sich alles, was man zur kompetenten Auseinandersetzung braucht." (FAZ)

PRÄMIE NR. 4:
Je zwei Eintrittskarten für
das „DDR-Museum" in Berlin

Das „DDR-Museum" ist einzigartig, unterhaltsam und lehrreich und eines der meistbesuchten Museen Berlins. Das „DDR-Museum" finanziert sich nicht aus Ihren Steuergeldern, sondern allein aus seinem Betrieb.

Vermitteln Sie *liberal* neue Abonnenten und sichern Sie sich eine Prämie. Auch wenn Sie selbst kein Abonnent von *liberal* sind, können Sie für unser Debattenmagazin Leser gewinnen und Ihre Prämie frei auswählen!*

PS: Unter www.libmag.de bieten wir auch Geschenk-Abos und ermäßigte Studenten-Abos an

* Prämien solange der Vorrat reicht. Die Zusendung der Prämie für den Werber erfolgt nach Lieferung des ersten Heftes an den neuen Leser.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

BESTELLUNG AN: **liberal-Aboservice • Dienstleistungen COMDOK GmbH**
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 oder per E-Mail: abo@libmag.de
oder www.libmag.de/abo

LESER WERBEN LESER

☒ Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit" im **JAHRESABO** für 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)

ADRESSE DES NEUEN LIBERAL-ABONNENTEN

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

Foto: Privat

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der nebenstehenden Adresse gekündigt wird. (Auslandspreise auf Anfrage)

ADRESSE DES WERBERS

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

ICH HÄTTE GERNE PRÄMIE (Gewünschtes bitte ankreuzen) 1 3 3 4

DATUM/UNTERSCHRIFT

Der Weichmacher

Die Europäische Zentralbank ist die mächtigste europäische Behörde, ihr Präsident Mario Draghi eine Art Superminister für Wirtschaft und Finanzen. Mit seiner Umverteilungspolitik zerstört er, worauf sich langfristig wirtschaftlicher Erfolg begründet: stabile Rahmenbedingungen und geldpolitische Seriosität. // TEXT // **ROLAND TICHY** // ILLUSTRATION // **MATTHIAS SEIFARTH**

Geldpolitik war all die vielen Jahre lang eher ein Fach für graumäusige Langweiler, die sich in gestelzten Sätzen und kryptischen Formulierungen vor einem Fachpublikum äußerten, jeden Anschein von Unseriosität vermieden und sich wie ein mittelalterlicher Schweigeorden verhielten. Mit Mario Draghi an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich das geändert: Nicht nur die Anzüge wurden eleganter, auch die Metaphorik wurde krawallig bis kriegerisch. So will Draghi Geld mit der „Dicken Bertha" verballern, dem Monstergeschütz, das einst Paris und das Warschauer Ghetto beschoss und jetzt Euro über die Welt verstreuen soll; später reduzierte er seine Geldkriegsrhetorik nur militärtechnisch geringfügig auf „Bazooka".

Draghis Pressekonferenzen sind Ereignisse für die Weltpresse. Er gilt als der mächtigste europäische Politiker, der über Aufstieg und Fall europäischer Nationen entscheidet, über Wachstum, Arbeitsplätze und Staatsbankrott. Als oberster Bankenaufseher kann er Institute und ihr tiefes Wurzelgeflecht an Unternehmen und Kunden am Leben erhalten oder schließen, Milliarden für die Rettung mobilisieren oder Sparer und Eigentümer enteignen. Längst ist Draghi auch derjenige, der Europas Vermögen umverteilt – derzeit von Sparern zu Schuldnern, von den Ländern mit Sparüberschuss zu Ländern mit Kredithunger.

Damit ist die EZB nicht mehr nur eine größer gewordene Deutsche Bundesbank, wie das am Anfang vorgesehen war – sie ist die mächtigste europäische Behörde, die an Einfluss längst die träge Brüsseler Bürokratie abgehängt hat, und Draghi eine Art Superminister für Wirtschaft und Finanzen. Wenn man das noch verbliebene Fachchinesisch der Notenbanker wegstreicht, lauten die neuen Fragestellungen der Geldpolitik: Wie produziert man Inflation? Wie wird die Währung weich? Wie können Regierungen leichter und billiger Schulden machen? Diese Fragen sind ebenso einfach zu verstehen wie beängstigend.

Die neue Macht der EZB beruht dabei lediglich auf einigen wenigen Instrumenten: Sie beeinflusst Zinsen und Geldmenge, indem sie darüber entscheidet, welche Anleihen sie bis zu welcher Höhe kauft und wie sie eingelegtes oder an Banken ausgeliehenes Geld verzinst. Und genau darin liegt die Gefahr: Denn ob und wann und wie die reale Wirtschaft damit wirklich beeinflusst werden kann, steht in den

Sternen – zu lang und verschlungen sind die Wege, die Kapital und Zinsen nehmen, ehe sie auf Produktion oder Konsum, Import und Export einwirken. Geldpolitik folgt keiner einfachen, klaren und eindeutigen Mechanik. Geldpolitische Impulse wirken – aber sie sind wie Medikamente, bei denen so ziemlich jedes Wissen fehlt, in welcher Dosis sie eingesetzt werden sollten. Das weiß auch Draghi, und lange war er ein Zauderer, vergleicht man sein Handeln etwa mit den Notenbanken in Japan und den USA.

Draghi hat es nicht gedrängt in diese Position – sie ist ihm vielmehr in der Eurokrise zugefallen, weil er das System retten sollte und viele Regierungen die Verantwortung für ihre Wirtschaftspolitik bei der EZB abgegeben haben wie nasse Mäntel an der Garderobe. Sie verlassen sich darauf, dass die EZB die ständig wachsende Staatsschuld mit niedrigen Zinsen finanzierbar hält und durch Inflation dafür sorgt, dass sie sich real vermindert – ganz ohne Sparbemühungen.

Geld dem Staat leihen, wenn es dadurch weniger wird? Geld ist auf der Flucht – aber nicht auf dem Weg zur produktivsten Verwendung, sondern zu einer neuen Form der Verschwendung: Immobilien in Großstädten werden derzeit gekauft wie verrückt. Oldtimer und Uhren steigen im Preis – Geld auf der Flucht vor dem Niedrigzins sucht sich unproduktive Schlupflöcher in der Hoffnung, dass diese Pretiosen einfach immer weiter im Wert steigen. Möglicherweise sind die Häuser, Uhren und Oldtimer dann doch nicht so viel wert wie erhofft. Dann sind alle, die in der neuen Bläh-Ökonomie reich geworden waren, plötzlich ärmer als vorher. Denn ohne Zins läuft das Kapital in die Irrwege – nicht mehr dahin, wo es Arbeitsplätze schafft, sondern in Beton und fragwürdige oder unproduktive Anlageformen.

Der ganze EZB-Zauber kann aber über eines nicht hinwegtäuschen: Der Wirtschaft in den südeuropäischen Krisenländern

So will Draghi Geld mit der „Dicken Bertha“ verballern, dem Monstergeschütz, das einst Paris und das Warschauer Ghetto beschoss.

Seit 2007 sind die Staatsschulden in der Eurozone kontinuierlich gestiegen, in diesem Jahr werden sie einen Höchststand von 96 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen. Das ist möglich, weil es noch nie so billig war, sich zu verschulden. Gerade noch 2,8 Prozent Zinsen zahlt Italien für einen zehnjährigen Kredit, nur ein Drittel des Wertes von 2012. Aber dieses Beispiel zeigt: Draghi hat seine Instrumente längst überdehnt. Dreht der reale Zinssatz, also nach Abzug der Inflation, vom heutigen Mickerzins in den negativen Bereich, dann ist die Welt eine ganz andere als zuvor. Dann lohnt es sich nicht mehr zu sparen – warum sollte man etwas zurücklegen, was dahinschmilzt? Der Dumme in der Draghi-Welt ist, wer eine Riester-Rente oder eine Lebensversicherung anspart – denn am Ende ist man ärmer als am Anfang. Der Schlaue hingegen haut die Kohle raus und wirft sich dem Staat in die Arme. Wie in einer Ouvertüre zum Null-Zins-Drama hat die Große Koalition ein 160 Milliarden Euro teures Rentenpaket verabschiedet. Die Verantwortlichen wissen alle schon heute, dass dies nicht finanzierbar ist, und machen es doch. Wenn das Geld alle ist, kommt die Rente auf Pump. Ganz einfach.

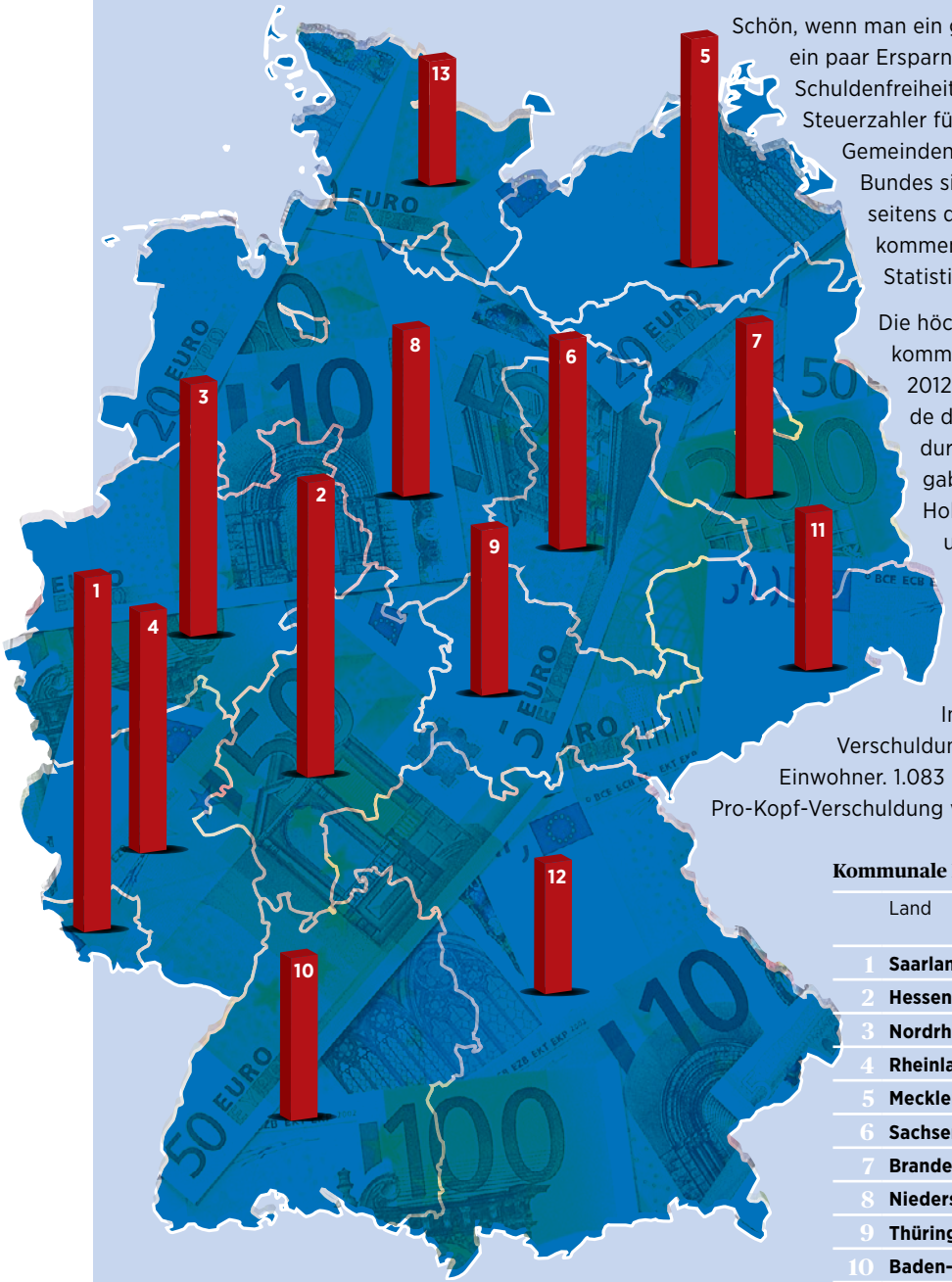
Aber geht es so einfach? An Sparer wird Wolfgang Schäubles Nachfolger für die Bezahlung der Rentenversprechen keine Bundesschatzbriefe mehr verkaufen können. Wer sollte sparen und dieses fehlt nicht der billige Kredit, sondern ihr mangelt es an Geschäftsideen und Wettbewerbsfähigkeit. Ausbleibende Reformen zwingen die Wirtschaft in Italien und Frankreich in die Knie – und dagegen können auch ein paar eingesparte Zehntelprozent Zinsen nichts ausrichten.

Europas mächtigster Mann ist ein Getriebener, der dabei ist zu zerstören, was langfristig wirtschaftlichen Erfolg begründet: stabile Rahmenbedingungen und geldpolitische Seriosität, die den Menschen Langfristplanung ermöglichen und damit eigenverantwortliches Handeln belohnen. Geldwertveränderung, das wusste schon Ludwig Erhard, „kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen“. ●

ROLAND TICHY ist Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung und war sieben Jahre lang Chefredakteur der *WirtschaftsWoche*. Er beschäftigt sich intensiv mit finanz- und geldpolitischen Themen und thematisierte als einer der Ersten sowohl die Finanz- als auch die Eurokrise. **r.tichy@gmx.net**

Foto: Privat

NIEMAND IST SCHULDENFREI



Schön, wenn man ein glattes Konto hat und vielleicht noch ein paar Ersparnisse. Doch das angenehme Gefühl der Schuldenfreiheit trügt. Schließlich bürgt der Steuerzahler für die Schulden, die Bund, Länder und Gemeinden ungefragt machen. Seitens des Bundes sind das gut 10.000 Euro pro Kopf, seitens der Länder knapp 9.000 Euro. Hinzu kommen die Schulden der Kommunen, die das Statistische Bundesamt neu errechnet hat.

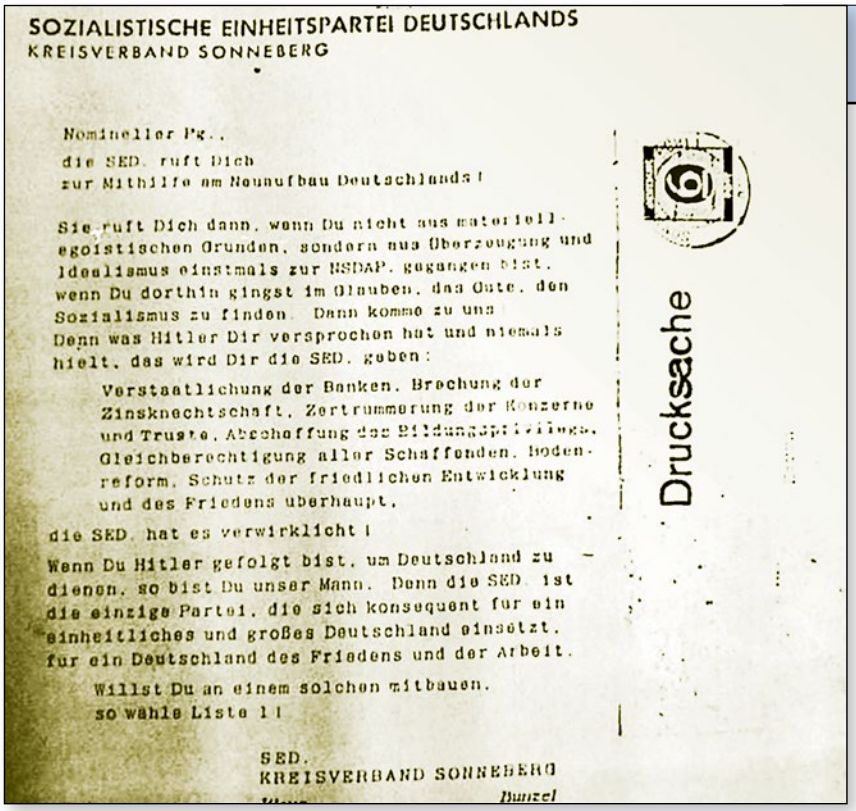
Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf kommunaler Ebene wiesen am 31. Dezember 2012 die Gemeinden und Gemeindeverbände des Saarlands auf. Die geringste durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung gab es in den Kommunen Schleswig-Holsteins. Die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg sind nicht berücksichtigt, da sie in den amtlichen Finanzstatistiken nicht der kommunalen, sondern der staatlichen Ebene zugeordnet werden.

Insgesamt 30 Gemeinden hatten eine Verschuldung von mehr als 10.000 Euro je Einwohner. 1.083 Kommunen waren mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von unter 10 Euro nahezu schuldenfrei.

Kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in Euro

	Land	Verschuldung pro Einwohner
1	**Saarland**	**6.220**
2	**Hessen**	**5.173**
3	**Nordrhein-Westfalen**	**4.426**
4	**Rheinland-Pfalz**	**4.233**
5	**Mecklenburg-Vorpommern**	**4.013**
6	**Sachsen-Anhalt**	**3.678**
7	**Brandenburg**	**3.050**
8	**Niedersachsen**	**2.921**
9	**Thüringen**	**2.901**
10	**Baden-Württemberg**	**2.856**
11	**Sachsen**	**2.753**
12	**Bayern**	**2.293**
13	**Schleswig-Holstein**	**2.175**

Quelle: Statistisches Bundesamt



SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
KREISVERBAND SONNEBERG

Nomineller Pg.,
die SED. ruft Dich
zur Mithilfe am Neuaufbau Deutschlands!

Sie ruft Dich dann, wenn Du nicht aus materiell-egoistischen Gründen, sondern aus Überzeugung und Idealismus einstmals zur NSDAP. gegangen bist, wenn Du dorthin gingst im Glauben, das Gute, den Sozialismus zu finden. Dann komme zu uns
Denn was Hitler Dir versprochen hat und niemals hielt, das wird Dir die SED. geben:

Verstaatlichung der Banken, Brechung der Zinsknechtschaft, Zertrümmerung der Konzerne und Trusts, Abschaffung des Bildungsprivilegs, Gleichberechtigung aller Schaffenden, Bodenreform, Schutz der friedlichen Entwicklung und des Friedens überhaupt,

die SED. hat es verwirklicht!

Wenn Du Hitler gefolgt bist, um Deutschland zu dienen, so bist Du unser Mann. Denn die SED. ist die einzige Partei, die sich konsequent für ein einheitliches und großes Deutschland einsetzt, für ein Deutschland des Friedens und der Arbeit.

Willst Du an einem solchen mitbauen,
so wähle Liste 1!

SED.
KREISVERBAND SONNEBERG
Dunzel

Drucksache

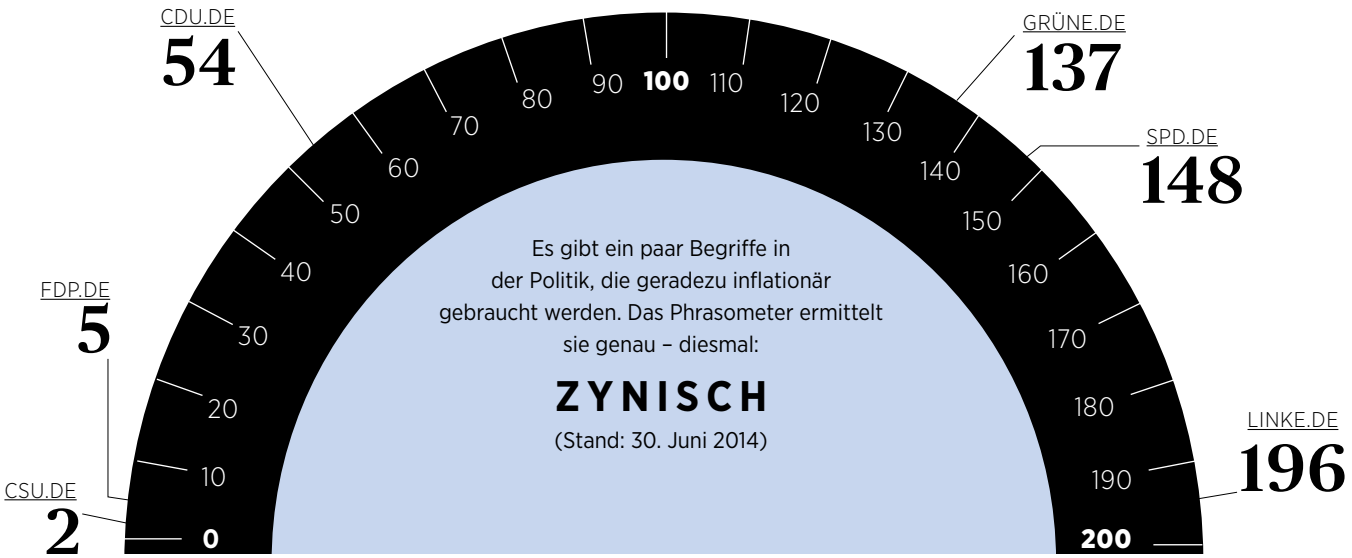
FUNDSTÜCK
DIE SED RUFT DICH

„Wenn Du Hitler gefolgt bist, um Deutschland zu dienen, so bist Du unser Mann."

So heißt es in diesem Fundstück aus der Nachkriegszeit, das derzeit im Netz kursiert. Der SED-Kreisverband Sonneberg versuchte darin, frühere NSDAP-Mitglieder für die Sozialistische Einheitspartei zu gewinnen, die nicht „aus materiell-egoistischen Gründen" Nazis waren, sondern „um das Gute, den Sozialismus" zu finden. Ein Verfolgter des DDR-Regimes soll den Brief bei der Recherche in einem Archiv gefunden haben.

PHRASOMETER

Wie oft finden sich bestimmte Schlüsselwörter auf den Webseiten der Parteien?



Abbildungen: liberal

Die Kraft der Bewegung: Naschi-Mitglieder bereiten sich auf ihren Auftritt bei einer Großveranstaltung am Seligersee mit Tausenden von Gästen aus 84 Regionen des Landes vor. Als Übervater stets präsent: Wladimir Putin.

Foto: D. Kostyukov/AFP/Getty

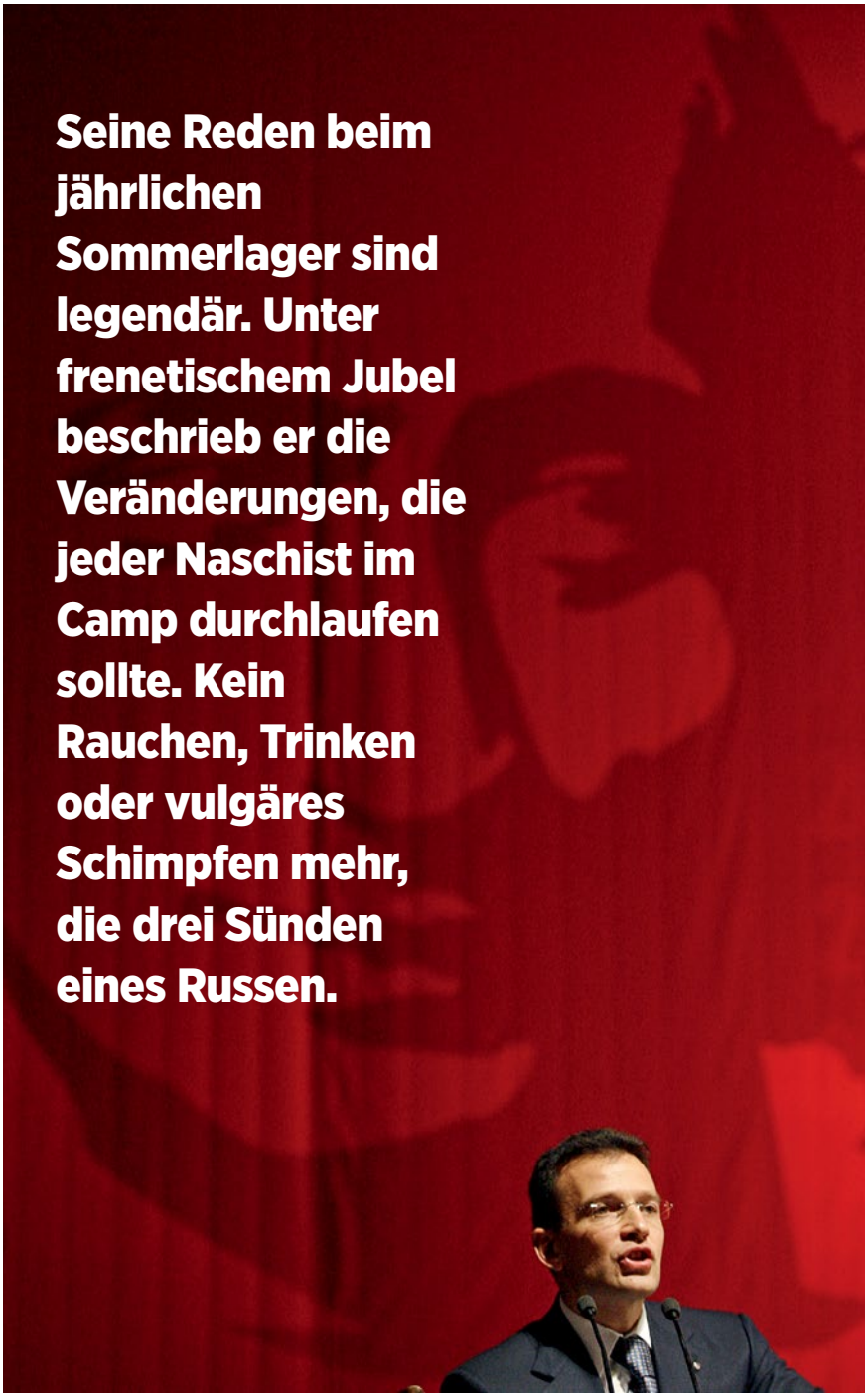
Mit sozialistischer Romantik holt die weit über 100.000 Mitglieder zählende russische Organisation „Naschi“ die Jugend von der Straße und lenkt ihre Energie in geordnete Bahnen. Angesichts der Unruhen in Russlands Nachbarschaft verstand Wladimir Putin, dass er die Studenten nicht verlieren durfte. Heute gelten kremlhörige Naschisten als die Elite von morgen.

// TEXT // **FILIPP PIATOV**

JUGEND FORSCH

Mit 25 Jahren hat Mascha Drokova mehr erreicht als die meisten ihrer Landsleute. Sie saß im Vorstand eines internationalen Konzerns, hatte eine Führungsposition in einem großen Investitionsfonds inne und moderierte eine Fernsehshow. Nun pendelt sie zwischen Moskau und New York. Das Besondere ist, dass Mascha aus einer gewöhnlichen Familie kommt. In Russland ist das eigentlich ein Ausschlusskriterium für außergewöhnliche Karrieren.

Aber Maschas Karriere begann nicht in der Wirtschaft. Mit 15 Jahren wurde sie als das Mädchen berühmt, das Putin einen Kuss gab. In einem Ferienlager der Putinjugend, der „Naschi“, der „Unseren“. Höflich, fast verlegen, bat sie ihren Präsidenten darum, ihm einen Kuss geben zu dürfen. Wladimir Putin lehnte natürlich nicht ab. Schnell stieg Mascha in der Organisation auf, zog mit 16 Jahren alleine nach Moskau und übernahm Verantwortung als Pressespre- »



Der Vater der Bewegung: Vasily Jakemenko, Gründer von Naschi, bei seiner Rede zum dritten Kongress der Organisation in Moskau.

cherin von Naschi. Einige Jahre später bedankte sich Putin mit dem Verdienstorden für das Vaterland, erster Klasse versteht sich.

Als Naschi 2005 gegründet wurde, befanden sich Russlands Nachbarn gerade im Umbruch. Die Farbrevolutionen hatten einige Jahre vorher ihren Lauf genommen, 2003 die Rosenrevolution in Georgien, im Jahr darauf die Orangene Revolution in der Ukraine – Putin sah sich zum Handeln gezwungen. In beiden Ländern waren es Universitäten gewesen, von denen die Revolten ausgingen. Junge, gebildete Menschen, denen die Nachfolger der Sowjeträte wieder zu sowjetisch geworden waren.

Wladimir Putin verstand, dass er die Studenten nicht verlieren durfte. Dabei hatte er eigentlich alle Hände voll zu tun. Mit selbstständigen Oligarchen, aufstrebenden Geschäftsleuten und einer kleinen, aber lästigen Opposition. Und natürlich mit dem Westen. Die seit dem Jahr 2000 bestehende Jugendorganisation „Die Gemeinsam Gehenden“ erwies sich für ihn als nicht besonders nützlich. Gewalt- und Pornografieskandale, Verbindungen zu Rechtsradikalen und Hooligans hatten das Image der Gemeinsam Gehenden stark beschädigt. Zu stark, um sie an Universitäten, Schulen und Kulturzentren wieder etablieren zu können.

Naschi wurde ins Leben gerufen. Ihre Bezeichnung als demokratische, antifaschistische Jugendorganisation war ebenso undurchsichtig wie die Aktivitäten ihrer Vorgänger. Die Bewegung war neu, das Personal jedoch blieb das alte. Wie schon beim Vorgänger agierte Vasili Jakemenko als Gründer und Chef. Nach einem kurzen Gastspiel in der Präsidialverwaltung entdeckte der damals 29-jährige Jakemenko gleich nach Putins Amtsantritt die Jugendpolitik für sich und blieb dem neuen starken Mann im Kreml stets treu. Mit seiner Unterstützung war für Naschi vieles einfacher. Es sei wesentlich leichter, Geschäftsleute um Spenden zu bitten, wenn man ihnen nur sagt, dass man den Kreml im Rücken hat. So formulierte es Jakemenko.

Mittlerweile zählt Naschi weit über 100.000 Mitglieder, genaue Zahlen werden nicht veröffentlicht. Mit sozialistischer Ro-

Fotos: D. Kostyukov/AFP/Getty; A. Sazonov/AFP/Getty; M. Eckels/APP/Getty

mantik versuchte man, die Jugend von der Straße und in geordnete Bahnen zu lenken. Die Vorsitzenden nennen sich Kommissare, sommerliche Ferienlager sind Programm. Doch während eine Nicht-Mitgliedschaft in der FDJ in der DDR zur gesellschaftlichen Diskriminierung führte und die Mitgliedschaft somit de facto Pflicht war, konnte man in Russland nicht ganz so weit gehen. Naschist zu werden würde in jeder Hinsicht ein Sprungbrett sein, aber das müssten die Jugendlichen schon selbst erkennen.

Naschisten, so werden die Mitglieder von den Liberalen genannt, von der kleinen, aber lästigen Opposition. Der angebliche Antifaschismus, sagen sie, ist genauso echt wie das D für Demokratie in DDR. Der bekannteste Naschi-Kritiker ist Oleg Kaschin, ein liberaler Journalist und Blogger. Beim Politik- und Wirtschaftsblatt *Kommersant* avancierte er zu einem der provokantesten Regimekritiker des Landes und fand seinen Lieblingsfeind ausgerechnet in Vasili Jakemenko.

Was die Organisation, die sich dem Antifaschismus verschrieben hatte, in Wahrheit tat, stieß bei Russlands Freigeistern auf heftige Kritik. Die Einzigen, die unter Naschi litten, waren die Liberalen. Statt den Faschismus zu bekämpfen, ließen die Naschisten alte Sowjetbegriffe wie den „Volksfeind“ wiederaufleben und begannen eine systematische Diffamierung von Journalisten, Oppositionspolitikern und Unternehmern – allen, die Putin irgendwie entgegenstanden. Auf Großdemonstrationen trugen die jungen Naschisten Hunderte von Schildern, auf denen die Namen, Bilder und begangenen Sünden der verhassten Liberalen zu sehen waren. Am Ende der Kundgebung warf man die Schilder medienwirksam auf einen Haufen und trampelte auf ihnen herum.

Doch auch Naschi lebt im 21. Jahrhundert und weiß sich seiner Mittel zu bedienen. Als 2012 E-Mails aus der Führungsetage auftauchten, erfuhr man von den Methoden der Naschisten. In den Jahren davor, so hieß

Stets auf Putins Linie: Mitglieder der Naschi-Jugend protestieren vor dem Büro der Europäischen Kommission in Moskau gegen die angeblich aggressiven Akte, die Georgien gegenüber Südossetien verübt haben soll.

Begeisterung für den starken Mann im Kreml: Mit markigen Parolen beschwören Naschi-Mitglieder bei einer Demonstration für Wladimir Putin ein einiges Russland.

es, wurden Millionen von Rubel dafür ausgegeben, professionelle Spammer zu bezahlen, die im Internet Oppositionsmedien und politische Gegner diskreditierten. Bis zu 600.000 Rubel, knapp 13.000 Euro, wurden an einzelne Aktivisten gezahlt, die Hunderte von Kommentaren auf Nachrichtenseiten und Blogs hinterließen. Die auffallende Aktivität von Putins Verteidigern auf den sozialen Netzwerken, insbesondere in den letzten Monaten, mag womöglich ebenso konkrete Gründe haben.

Den politischen Gegner haben die selbst ernannten Antifaschisten in den Liberalen ausgemacht, die für den Werteverfall ihres Landes stehen. Gegen tatsächliche Faschisten unternimmt Naschi nichts. Dabei steigt die Anzahl rechtsextremer Morde, während die Täter sich im Internet feiern lassen. Sogar im Ausland erregten Russlands Rechte Aufsehen, als zahlreiche Videos hochgeladen wurden, auf denen junge, homosexuelle Männer verhört, verhöhnt und misshandelt wurden. Andere Videos erinnerten an islamistische Gruppierungen: Mehrere Kaukasier knieten vor ihren Tätern - dann wurden sie enthauptet. Weder die Polizei noch die Aktivisten von Naschi sahen darin eine Bedrohung für Russland, wohl aber in kritischen Artikeln und friedlichen Kundgebungen der Opposition.

So machte sich Anton Smirnow, mittlerweile in die Chefetage der Jugendorganisation aufgestiegen, als professioneller Demonstrationsverhinderer einen Namen. Über Kontakte zu Behörden fand er heraus, wo die angemeldeten Demonstrationen der Opposition stattfinden sollten, und kümmerte sich darum, dass diese Plätze und Straßenzüge von Naschi-Aktivisten schon vorher belagert wurden. In Bussen und für eine kostenlose Mahlzeit bei McDonald's wurden Tausende von Jugendlichen aus der Umgebung in Innenstädte gekarrt. Putin

Fotos: dpa; D. Kostyukov/AFP/Getty; N. Kolesnikova/AFP/Getty

kam solches Engagement sehr gelegen. Smirnows Aktionen sparten ihm brutale Polizeigewalt und die damit verbundene schlechte Presse.

Mittlerweile haben sich die Verhältnisse beruhigt. Nach Russland schaffte es keine der Revolutionen aus den Nachbarländern. Putin verstand es stets, Unruhen gekonnt und rechtzeitig zu verhindern. Nach den ersten und aktivsten Jahren verlor sich die Mission von Naschi, es wurde stiller um sie. Doch die Organisation verkommen zu lassen, nein, so nachlässig ist der Kreml nicht. Neue Unterorganisationen haben sich gegründet und arbeiten eigenständiger und zielgerichteter. So kümmert sich „Unser Sieg“ um eine patriotische Aufarbeitung sowjetischer Geschichte, der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg darf von niemandem beschmutzt werden. Geschichtsfälscher, so sieht man im neuen Russland die kritischen Historiker, sind die neuen Volksfeinde.

Auch abseits der Politik machte sich Naschi einen Namen. Wie in der Sowjetunion übernahm die Jugend soziale Pflichten, um die Volksgesundheit zu schützen und Veteranen zu ehren. Regelmäßig wurden Altenheime besucht und Spendenrunden organisiert, auch das gemeinschaftliche Blutspenden durfte nicht fehlen. Doch der soziale Aspekt ging weiter, viel weiter. Wie so viele Ideologen vor ihm sprach auch Naschi-Gründer Jakemenko von der Erschaffung eines neuen Menschen. Eines neuen Russen, besser gesagt.

Seine Reden beim jährlichen Sommerlager sind legendär. Unter frenetischem Jubel beschrieb er die Veränderungen, die jeder Naschist im Camp durchlaufen sollte. Kein Rauchen, Trinken oder vulgäres Schimpfen mehr, die drei Sünden eines Russen. Innerhalb von acht Tagen sollten neue Menschen aus den jungen Aktivisten werden. Gleichzeitig sollten neue Menschen gezeugt werden. Für frisch Verheiratete gab es einzelne Zelte, immerhin braucht Russland Nachwuchs, am besten mit der richtigen politischen Gesinnung.

Anständig und sauber: Naschi-Mädchen beim Haarewaschen am Seligersee.

Der Aufschwung fiel in Putins Amtszeit. Während die Eltern wieder Arbeit fanden, sich das erste eigene Auto leisteten und ins Ausland verreisten, war es Naschi, das für die Kinder da war.

Für uns im freien, wohlhabenden Deutschland mag das aussehen wie billige Propaganda. Doch nach den gesetzlosen Neunzigern, nach Jahren von Bandenkriegen, Massenarbeitslosigkeit und Alkoholismus musste Russlands Jugend tatsächlich von der Straße geholt werden. Der Aufschwung fiel in Putins Amtszeit. Während die Eltern wieder Arbeit fanden, sich das erste eigene Auto leisteten und ins Ausland verreisten, war es Naschi, das für die Kinder da war. Sie traten nicht auf wie eine Organisation, schon gar nicht wie eine politische. Sie verstanden es, wie eine Subkultur zu wirken. Mit Partys, Musik und allem, was sich gehört. Nur eben auch mit Anstand.

Für Mascha Drokova fing es genauso an. In ihrer Heimatstadt Tambow, knapp 450 »

Lagerromantik: Naschi-Mädchen entspannen sich im Camp am Seligersee in der Hängematte.

Kilometer von Moskau entfernt, war es die Putinjugend, die die Begabungen und Talente der 15-Jährigen erkannte und sie förderte. Was könnte für Naschi nützlicher sein als ein überzeugtes, hübsches Mädchen, das die Presse anzog und Fernsehkameras nicht scheute? Natürlich gab Mascha nicht nur, sie nahm auch. Aber schließlich war das der ganze Zweck von Naschi. Eine neue Elite für ein neues Russland. Schluss mit Kommunisten und Oligarchen, jetzt waren die Naschisten dran.

Irgendwann saß Mascha in einer TV-Show und forderte die Verbrennung eines Buches, in dem „homosexuelle Handlungen" beschrieben wurden. Den anderen Studiogästen war sie weder rhetorisch noch intellektuell gewachsen, sie nahmen das Mädchen in wenigen Sätzen gekonnt auseinander. Was in solchen Situationen beim russischen Zuschauer ankommt, ist jedoch eine andere Frage. Immer noch zählt Härte mehr als Argumente. Naschi wusste das immer wesentlich besser als ihre liberalen Kontrahenten.

Doch die Karriere der jungen Mascha verlief nicht ganz wie geplant. Weit weg von zu Hause lernte sie, selbstständig zu leben. Eigenständig zu denken kam später. In Moskau, dem Zentrum aller politischen Bewegungen, war es nur eine Frage der Zeit, bis Mascha Andersdenkenden begegnete. Einer dieser Andersdenkenden war ausgerechnet Oleg Kaschin, der aufmüpfige Journalist und Blogger. Sein Schicksal war es auch, das Mascha dazu brachte, an Naschi zu zweifeln und schließlich auszusteigen.

Aber es brauchte schon mehr, um Naschi zu verlassen. Die Organisation hatte dafür gesorgt, dass Mascha eine schicke Wohnung in Moskau hatte und an einer angesehenen Fakultät studieren konnte. Sie hatte eine große Zukunft sicher, wenn sie nur weiter dabei bleiben würde - Loyalität wird vom Kreml meist belohnt. Doch Mascha traf unbeirrt ihre neuen Oppositionsfreunde, während sie weiterhin für Naschi arbeitete. Ob sie irgendwann von selbst ausgetreten wäre?

Am 6. Oktober 2010 warteten zwei Männer mit Blumensträußen vor Kaschins Eingangstür. Als sie ihn erkannten, schlugen sie zu - mit Fausthieben, Tritten und Metallstangen, minutenlang. Die Überwachungskamera schien die beiden Täter nicht zu stören. Es war ein weiterer Angriff auf einen Journalisten in Russland, sogar Präsident Medwedew äußerte sich ungewöhnlich scharf. „So klaut man keine Geldbeutel", erklärte der Politiker und vermutete einen ideologischen Hintergrund. Die Täter wurden nicht gefunden.

Kaschin verdächtigte nicht den Staat. Nicht unmittelbar, zumindest. Seine lange und intensive Fehde mit Naschi, allen voran mit Gründer Jakemenko, machte die Putinjugend zum Hauptverdächtigen. Für Kaschin, nicht für die Staatsanwaltschaft. Auch als bekannt wurde, dass Naschi nur wenige Wochen vorher bei einer Behörde die Herausgabe von Kaschins Adresse beantragt hatte, geschah gar nichts. Weder Jakemenko noch ein anderer Kommissar wurden je verhört.

Nur einen kleinen, symbolischen Sieg konnte Kaschin für sich verzeichnen. Wenige Tage nach dem Angriff veröffentlichte Jakemenko einen höhnischen Artikel über

Fotos: N. Kolesnikova/AFP/Getty; Kino Lorber/Monday Produktion; privat

das Opfer, machte sich über die Reaktionen seiner Leser lustig und beleidigte ihn. Kaschin klagte und gewann.

Es waren schwere Zeiten für Liberale. Sie stellten sich mit selbst gebastelten Schildern auf Moskaus Straßen und machten auf Kaschins Fall aufmerksam. Eine von ihnen war Mascha. Mascha Drokova, Vorzeigemädchen bei Naschi. Dann trat sie aus. Vielleicht wurde sie ausgeschlossen, aber darüber spricht sie nicht. Es geschah alles ganz still, ohne Skandal, ohne Feindschaften, ohne die Öffentlichkeit. Mascha war immer noch ein Vorzeigemädchen, nur kein Putinkind mehr. Doch Naschi hatte sie weit gebracht. Zwar nicht ganz so weit, wie sie ohne Kaschin gekommen wäre, aber ihre Kontakte wusste sie zu nutzen. Loyalität wird belohnt in Russland. ●

Der mächtige Mann und das Mädchen: Die dänische Regisseurin Lise Birk Pedersen drehte einen Dokumentarfilm über Mascha Drokova, ihren Aufstieg im System Putin – und ihre spätere Abkehr.

FILIPP PIATOV studiert Wirtschaft in Frankfurt und arbeitet in Berlin. Statt zu Naschi ging er lieber zu den Jungen Liberalen. Für die Karriere war das nicht ganz so nützlich, dafür aber tatsächlich demokratisch und liberal.
redaktion@libmag.de

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahresheft der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Axel Hoffmann, Manfred Richter, Rolf Berndt, Dr. Irmgard Schwaetzer und Dr. Peter Röhlinger

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:
David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.),
Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Gérard Bökenkamp, Friedrich Heinemann, Ralf Kalscheur, Walter Krämer, Rolf Kroker, Karl-Ulrich Kuhlo, Katharina Lotter, Michael Miersch, Filipp Piatov, Wolfgang Röhl, René Scheu, Dorothea Siems, Roland Tichy, Kapka Todorova, Mirjam Wajsberg, Ingo Way, Stefan Wolle

Gesamtherstellung:
corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:
Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Matthias Seifarth (Titelillustration)

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigen: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/542 27-662, ralf.zawatzky@corps-verlag.de (Leitung), Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Marketing), Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:
Buersche Druck- und Medien GmbH
Gabelsbergerstraße 4, 46238 Bottrop

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnementpreis jährlich 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung); Preis des Einzelheftes 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Ermäßigtes Abo jährlich 28 Euro (Inlandspreis inklusive Porto und Verpackung) gegen Nachweis an: abo@libmag.de. Kündigungsfrist: spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres.

Raider heißt jetzt *Twix*

Bei einem für September anberaumten Kongress geht es der Grünen-Bundestagsfraktion um Fragen der Freiheit. Die Partei ist aufgeschreckt, nachdem sie sich in den vergangenen Jahren den Ruf einer Verbots-Partei unfreiwillig, aber verdient erarbeitet hat – ein liberales Image wäre ihr lieber. Sind Versuche wie der „Freiheitskongress" in Berlin Zeichen für einen Kurswechsel oder nur Kosmetik?

// TEXT // **GÉRARD BÖKENKAMP**

Nicht nur für die FDP, auch für die Grünen waren die jüngsten Bundestagswahlen eine große Enttäuschung. Auch wenn die Niederlage nicht so katastrophal ausfiel wie für die Liberalen, so war das Ergebnis für die Grünen doch ein herber Rückschlag - für eben jene Partei, der es nach Fukushima gelungen war, zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Ministerpräsidenten zu stellen, und die einige Analysten schon als neue Volkspartei sahen. Dieser Rückschlag drückte sich jedoch nicht nur in Zahlen aus, sondern führte überdies zu schweren Beschädigungen des eigenen Selbstverständnisses.

Seit ihrer Gründung pflegten die Grünen das Image einer jugendlichen Partei, die als Erben der 68er die alten obrigkeitsstaatlichen Zöpfe abschneiden wollte. Doch hatte sich in den letzten Jahren herumgesprochen, dass diese Generation nicht weniger spießig ist als ihre Eltern - nur eben auf eine etwas andere Weise. Statt wie in der Adenauer-Ära die Menschen unter dem Vorwand der Sittlichkeit zu gängeln, muss heute die Nachhaltigkeit als Vorwand für staatlich induzierten Paternalismus herhalten. Der „Veggy-Day" wurde zum Symbol für die Verbotsmentalität: Gegessen werden soll am Ende wieder das, was auf den Tisch kommt.

Die deutscheste aller deutschen Parteien

Die Grünen sind in mehrfacher Hinsicht die deutscheste aller deutschen Parteien. In keiner anderen Partei ist die Vorstellung, dass am eigenen Wesen die Welt genesen soll, so weit verbreitet wie bei den Grünen. Wie selbstverständlich geht man davon aus, dass der eigene Lebensstil - bis hin zu den Ernährungsgewohnheiten - so etwas wie die Leitkultur der gesamten Gesellschaft bilden soll. Die Freude an Verboten und Regeln und die Romantisierung der Natur sind so urdeutsch, dass man sich die Augen reibt und fragt, ob das wirklich die Nachfolger der Studenten sein sollen, die einst gegen den „Muff von 1.000 Jahren" polemisiert hatten. Selbst der *Spiegel* griff den Begriff des „Öko-Spießers" auf.

Wie schwer es für die Grünen wird, vom Image der Verbotspartei wegzukommen, zeigte sich schon kurz nach der Bundestagswahl. In einem Interview mit der *Welt* erklärte Cem Özdemir, Liberalität und Selbstbestimmung seien immens wichtige Werte, die Grünen würden die FDP als liberale Partei überflüssig machen. Aber in demselben Interview musste er einräumen: „Wir werden auch in Zukunft nicht darum herumkommen, Verbote zu verlangen."

Dieses Spannungsverhältnis zwischen der tief sitzenden Neigung, die Gesellschaft nach eigenen Moralvorstellungen zu formen, und dem Anspruch, Liberalität zu vertreten, spiegelt sich auch in der Freiheitsdebatte der Grünen wider. In dem grünen Grundsatzpapier „Die Farbe der Freiheit ist grün" finden sich keine neuen Inhalte, vielmehr werden die alten Inhalte neu verpackt. Was sich verändert hat, das ist das Wording. Statt in typisch linker Manier Ansprüche an den Staat zu formulieren, werden diese Ansprüche nun in ein freiheitliches Gewand gehüllt. Im Grunde ist das Ganze ein Taschenspielertrick. Mit dem

Freiheitsbegriff möchte man den Anschein der „Liberalität“ erwecken. Dass es dabei im Wesentlichen nur um Marketing und nicht um Inhalte geht, zeigt die folgende Formulierung: „Zugleich plädieren wir dafür, unseren Nachhaltigkeitsbegriff so zu vermitteln, dass er die Freiheit in den Mittelpunkt stellt und solidarische und ökologische Politik miteinander verbindet. Mit unserer Freiheitserzählung und unserem Freiheitshandeln wollen und können wir mehr Menschen für Grüne begeistern und unter anderem das progressive weltoffene Bürgertum für uns gewinnen.“ Diese Aussage macht das sehr deutlich. Freiheit ist für die Grünen kein Ziel, sondern einfach eine PR-Strategie: Raider heißt jetzt Twix.

Freiheit: All das, was Grüne gerne mögen

Freiheit kommt bei den Grünen letztlich vom Staat. Anton Hofreiter schrieb dazu in der *Zeit*: „Freiheit kann es in einem Staat nur in dem Maße geben, in dem der Staat allen Einzelnen die gleichen Möglichkeiten gibt.“ Dass das Recht des einen, vom Staat angebotene Leistungen und Förderung zu bekommen, gleichzeitig die Pflicht eines anderen beinhaltet, für diese Leistung und Förderung zu bezahlen, thematisiert der Fraktionsvorsitzende nicht .

Die Grünen weichen der zentralen Fragestellung aus, welche Belastung des Bürgers mit deren individueller Freiheit noch vereinbar ist. Im Prinzip ist der Freiheitsbegriff der Grünen ein Freifahrschein für eine fast unbegrenzte Belastung der Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben, da in großer Breite Ansprüche an die Ausgabenseite des Staates formuliert werden, über die Einnahmeseite aber wenig ausgesagt wird. Während der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg Kretschmann erklärte, „Liberale im besten Sinne sollten bei uns eine politische Heimat finden“, und dies auch inhaltlich flankierte, indem er forderte, „wenige, aber wirksame Rahmenbedingungen zu setzen, in denen sich die Menschen und auch die Marktkräfte frei entfalten können“, stößt diese Liberalität auf massiven Widerstand in Partei und Basis. Die Vorsitzende Simone Peter konstatierte in einem Interview mit der *Welt* dass sie die Haushalte für „dramatisch unterfinanziert“ hält: „Klar ist, dass die Grünen keine Steuersenkungspartei werden.“

Unter „Freiheit“ summieren die Grünen all das, was Grüne gerne mögen, und ein „starker Staat“ ist immer dann gut, wenn er das tut, was Grüne schon immer gewollt haben: den ökologischen Umbau der Gesellschaft vorantreiben, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetze durchsetzen, nachhaltigen Verbraucherschutz betreiben, Datenschutz für Großunternehmen verordnen. Der Freiheitsbegriff der Grünen ist nicht ergebnisoffen. Der Mensch soll einerseits ein selbstbestimmtes Leben führen dürfen, aber am Ende gibt es kaum einen Zweifel, für welches Leben er sich entscheiden sollte: nämlich für ein nachhaltiges, ökologisch aufgeklärtes Leben jenseits traditioneller Rollenvorstellungen.

Nun beruht aber der Kern eines liberalen Freiheitsverständnisses gerade darauf, dass Freiheit ergebnisoffen ist. Selbstbestimmung bedeutet, dass Menschen selbst bestimmen, was sie tun möchten. Und wenn sie sich im Zuge ihrer Selbstbestimmung dafür entscheiden, Fast Food zu essen statt im Bioladen einkaufen zu gehen, lieber Raucher als Nichtraucher sein wollen, lieber Fleisch essen statt Gemüse und lieber in einer traditionellen Hausfrauenehe leben möchten als in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, dann mag man das gut oder schlecht finden. Doch sind das im Prinzip keine Fragen, die die Politik zu entscheiden hat, sondern jeder einzelne Bürger für sich selbst. Der Freiheitsbegriff der Grünen hat große Ähnlichkeit mit dem der katholischen Kirche. So wie bei dieser die Vollendung der Freiheit darin besteht, Gottes Geboten zu folgen, so sehen die Grünen die Vollendung der Freiheit darin, sich für den grünen Lebensstil zu entscheiden. ●

GÉRARD BÖKENKAMP ist im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Referent für Grundsatzfragen, Finanzen, Haushalt und Steuern.
redaktion@libmag.de

Fotos: action press; Hanratt/Corbis; privat

Fack ju, Spitzweg

Sie kamen einst als tanzende Verkünder der heilen Natur. Mit gelben Sonnenblumen im hennaroten Haar, Anti-Atom-Bapperl obligatorisch. Sie predigten die Liebe zur unzerstörten Natur, den freien Blick auf grüne Felder und Wälder statt auf rußende Schornsteine oder Atom-Eier. Doch was haben die Windkraftpropheten gebracht? Nichts da, unzerstörte Wiesen bis zum Horizont! Tausende Windräder zerstören die friedliche Weite. Bürger wehren sich. Die deutsche Umweltdebatte bekommt eine neue Seite. Carl Spitzweg täte sich heute schwer, unverseuchte Perspektiven aufzutun. // TEXT // **WOLFGANG RÖHL**

Eurozeichen in den Augen, das Lied vom Klimaschutz auf den Lippen, so schlug das Drückerduo im Dorfgemeinschaftshaus auf. Der Wortführer, ein gerissener Windkraftvertreter aus Cuxhaven, rechnete den Bürgern von Oberndorf die finanziellen Segnungen vor, welche ihnen ein Windpark auf Gemeindegebiet bringen würde. Erblühen könnte das klamme niedersächsische Dorf durch sprudelnde Einnahmen aus der „Zukunftstechnologie Windkraft"! Eine geölte Phrasendreschmaschine, der Mann, wie aus der Rippe des jungen Carsten Maschmeyer geschnitten. Diese furchtbare Erderwärmung! Müssen wir ihr nicht Einhalt gebieten? Schon im Interesse unserer Kinder?

Das Problem ist, beileibe nicht alle Oberndorfer möchten im Schatten von Türmen aus Stahlbeton leben. Der 1.400-Seelen-Flecken liegt in der weithin intakten Marschenlandschaft des Oste-Flusses. Eine der wenigen Regionen Norddeutschlands, die noch nicht mit Windrädern zugestellt ist. Hier ist die Nacht richtig schwarz, der Sternenhimmel oft überwältigend, weil nicht von den rot blitzenden Befeuerungen der riesigen Windspargel verunstaltet. Hier jagen nicht allerorten Schlagschatten über das Land, hier schallt und rauscht und brummt es nicht penetrant über den Äckern. Käuze kreisen hier und Bussarde, Fledermäuse, Störche, Gänse aller Couleurs und dann und wann sogar ein Seeadler; ohne große Gefahr, von Kunststoffrotoren frikassiert zu werden. Deshalb besuchen von Jahr zu Jahr immer mehr Touristen die Gegend. Sie wollen Natur, keine Industrie.

No problem! In einer trickreichen Powerpoint-Präsentation der Windkraft-Promoter waren die 13 geplanten Anlagen einfach diminuiert worden. Auf mit Weitwinkelobjektiven geschossenen Fotos wirkten die winzig einkopierten, in Wahrheit 186 Meter hohen Türme so, als würden sie im Landschaftsbild kaum auffallen. 186 Meter, das sind 29 Meter mehr als der Kölner Dom. Eine gigantische Landmarke des Hässlichen, visueller GAU für die weithin platte Gegend. Die schilfgesäumte Oste-Niederung wäre damit erledigt. Auch als Destination für viele, die hier Erholung von den industriellen Zumutungen suchen, die um Großstädte wie Hamburg, Hannover oder Bremen wuchern.

Noch sind die Erdrammen und Bulldozer nicht angerückt. Bürger haben Einsprüche gegen das Ansinnen erhoben, das Raumordnungsverfahren läuft noch. Aber Oberndorf ist überall. Die bis jetzt rund 23.000 deutschen Windräder verteilen sich auf der Karte wie Streusel auf einem Kuchen, der immer dichter bestreut

Foto: picture alliance/Artcolor; Montage: A. Meissner

wird. Den gesamten Norden hat es besonders schlimm erwischt. Hier stehen die Rotorenwälder teils so eng beieinander, dass kein windradfreier Blick mehr möglich ist. Regionen wie Dithmarschen oder Ostfriesland erinnern an die frühen texanischen Ölfelder oder an die Förderturmdickichte von Baku. Kameramänner, die für betuliche Sendungen des Lokalfernsehens ländliche Idyllen einfangen wollen, sind oft dem Verzweifeln nahe.

Klima ist ein Killerargument

Von Windrädern unverseuchte Perspektiven aufzutun wird immer schwieriger. Totalen und Schwenks sind in vielen Gebieten kaum mehr möglich, ohne dass permanent Spargelsalat ins Bild rutscht. Man muss schon bis zur Insel Sylt fahren, um noch Bilder einer Nordseeküste einzufangen, wie wir sie mal kannten. Die Insulaner haben sich lange erfolgreich mit allerlei juristischen Kniffen dagegen gewehrt, ihre Sandbank verspargeln zu lassen. Jetzt kriegen sie einen „Meereswindpark“ vor die Nase gesetzt.

Längst ist nicht mehr allein der Norden betroffen. Auch windschwächere Regionen in der Mitte und im Süden werden jetzt systematisch verspargelt. Dank der auf 20 Jahre festgeschriebenen Einspeisevergütungen sind auch dort Profite möglich. Mit Vorliebe werden, wie im Hunsrück, Bergkuppen mit Windrädern bepflastert. »

Eine besonders perfide Art, Landschaftsansichten kaputtzumachen. Wer einen Carport vor seinem Haus aufstellen möchte, bekommt dafür oft keine Genehmigung. Der Unterstand störe das Straßenbild, heißt es zur Begründung. Ein Geschmacksverbrechen muss offenbar nur groß genug sein, um genehmigungsfähig zu werden. Und es muss, versteht sich, im Gewande des Welterrettenden daherkommen. Sobald es um Klimaschutz geht – ein Wort, das im Wettbewerb der törichtsten deutschen Begriffe ganz oben aufs Treppchen gehört –, sind sämtliche Regulierungen ausgeknipst, fallen alle Barrieren. Klima ist ein Killerargument, und zwar wortwörtlich.

„Mein Freund, der Pelikan, ist tot, er fiel im frühen Morgenrot! Hingerichtet vom Windkraftwahn, bei Schwegenheim in Rheinland-Pfalz. Opfer skrupelloser Manager, die um jeden Preis Profit machen wollen und dabei über die Leichen von Seeadlern, Rotmilanen und Störchen gehen", schreibt der Journalist Gideon Böss auf seinem Blog bei „welt.de". „Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) rechnet mit bis zu 220.000 Toten jedes Jahr durch die Windkraft in Deutschland. 220.000

tote Vögel. Trotzdem sollen noch mehr dieser vertikalen Kriegserklärungen an Flora und Fauna gebaut werden."

Böss fragt sich, warum es gegen den „gigantischen Blutzoll" keinen Proteststurm von Wutbürgern gibt. Für den Fall, dass es doch noch mal zu einem käme, schlägt er den passenden Slogan vor: Kein Blut für Wind.

Gute Frage: Warum tobt eigentlich kein andauernder Shitstorm gegen die massenhafte Vernichtung von geschützter Fauna, gegen die fortschreitende Demolierung liebenswerter Landschaften? Da ist allenfalls ein im Uckermärkischen nistender Dichter wie Botho Strauß, der das „Barbarentum der Energieökologen" geißelt und die Windradwüsten die „schlimmsten Verheerungen seit dem Dreißigjährigen Krieg" nennt. Nur, um sogleich von den Windkraftenthusiasten der Medien als solitärer, reaktionärer Spinner verhöhnt zu werden. Der Dirigent Enoch zu Guttenberg ist aus dem von ihm mitgegründeten Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ausgetreten, weil er erschüttert war über die Ignoranz des Naturschutzverbandes gegenüber dem Landschaftsschutz: „Ich will nicht teilhaben an all dem, was an unkündbar scheinenden Prinzipien über Bord geworfen wurde."

Ästhetische Vollnarkotisierung

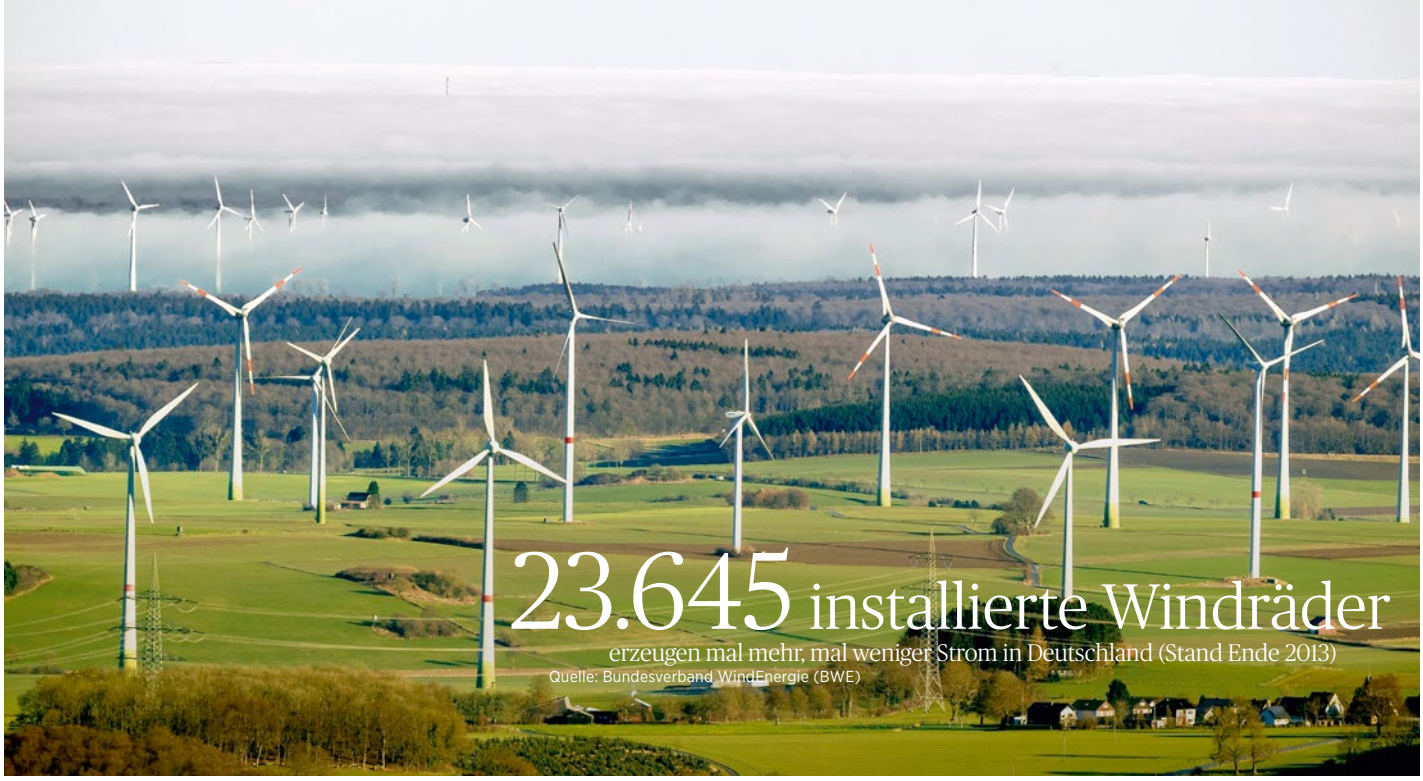
Ein Linker wie Oskar Lafontaine wettert – das Sein bestimmt das Bewusstsein – gegen die „Zerstörung der deutschen Kulturlandschaft"? Tut er doch nur, weil ihm Windräder vor die „Villa" gesetzt wurden, johlt die milliardenschwere, mit einflussreichen Meinungsmachern verkumpelte Windkraftbranche. Den Schöngeistern aus den Feuilletonstuben, die sich ansonsten über irgendwelche architektonischen Marotten oder Kapriolen des städtischen Fassadenbaus aufzuregen vermögen, fällt zur flächendeckenden Verhässlichung des ganzen Landes nichts ein. Vermutlich, weil sie in aller Regel glühende Partisanen von Atomausstieg und „Energiewende" sind. So, wie die meisten Buchautoren, die ansonsten von Sensibilität und Betroffenheit nur so triefen.

An der ästhetischen Vollnarkotisierung der Bevölkerung arbeiten viele Interessierte. Nicht wenige Gestalten aus der überwiegend rot-grünen Szene der Medienschaffenden haben in Windparks und andere erneuerbare Profitmodelle investiert, zum Beispiel Redakteure des *Spiegel* und des NDR. „Baut mal munter weiter", sekundiert die *Süddeutsche Zeitung* dem Windradwahn. Windräder seien „nämlich schön". Klar. Unsere Urgroßväter fanden die „Dicke Bertha" schön. Eine Atombombenexplosion kann auch sehr schön sein, mit den Augen von nordkoreanischen Militärs gesehen. Wenn man nur durchgeknallt genug ist, wie der Komponist Karlheinz Stockhausen, kann man auch die einstürzenden Türme des 11. September als das „größte Kunstwerk" betrachten, „das es überhaupt gibt für den ganzen Kosmos".

Auf monströse Art schön

Die gewaltigen Leitungstrassen, für die Schneisen quer und längs durch Deutschland geschlagen werden sollen, weil der Offshore-Strom dort, wo er erzeugt wird, gar nicht gebraucht wird, dafür aber am anderen Ende der Republik, diese Verheerungen, für die Wälder plattgemacht und Straßen gebaut und Böden betoniert wer-

Fotos: dpa-Zentralbild; www.luftbild-blossey.de; privat



den, sind sie nicht auf ihre monströse Art schön? Kindern muss schon in der Kita beigebracht werden, solche Bauwerke zu lieben. Um das, was sie auf alten Landschaftsbildern sehen, als rückständige Relikte dunkler Zeiten empfinden zu können. Es darf ihnen später nicht mal mehr möglich sein, ein Bild wie Max Liebermanns „Die Netzflickerinnen" mit Freude anzuschauen. Vielmehr müssen sie sich vor diesem, 1887 an der flämischen Kanalküste entstandenen Panorama einer weiten winddurchwehten Landschaft, die irritierten Augen reiben: Wo sind denn da die Windräder?

Heimat hat keine Lobby

Mal versucht, eine Baugenehmigung für ein Häuschen im sogenannten Außenbereich zu ergattern? So gut wie unmöglich. Wäre ja „Landschaftszersiedlung". Aber 200-Meter-Türme in oder nahe von Naturschutzgebieten hochziehen, das klappt. Das weltweit einzigartige Watt in den Nationalparks aufreißen für Offshore-Windenergiekabel? Genehmigt. Landschaftsschutz, Vogelschutz, Artenschutz, womöglich sogar Menschenschutz? Alles zehntrangig, wenn es um die Erzeugung von ein bisschen Zappelstrom geht.

Die Naturschutzverbände, ansonsten um jeden Juchtenkäfer barmend, nicken den Windradvandalismus routiniert ab. Im Jahre 2012 betrug der Anteil der Stromerzeugung aus Windenergie am primären Energieverbrauch 1,3 Prozent, zitiert Lafontaine das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Axel Börsch-Supan vom Max-Planck-Institut für Sozialpolitik sagt, die Energiewende grenze „an Selbstmord". Ökonomisch betrachtet.

Von dem kollateralen Desaster für das, was für viele – ja, nennen wir es ruhig mal ganz altmodisch – die Heimat war, spricht kaum jemand. Ob in 20 Jahren noch irgendwo ein Ort auffindbar sein wird, wo Caspar David Friedrich, Emil Nolde, Hans Thoma oder die Worpsweder Lust gehabt hätten, ihre Staffeleien aufzustellen? Heimat hat keine Lobby. Heimat steht im Generalverdacht, was für Ewiggestrige zu sein, die auch die Wildecker Herzbuben mögen. Wie, Sie mögen nun mal unverschandelte Landschaften? Dann fliegen Sie doch nach Kanada! Was hierzulande schön ist, mein Herr, bestimmt der ökologisch-industrielle Komplex.

Sicher, irgendwann wird die Politik den Stecker ziehen. Notgetrieben, wie beim Milliardengrab Grüner Punkt, auch dies ein von Anfang an gescheitertes Projekt. Dann werden Firmen eingehen, viele Rotoren stillstehen. Wer wird den Schrott abräumen? Wer muss dafür bezahlen? Über die Netzwerke des verteuerbaren Irrsinns muss genau Buch geführt werden. Über Propagandisten, Lobbys, Firmengeflechte. Damit die Schreibtischtäter sich später nicht so einfach in die Büsche schlagen können. ●

WOLFGANG RÖHL arbeitet in Hamburg und Oberndorf/Oste als Autor und Journalist. Wie sich das ländliche Deutschland in ein Rotorenfeld verwandelt, hat er jeden Tag vor Augen.
redaktion@libmag.de

„Big Data ist inzwischen auch bei der deutschen Polizei angekommen“

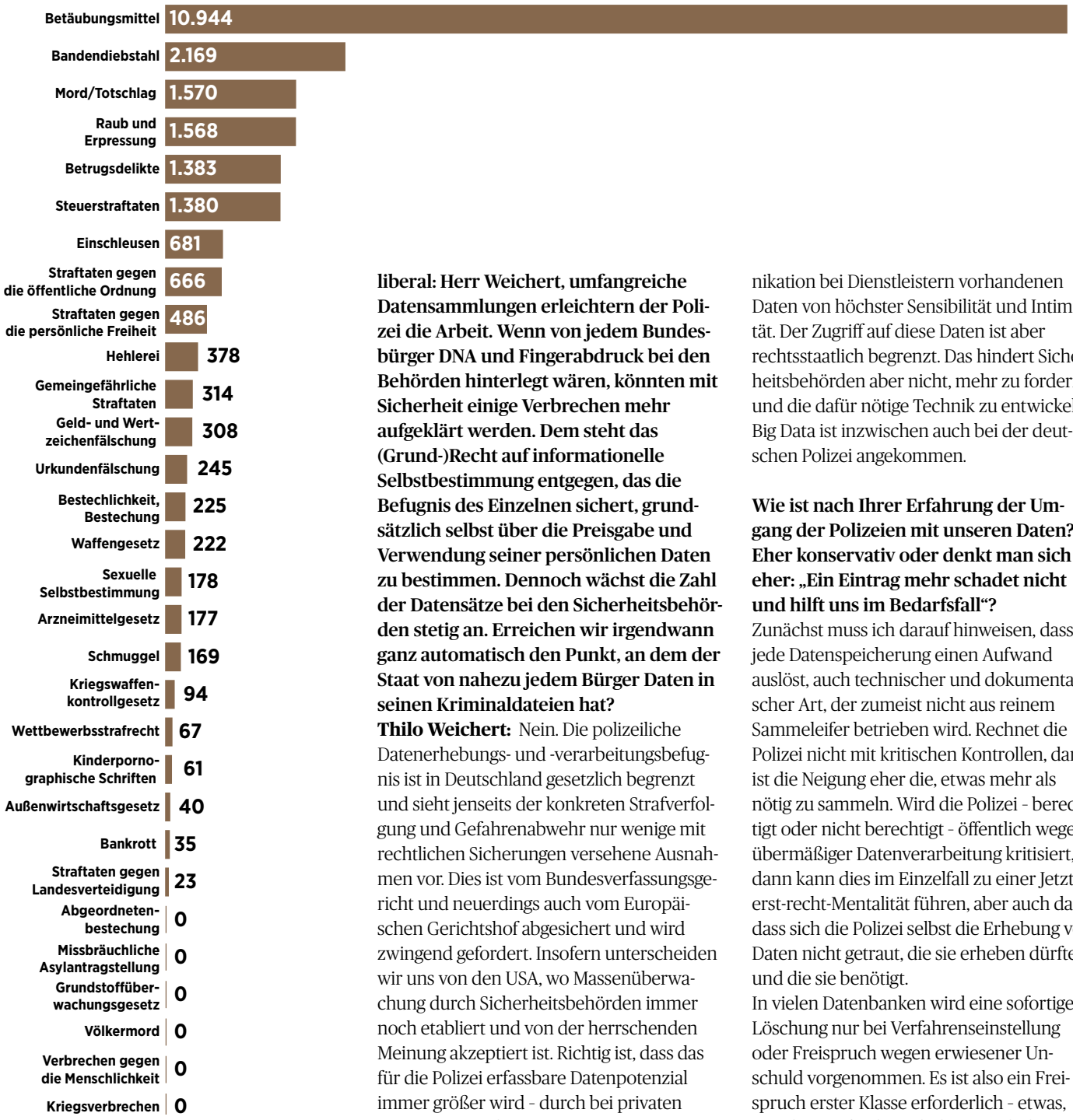
Deutschland diskutiert seit Monaten verstärkt den Zugriff US-amerikanischer Geheimdienste und großer Unternehmen auf unsere Daten – und verliert dabei den Blick auf den inländischen Überwachungsapparat. Dabei gibt es hier durchaus vieles, was Sorge bereiten kann. // INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

Fotos: picture alliance/tn - radio tele nord

Bestandsdaten, also etwa Passwörter für E-Mail-Zugänge, werden inzwischen bundesweit sekündlich abgefragt, über 36 Millionen Mal jährlich. Telefonüberwachungen - politisch vor allem mit dem Argument durchgesetzt, Terroranschläge und Kinderpornografie zu bekämpfen - dienen weit überwiegend der Drogenfahndung. Und die Polizeien führen eine unüberschaubare Zahl an Datenbanken zu allen erdenklichen Facetten der Kriminalität - in die man auch schnell als Hinweisgeber, Zeuge oder Kontaktperson gerät. Wehren kann man sich dagegen kaum: Man weiß ja von nichts und wird in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht - wie vorgeschrieben - nach Abschluss der Maßnahme informiert. *liberal* hat dazu Thilo Weichert befragt. Der promovierte Jurist ist Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein. »

DESHALB WIRD ABGEHÖRT

Anlassstraftaten für Telekommunikationsüberwachung 2012



Quelle: Bundesjustizamt,
Delikte teils zu Gruppen von liberal zusammengefasst

liberal: Herr Weichert, umfangreiche Datensammlungen erleichtern der Polizei die Arbeit. Wenn von jedem Bundesbürger DNA und Fingerabdruck bei den Behörden hinterlegt wären, könnten mit Sicherheit einige Verbrechen mehr aufgeklärt werden. Dem steht das (Grund-)Recht auf informationelle Selbstbestimmung entgegen, das die Befugnis des Einzelnen sichert, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Dennoch wächst die Zahl der Datensätze bei den Sicherheitsbehörden stetig an. Erreichen wir irgendwann ganz automatisch den Punkt, an dem der Staat von nahezu jedem Bürger Daten in seinen Kriminaldateien hat?

Thilo Weichert: Nein. Die polizeiliche Datenerhebungs- und -verarbeitungsbefugnis ist in Deutschland gesetzlich begrenzt und sieht jenseits der konkreten Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nur wenige mit rechtlichen Sicherungen versehene Ausnahmen vor. Dies ist vom Bundesverfassungsgericht und neuerdings auch vom Europäischen Gerichtshof abgesichert und wird zwingend gefordert. Insofern unterscheiden wir uns von den USA, wo Massenüberwachung durch Sicherheitsbehörden immer noch etabliert und von der herrschenden Meinung akzeptiert ist. Richtig ist, dass das für die Polizei erfassbare Datenpotenzial immer größer wird - durch bei privaten Firmen gespeicherte Datensätze sowie durch die im Rahmen der Internet-Kommunikation bei Dienstleistern vorhandenen Daten von höchster Sensibilität und Intimität. Der Zugriff auf diese Daten ist aber rechtsstaatlich begrenzt. Das hindert Sicherheitsbehörden aber nicht, mehr zu fordern und die dafür nötige Technik zu entwickeln. Big Data ist inzwischen auch bei der deutschen Polizei angekommen.

Wie ist nach Ihrer Erfahrung der Umgang der Polizeien mit unseren Daten? Eher konservativ oder denkt man sich eher: „Ein Eintrag mehr schadet nicht und hilft uns im Bedarfsfall“?

Zunächst muss ich darauf hinweisen, dass jede Datenspeicherung einen Aufwand auslöst, auch technischer und dokumentarischer Art, der zumeist nicht aus reinem Sammeleifer betrieben wird. Rechnet die Polizei nicht mit kritischen Kontrollen, dann ist die Neigung eher die, etwas mehr als nötig zu sammeln. Wird die Polizei - berechtigt oder nicht berechtigt - öffentlich wegen übermäßiger Datenverarbeitung kritisiert, dann kann dies im Einzelfall zu einer Jetzt-erst-recht-Mentalität führen, aber auch dazu, dass sich die Polizei selbst die Erhebung von Daten nicht getraut, die sie erheben dürfte und die sie benötigt.

In vielen Datenbanken wird eine sofortige Löschung nur bei Verfahrenseinstellung oder Freispruch wegen erwiesener Unschuld vorgenommen. Es ist also ein Freispruch erster Klasse erforderlich - etwas, was das Strafrecht nicht kennt. Gilt der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“

nicht auch im Bereich des Datenschutzes? Nein. Es gilt bei den Praktikern der Grundsatz: Da könnte etwas dran gewesen sein, weshalb wir die Daten noch benötigen. Derartige Verdachtsdaten können teilweise gravierende Nachteile für die Betroffenen verursachen. Deshalb dringen wir Datenschützer darauf, solche Daten regelmäßig und in jedem Fall einer Bearbeitung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Nach Abschluss von Überwachungsmaßnahmen sollen die Betroffenen unterrichtet werden. Man hört immer wieder, dass dies nur ausnahmsweise und nicht regelmäßig geschieht. Wie ist Ihre Sicht der Dinge bei dieser Frage?
Unzureichende Benachrichtigungen sind der wohl größte Fehler, den die Polizei bei verdeckten und Massen-Datenerhebungen und -auswertungen begeht. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Benachrichtigungen machen – je mehr Betroffene umso mehr – Arbeit. Und sie haben zur Folge, dass eine Polizeimaßnahme hinterfragt werden kann. Das will man aber eigentlich nicht, insbesondere wenn eine Maßnahme problematisch war. Hier gilt wieder: Kontrollen fördern die Gesetzeskonformität.

In den Datensammlungen finden sich Datensätze über Beschuldigte, Verdächtige, Hinweisgeber, aber auch über Zeugen und Kontaktpersonen. Werden Zeugen und Kontaktpersonen dort als solche gekennzeichnet und schreckt es Zeugen nicht ab auszusagen, wenn sie befürchten müssen, in Datensammlungen zu landen? Sollte man nicht zumindest Zeugen, Hinweisgeber und Kontaktpersonen gesondert erheben?
Mangelnde Datenqualität und der unzuverlässige Datenumgang sind seit Jahrzehnten ein mehr oder weniger großes Ärgernis bei der Polizei. Wenn Hinweisgeber, Zeugen, Kontaktpersonen oder sonstige Dritte bei der Polizei gespeichert sind, dann muss deren Rolle eindeutig gekennzeichnet sein; der Datenzugriff muss auf das Erforderliche streng begrenzt bleiben und die Beamten müssen genau wissen, wie sie mit diesen Daten umgehen dürfen, und das natürlich dann auch beachten. Polizeiliche Datenspeicherungen können auch im Interesse der Betroffenen liegen, etwa bei potenziellen Opfern. Das System wird nie perfekt sein. Die Polizei weiß aber zumeist, dass Fehler hier sofort auf sie zurückfallen können.

„Polizeiliche Speicherung kann vielfältige, teils gravierende Konsequenzen haben.“

Welche Konsequenzen kann es für Bürger haben, in einer dieser Dateien geführt zu werden?
Für die Betroffenen kann eine polizeiliche Speicherung vielfältige, teilweise sehr gravierende Konsequenzen haben: Dies beginnt mit der verstärkten polizeilichen Kontrolle, etwa im Straßenverkehr, geht über Durchsuchungen und Festnahmen und kann existenzielle berufliche Folgen haben, weil beispielsweise bei der Berufsausübung eine Sicherheitsüberprüfung gefordert wird, bei der auf polizeiliche Datenbestände zurückgegriffen werden darf. Für jede dieser Konsequenzen gibt es eine gesetzliche Grundlage, die bei der jeweiligen polizeilichen Maßnahme umfassend beachtet werden muss. »

Die Sicherheitsbehörden in Deutschland führen über 20 sogenannte Verbunddateien, etwa 15 Zentraldateien und mehr als 40 Amtsdateien. Dazu kommen eine Handvoll Dateien der Bundespolizei. Manche Experten schätzen die Zahl noch weitaus höher ein. Es gibt Sammlungen zu Haustürbetrügern, zu Kinderpornografie, verschiedene zu terroristischen Sachverhalten und zu politisch motivierten Straftaten. Was ist von diesem Wildwuchs zu halten?
Ich hoffe, dass dies keinen Wildwuchs darstellt und dass es für jede dieser Verbund-, Zentral- und Amtsdateien einen triftigen Grund und eine verhältnismäßige Rechtfertigung gibt. Die Tendenz geht bei der Polizei hin zu verstärkter Vernetzung und Zentralisierung. Hierin sehe ich die größere Gefahr, weil dadurch die Zugriffsberechtigungen und die jeweiligen Zweckbindungen der Datenbestände leichter überwunden werden können.

Man hört immer wieder von sogenannten „schwarzen Datenbanken“ bei den Polizeien. Gibt es Hinweise darauf, dass außer der bekannten Vielzahl an Dateien noch weitere Sammlungen existieren, zum Beispiel auch im lokalen oder regionalen Bereich? Wenn ja, wie ist das einzuschätzen?
Sicher gibt es solche Datenbestände. Diese tauchen bei Missbräuchen oder bei Fehlern, teilweise auch bei anlasslosen Kontrollen auf und sollten dann von den Wurzeln her beseitigt beziehungsweise gelöscht werden. Durch Vereinheitlichung und Standardisierung werden nach meinem Eindruck solche

Bestände weniger. Durch die Zentralisierung der Polizei-IT erhöht sich nicht nur die Informationsmacht der Polizei, sondern zugleich auch die Kontrollierbarkeit der Datenbestände. Diese Chance muss dann auch genutzt werden – durch polizeiinterne Kontrollen ebenso wie durch unabhängige externe Kontrollen, wie wir Datenschützer sie durchführen.

diese zutrifft, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Der wohl wichtigste und zugleich weichste Faktor ist die Datenschutz- beziehungsweise Grundrechtskultur einer Polizei, die durch eine gute Ausbildung und durch klare Ansagen der Vorgesetzten massiv befördert werden kann. Wichtig sind natürlich weiterhin Kontrollen und die Sanktionierung von Verstößen. Dies gilt für

„Es werden Massendaten ausgewertet von Leuten, die nichts verbrochen haben."

Das Gen-ethische Netzwerk erhebt den Vorwurf, das Bundeskriminalamt speichere Datensätze auf Vorrat, und zwar aus immer geringfügigeren Anlässen und in immer größerer Zahl. Der Strafverteidiger Andreas Mroß meint, die polizeiliche Praxis sei, dass regelmäßig jede verfügbare Information frei verwendet und nach Bedarf in Ermittlungsakten aufgenommen wird oder auch nicht. Im Prinzip reiche die subjektive Meinung eines Polizeibeamten aus, um in eine Datenbank eingetragen zu werden. Können Sie dieses Bild bestätigen?
Die Richtigkeit dieser Beobachtung will ich nicht infrage stellen. In welchem Umfang

individuelles Fehlverhalten wie auch für strukturelle Mängel. Je weiter eine Institution vom konkreten Sachverhalt räumlich und inhaltlich entfernt ist, desto größer ist die Gefahr der Vorratsdatenspeicherung. Insofern verwundert es nicht, dass gerade beim Bundeskriminalamt die Neigung besonders groß ist, „sicherheitshalber" mehr zu speichern als nötig.

Mit sogenannten „stillen SMS" können Mobiltelefone von Verdächtigen über eine anschließende Funkzellenabfrage geortet werden – eine Maßnahme, die unter Juristen hoch umstritten ist. Die Berliner Innenbehörde zum Beispiel hat im vergangenen Jahr rund 250.000 heimliche Kurznachrichten verschickt. Im Jahr zuvor waren es noch 145.000. Wie erklären Sie sich einen solch drastischen Anstieg und wie sind diese Zahlen aus datenschutzrechtlicher Sicht zu bewerten? Immerhin ergeben diese Zahlen fast 700 Abfragen an jedem Tag … Kann es bei einer solchen Fallzahl überhaupt noch zu einer richterlichen Einzelfallprüfung kommen, die diesen Namen verdient?
Die Funkzellenabfrage ist nicht die einzige polizeiliche Ermittlungsmaßnahme, bei der Massendaten ausgewertet werden von Leuten, die nichts verbrochen haben. Hier bedarf es einer besonders kritischen externen Kontrolle. Wenn „stille SMS" eingesetzt wird, muss meines Erachtens in jedem Fall ein konkreter Verdacht bestehen. Hier besteht eine gewaltige Gefahr, dass die Polizei weit mehr tut, als sie darf. Der Grund hierfür ist, dass diese Maßnahmen technisch relativ einfach sind und die Betroffenen regelmäßig nichts davon mitbekommen. Die Qualität der richterlichen Prüfungen ist sehr unterschiedlich. Leider passiert es wegen der Arbeitsbelastung und der fachlichen, auch der technischen Unkenntnis der eingesetzten Richter oft, dass diese von der Staatsanwaltschaft vorformulierte Beschlüsse unterschreiben, ohne den jeweiligen Sachverhalt sauber zu prüfen. ●

BORIS EICHLER hält die Aufregung seitens der Politik um den NSA-Skandal für unglaubwürdig, solange in Deutschland staatlicher Datenmissbrauch grassiert.
redaktion@libmag.de

Beliebigkeit ist nicht liberal

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

In den 60er-Jahren gab es ein Schimpfwort, das rebellische Studenten für eine bestimmte Sorte Würdenträger benutzen: „Scheißliberaler". Ein „Scheißliberaler" war einer, der seine liberale Haltung vor sich her trug, aber im Konfliktfall sofort zu den gleichen Zwangsmethoden griff wie die Konservativen, die aus ihrer autoritären Gesinnung von vornherein keinen Hehl machten. Damals wurde diese Beleidigung oft zu Unrecht gebraucht und in hysterischer Weise überstrapaziert. Praktisch jeder wurde so tituliert, der sich den basisdemokratischen Maximalforderungen der Jungen nicht anschloss und darauf beharrte, dass der freiheitliche Rechtsstaat und die repräsentative Demokratie durchaus schützenswerte Güter seien.

Dennoch gibt es Pseudoliberalität tatsächlich und nicht nur als denunziatorisches Schmähwort. Manche sich liberal wähnende Menschen verwechseln Liberalismus mit Beliebigkeit und Denkfaulheit. Ihre Toleranz gegenüber allem und jedem hat mehr mit Opportunismus zu tun als mit wahrhaftiger geistiger Großzügigkeit. Die Wahrheit liegt bei ihnen immer irgendwo in der Mitte zwischen zwei Ansichten. Wer mag sich schon festlegen, wenn beide Seiten irgendwie einen Punkt haben. Der Beliebigkeitsstratege bleibt gern im Vagen und verkauft das als weise und besonnene Position.

Der vergangene Gazakrieg war so ein Moment, in dem Pseudoliberalität und Äquidistanz die deutsche Öffentlichkeit beherrschten: Beide Seiten seien schuld an der Gewalt. Israel setze seine Sicherheitsinteressen viel zu aggressiv und rücksichtslos durch. Die „Gewaltspirale" könne nur durchbrochen werden, wenn die verfeindeten Parteien aufeinander zugingen und vernünftig miteinander redeten. Klingt gut und kann auf jedem Kirchentag unter Applaus vorgetragen werden. Ist aber vollkommen unsinnig, weil die eine Seite, die Hamas, das „Konzept Vernunft" rundweg ablehnt. Und nicht nur das, sie verneint sogar, dass Menschenleben schützenswert sind, und missbrauchte Unbeteiligte als lebende Schutzschilde. Damit gleicht sie den spanischen Faschisten, die mit dem Ruf „Es lebe der Tod" in die Schlachten des Bürgerkrieges zogen. Und mit den deutschen Nationalsozialisten verbindet sie das erklärte Ziel, alle Juden zu vernichten.

Die Regierung Israels hat im jüngsten Gazakrieg und in denen davor politische und militärische Fehler begangen. Doch das kann nicht als Grund für eine äquidistante Haltung herhalten. Wem liberale Werte etwas bedeuten, der muss für Israel Partei ergreifen. Denn die Gegenseite ist Anti-Liberalismus in Reinkultur. Was passiert, wenn Organisationen wie die Hamas Macht über ein größeres Gebiet erlangen, kann man derzeit im Kalifat des IS beobachten.

„Im Namen der Toleranz“, sagte Karl Popper, „sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren.“ Damit beschrieb er eine ewige Zwickmühle. Freie Meinungsäußerung für Rassisten? Demonstrationsrecht für Antisemiten? Parteienprivilegien für Anti-Demokraten? Fragen, bei denen man als Liberaler Bauchschmerzen bekommt, weil das oberste Gebot der Freiheit des Einzelnen (auch des politischen oder religiösen Wirrkopfs) in Widerspruch gerät zum Schutz der Freiheit für das Gemeinwesen. Beliebigkeits-Liberallala ist keine Antwort darauf. Wenn die Totalitären die freiheitliche Gesellschaft herausfordern, muss man ihnen klare Grenzen setzen, sonst fühlen sie sich ermuntert, es immer brutaler zu versuchen.

Das Dumme dabei ist, dass die Totalitären leider nicht dumm sind und wissen, wie man Demokraten verunsichert. Der Propagandafeldzug der Hamas im Gazakrieg ist ein typisches Beispiel dafür. Die Islamisten wissen natürlich, dass man das Fernsehpublikum im Westen nicht mit Märtyrergesängen, Hasstiraden, religiösem Fanatismus und Mordaufrufen gegen Juden gewinnen kann. Also versucht man die Zuschauer bei ihren edlen Gefühlen zu packen. Kriegsverletzte oder tote Kinder, weinende Mütter, hilflos dreinblickende Alte wecken nicht nur Mitleid, sondern auch gerechten Zorn auf die, die solches Leid verursachen, die Granaten abgeschossen, die Bomben geworfen haben. Seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 verliert Israel jeden Konflikt an der Propagandafront.

Aber man muss gar nicht bis in den Nahen Osten blicken, um Beispiele zu finden, wie die Mächte der Unfreiheit die Freiheit für sich ausnützen. Die NPD versucht Landesparlamente als Bühne zu benutzen, um ihr antidemokratisches Gedankengut zu verbreiten. Sekten wie Scientology berufen sich auf die Religionsfreiheit, haben aber selbst mit Freiheit nichts im Sinn.

In solchen Wertekonflikten ist ein klarer liberaler Kompass gefragt. Und der zeigt auf Karl Popper: „Die Intoleranz nicht tolerieren!“ Wer die freiheitliche Gesellschaft zugunsten einer totalitären abschaffen will, ist aus liberaler Sicht kein politischer Gegner mehr, sondern ein Feind. Wer glaubt, dass auch erklärte Freiheitsfeinde toleriert werden sollten, ist ein Sch ..., pardon, Pseudo-Liberaler. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei *Focus*, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de). Website: www.maxeiner-miersch.de **miersch@libmag.de**

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. **zeller@libmag.de**

Foto: picture-alliance/dpa

30. September 1989

„Liebe Landsleute, wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise (tausendfacher Aufschrei und Jubel) … in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden ist."

Es war 18.58 Uhr, als Hans-Dietrich Genscher am 30. September 1989 diesen viel zitierten Satz vom Balkon der deutschen Botschaft in Prag, dem Palais Lobkowitz, sprach. Jene, die ihm zujubelten, waren DDR-Bürger, die sich auf das Botschaftsgelände geflüchtet hatten, um ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen. Zeitweise hielten sich 4.000 Flüchtlinge auf dem von Regenfällen durchnässten Gelände auf. Sie durften, das hatte die Bundesregierung in Verhandlungen erreicht, mit dem Zug in den Westen ausreisen – mit einem Umweg über das Gebiet der DDR, um für das Ost-Berliner Regime die Fassade aufrechtzuerhalten. Fast in Vergessenheit geraten ist: Nur wenige Wochen später kampierten erneut Tausende DDR-Bürger auf dem Botschaftsgelände. Für sie wurde im Einvernehmen mit der ČSSR eine direkte Ausreise arrangiert. Der Eiserne Vorhang bröckelte. Kurz darauf, am 9. November 1989, kapitulierte die DDR vor dem Druck und stellte die Reisefreiheit her – und wieder ging ein Zitat in die Geschichtsbücher ein, diesmal von SED-Politbüromitglied Günter Schabowski: „Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen." Die DDR-Bürger nahmen Schabowski unverzüglich beim Wort – die Mauer war gefallen.

German Angst

// TEXT // **DAVID HARNASCH**
// ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Jedes Volk hat die Hysterie, die es verdient. In jeder zweiten US-Komödie erstickt irgendwer beinahe an einem verschluckten Bissen. Folglich hängt in jedem New Yorker Restaurant eine schematische Darstellung des „Heimlich-Manövers". In Deutschland finden sich in immer mehr Gebäuden Mini-Defibrillatoren, obwohl es statistisch nahezu ausgeschlossen ist, dass einer davon jemals irgendein Leben retten wird. Teuer, aber harmlos, wie die deutsche Angst vor Kernkraft: ein Luxusproblem, das man sich nur leisten können muss. Die vom „Islamischen Staat" produzierten Internetvideos von mit Koransuren unterlegten Massenexekutionen machen indes die medizinische Anerkennung der viel zitierten „Islamophobie" als Angsterkrankung eher unwahrscheinlich. Das Dänische kennt das wundervolle Wort „Ølfrygt", welches die überaus sympathische Furcht vor Bierknappheit bezeichnet.

Leider gibt es spezifisch deutsche Ängste, die weit mehr als nur finanziellen Schaden anrichten. Impfgegner, die ihren eigenen Kindern den medizinisch zweifelsfrei gebotenen Impfschutz verweigern, interpretieren ihre Erziehungsfreiheit bis in den Graubereich zur Körperverletzung. Vollends inakzeptabel ist es, ungeimpfte Kinder auf andere loszulassen. Kleinstkinder, die für eine Impfung selbst noch zu jung sind, können nur geschützt werden, indem der Rest der Bevölkerung keine Keime überträgt. Waldorfschulen sind regelmäßig Brutstätten gefährlicher Masernepidemien. Wo die Unversehrtheit meines Säuglings anfängt, hört deine Freiheit, dein Kind schlecht zu behandeln, definitiv auf. Australien macht es vor: „No jab, no play" heißt ein Gesetz im Volksmund, das ungeimpfte Kinder aus Kindergärten verbannt.

Unter der deutschen Angst vor Gentechnik leiden hingegen Kinder im fernen Asien und Afrika. Greenpeace erlöst einen Großteil seines globalen Budgets in Deutschland, und der Bestseller ist Gen-Angst. Folglich kämpft der Furchtverkäufer gegen den „Goldenen Reis", eine gentechnisch optimierte Pflanze, die jedes Jahr zwei Millionen Menschen vor Erblindung und Tod retten könnte. Kein Pharmakonzern würde einen Cent daran verdienen. Greenpeace sieht darin ein „Trojanisches Pferd" für die verhasste Gentechnik. Millionen afrikanischer Kinder sehen hingegen gar nichts mehr. ●

Foto: dpa/ASSOCIATED PR

Der Ausbeuter-Staat

Dorothea Siems beklagt: Trotz steigender Bruttolöhne bleibt den Steuerzahlern in Deutschland noch weniger Netto als früher. Die Regierung brüste sich mit Erfolgen, doch in der Tat agiere sie verantwortungslos, als ob es kein Morgen gebe. Für den *Welt*-Beitrag „Der Ausbeuter-Staat", den wir hier gekürzt wiedergeben, wählten unsere Leser Siems im Mai zur „Autorin der Freiheit".

ZUR PERSON

DOROTHEA SIEMS ist promovierte Volkswirtin und seit 2010 Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der *Welt*.
dorothea.siems@welt.de

Mehr zu den Autoren der Freiheit unter **www.libmag.de**

Von Lohnerhöhungen profitiert vor allem der Staat. Die Koalition will auf die heimliche Steuererhöhung trotz Rekordeinnahmen nicht verzichten. Der Griff in die Taschen der Bürger wird immer unerbittlicher. Die Steuerquellen in Deutschland sind ergiebig wie nie zuvor. Wenn viele Bürger dagegen das Gefühl haben, dass der Aufschwung nicht bei ihnen ankommt, dann liegt das daran, dass der Staat bei jeder Gehaltserhöhung einen wachsenden Anteil des Einkommens für sich beansprucht. Die Forderung, angesichts der Rekordeinnahmen diese „kalte Progression" genannte heimliche Steuererhöhung endlich abzuschaffen, stößt bei der Bundesregierung auf taube Ohren. Die Union scheint längst vergessen zu haben, dass sie den Bürgern vor der Wahl hoch und heilig versprochen hatte, dass sie neue Belastungen verhindern werde. Nichtstun in der Steuerpolitik bedeutet jedoch, dass die Last Jahr für Jahr größer wird.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble braucht den Steuergeldsegen, um 2015 erstmals, wie angekündigt, ohne neue Schulden auszukommen. Voller Stolz verweist der CDU-Politiker auf die stetig sinkende Nettokreditaufnahme. Doch mit der schwarzen Null ist es nicht weit her, wie selbst der Wirtschaftsflügel der Union zu Recht beklagt. Denn während die offizielle Schuldenaufnahme jährlich um ein paar Milliarden

Euro zurückgeführt wird, treiben die Koalitionäre gleichzeitig die in den Sozialsystemen versteckte Staatsverschuldung um dreistellige Milliardensummen in die Höhe. Von der Mütterrente über die Rente mit 63 bis hin zum massiven Ausbau der Pflegeleistungen planen SPD und Union neue Wohltaten, mit denen die Last für die künftigen Beitragszahler erdrückend schwer wird. Denn die sozialen Versprechen von heute sind die Steuer- und Abgabenerhöhungen von morgen.

Steuern, Schulden und Sozialbeiträge reichen der Politik aber immer noch nicht, zu groß ist ihr Gestaltungseifer. Auch die Energiewende verschlingt Unsummen. Über den Staatshaushalt wäre sie längst nicht mehr finanzierbar. Doch mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat Vater Staat einfach eine neue Zwangsabgabe, die EEG-Umlage, eingeführt, die der Stromkunde zahlen muss. Hier geht es ebenfalls um eine gigantische Summe, die das verfügbare Einkommen der Deutschen schmälert und die künftig stetig wächst. Denn der Großen Koalition fehlte die Kraft, den Subventionsirrsinn zu stoppen. Mit den Energiekosten explodiert die sogenannte zweite Miete, die vor allem den Beziehern kleiner Einkommen und Familien zunehmend zu schaffen macht. Kein Wunder, dass der Ruf nach sozialen Ausgleichsmaßnahmen lauter wird.

Dass Politiker gestalten wollen, ist legitim. Doch wer neue Ausgaben beschließt, sollte schauen, dass er an anderer Stelle spart. Denn keineswegs alles, was der Staat mit dem vielen Geld seiner Bürger anstellt, ist sinnvoll und notwendig. Manche Sozialleistungen wie etwa das Elterngeld oder die geplante Mütterrente kommen größtenteils Menschen zugute, die auf solche Wohltaten gar nicht angewiesen sind.

Wie ein Drogensüchtiger verlangt Vater Staat nach immer mehr Geld. In den 70er-Jahren konnte ein Durchschnittsverdiener eine Familie ernähren. Heutzutage kommen viele Doppelverdiener-Paare mit Kindern und auch Singles kaum über die Runden, weil die öffentliche Hand unerbittlich zulangt. Der Sozialstaat ist zum Ausbeuterstaat mutiert. ●

Foto: Klar/Lengemann; Illustration: E. Merheim

Ost-Trotz

25 Jahre nach dem Mauerfall blühen nicht nur die neuen Bundesländer, es blühen auch die Legenden über die DDR. Solidarischer soll es dort gewesen sein, freundlicher und gerechter – behaupten vor allem jene, die sich mit dem Zusammenbruch des Staates nicht abfinden wollen. Dabei war der Alltag im real existierenden Sozialismus eine sehr graue Wirklichkeit. // TEXT // **STEFAN WOLLE**

Im Sommer heiß, im Winter kalt: Schuhe aus dem Lederersatz „Igelit". Zu 30 Prozent bestand das PVC aus einem Weichmacher, der durch die Abgabe von Ortho-Trikresylphosphat Nervenlähmungen verursachen konnte.

In einem kurzen Telefonat hatte die Mitarbeiterin einer westdeutschen Rundfunkanstalt um ein Interview gebeten: „Keine Stasi- und Mauergeschichten, mich interessiert das wirkliche Leben in der DDR - und warum es so viele positive Erinnerungen daran gibt." „Das ist genau meine Spezialstrecke", hatte ich angekündigt. Nun saßen wir zusammen in einem Café im Zentrum von Berlin, zwischen uns ein hochelegantes, winziges Aufnahmegerät und zwei Cappuccinos. Die Rundfunkjournalistin war vermutlich noch im Kindergarten, als die DDR zusammenbrach, zudem dürfte das irgendwo im tiefsten Westen gewesen sein.

„Immer wieder wird das Sozialsystem der DDR gerühmt", eröffnete sie das Gespräch, „ist das Legende oder Wahrheit?" Hier hilft keine graue Theorie, spüre ich, sondern nur der Griff hinein ins volle Menschenleben und ich erzähle eine Geschichte aus der Endzeit der DDR: Im Norden von Berlin gab es ein Büro für die Bestellung von Fliesen. Ich nahm mir einen Tag Zeit, steckte eine interessante Lektüre ein und fuhr mit der S-Bahn nach Pankow, um mich in die Warteschlange einzureihen. Wohlgemerkt, hier konnte man keine Fliesen kaufen, sondern nur Bestellungen aufgeben, die nach einer Wartezeit von mehreren Jahren möglicherweise realisiert werden würden. Farbe, Muster und Qualität waren Glückssache. Nach etwa acht Stunden war ich an der Reihe und sollte meinen Ausweis zeigen. Die Mitarbeiterin der Annahmestelle warf einen flüchtigen Blick in das Ausweispapier. „Hier können nur Berliner bestellen", beschied sie. Tatsächlich wohnten wir einige S-Bahn-Stationen außerhalb der Stadtgrenze im Bezirk Frankfurt/Oder. „Aber ich arbeite in Berlin", brachte ich verzweifelt vor. Eine müde Handbewegung scheuchte mich aus der Reihe.

In diesem Augenblick unterbricht mich die Journalistin: „Wie konnte man unter solchen Verhältnissen nur leben?" In ihren Augen flimmert das blanke Entsetzen. Ich versuche, meine eigene Geschichte ein wenig zu entschärfen: „Wir haben die Wand hinter der Badewanne mit einer abwaschbaren Igelit-Tischdecke beklebt." Sie kennt den Kunststoff aus weichem PVC natürlich nicht, aus dem in der DDR Regenbekleidung und sogar wasserdichte Schuhe verfertigt wurden. „Hast Du Igelit im Haus, kannst Du auch bei Regen raus", zitiere ich einen alten Werbespruch. Gleichzeitig steigt eine Art Ost-Trotz hoch. Ich sehe meine Kinder vor der rot-karierten, zur Wandverkleidung zweckentfremdeten Tischdecke im Badeschaum planschen. Es war eine schöne Zeit, auch wenn es damals nicht 200 oder mehr Sorten Fliesen »

Warum gibt es so viele positive Erinnerungen an die DDR?

Fotos: dpa/ZB; Presse

gab, die man jederzeit und in beliebiger Menge bestellen konnte. Wieso hätte man deswegen nicht leben können? Dann fange ich mich selber ein. Genau das ist die verdammte Ostalgie-Falle, die mich bei anderen so oft ärgert. Wir waren nicht glücklich wegen des Staates, der angeblich ein Füllhorn sozialer Geschenke über die jungen Familien ausgoss, sondern trotz der Verhältnisse, die uns materiell und geistig einschnürten.

Die Legende vom Sozialstaat DDR muss man nur mit den konkreten Erinnerungen konfrontieren. Als wir in ein verfallenes Häuschen am Stadtrand zogen, flohen wir vor der Trostlosigkeit der Plattenbausiedlung. Zunächst mussten wir die Kinder in der Küche in einer Plastewanne baden, weil die winzige Abwassergrube eine ganze Badewannenfüllung kaum verkraftete. Das Jaucheauto zu bestellen war ein sich ständig erneuernder Kampf, zumal wir kein Telefon hatten, sondern im Postamt an der einzigen Telefonzelle anstehen mussten. Die Kinder erklärten eines Tages, sie würden so gerne Mutti zur Post begleiten. Sie könne so schön schimpfen. So war auch innerfamiliär für Unterhaltung gesorgt. Ein ähnlicher Kampf rankte sich um die Mülltonne, die gerade im Winter oft nicht geleert wurde, aber täglich mit Asche gefüllt werden musste. Im Schutze der Dunkelheit schlich ich mit zwei randvoll gefüllten Eimern zu einer Sandgrube in einem nahe gelegenen Waldstück und kippte die Asche dort aus. Was blieb eigentlich von der verordneten Fürsorglichkeit des Staates, wenn man ununterbrochen damit beschäftigt war, mit den Misshelligkeiten des Alltags fertig zu werden?

Hat es mehr Mitmenschlichkeit gegeben?

„Aber es gab doch wohl auch gute Seiten im DDR-Alltag, wie das Recht auf Arbeit“, versucht mich meine Gesprächspartnerin auf ein anderes Thema zu bringen. In der Tat, aufgrund des niedrigen technologischen Niveaus der Wirtschaft sowie der Massenabwanderung bis zum 13. August 1961 herrschte in der DDR ein akuter Arbeitskräftemangel. Er wurde durch die gewaltig aufgeblähten bewaffneten Organe – also Stasi, Volkspolizei, Nationale Volksarmee – und die überdimensionierten Apparate der Parteien und Massenorganisationen weiter verstärkt. In den Zentralen der Macht lungerten vor allem junge und wohlgenährte Männer herum.

Unser Häuschen lag damals in der Nähe der Schnellstraße nach Strausberg, wo das Ministerium für Nationale Verteidigung angesiedelt war. Einmal im Monat tagte dort der Nationale Verteidigungsrat mit Erich Honecker an der Spitze. Wenn die Kavalkade der schwarzen Limousinen gegen zehn Uhr durchrauschte, standen schon um sechs Uhr morgens entlang der Strecke Uniformierte, als wäre der Berliner Stadtforst gefährlichstes Partisanengebiet.

Im Sicherheitsbereich herrschte kein Mangel, sonst waren die Arbeitskräfte überall knapp. Je niedriger die Qualifikation war, desto mehr wurden die Leute gebraucht. Ungelernte Hilfskräfte, Transportarbeiter oder Reinigungskräfte wurden von jedem Vorgesetzten mit Samthandschuhen angefasst. Kein Meister oder Abteilungsleiter durfte es wagen, den Kollegen zu nahe zu treten, wenn sie es mit dem Schichtbeginn nicht so genau genommen oder sich während der Nachtschicht ein Schnäpschen genehmigt hatten. Auch die „Fuhre nebenbei“, ein paar Sack Zement oder Bretter für den Datschenbau, musste stillschweigend akzeptiert werden. „Erich Honecker hat doch gesagt, wir können noch viel mehr aus unseren Betrieben herausholen“, wurde dann gewitzelt. Die Leitung drückte ein Auge zu und hoffte, dass die Kollegen es nicht übertreiben würden.

„Hat es mehr Mitmenschlichkeit gegeben?“, unterbricht die Journalistin meine vielleicht allzu dialektischen Ausführungen. Nun ja, versuche ich auszuholen. Eine Zeitlang wurde die sozialistische Menschengemeinschaft proklamiert, und zu allen Zeiten wurde das Kollektiv großgeschrieben, als Klassenkollektiv, Lehrerkollektiv, Studentenkollektiv, Arbeitskollektiv und so weiter. Das Kollektiv hatte eine Doppelfunktion. Es war ein Schutzraum gegen die Forderungen der Obrigkeit und ein Kontrollmechanismus.

Der Betrieb, sprich das Betriebskollektiv, war für den DDR-Werktätigen die zweite Heimat. Dort gab es Kindertagesstätten, Ferienheime, Sportklubs, Kulturhäuser. Über den Betrieb beziehungsweise die Gewerkschaft wurden Urlaubsplätze, Kuren und sogar Wohnungen vergeben. Man konnte vom Betrieb zum Studium delegiert werden. Auf dem Betriebsgelände existierten Einkaufsmöglichkeiten, die besser versorgt waren als die normalen HO- und Konsumgeschäfte.

Das Arbeitskollektiv war ständig präsent. Bei längeren Abwesenheiten kümmerte sich nicht nur der Amtsarzt und lud den Werktätigen vor eine Ärzteberatungskommission, sondern auch das Kollektiv. Ein Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung machte sich mit einem Blumenstrauß sowie einem Geschenk im Werte von 15 Mark der DDR auf den Weg, um dem Kranken die Genesungswünsche der

Fotos: dpa/akg-images; privat

Immer wieder wird das Sozialsystem der DDR gerühmt. Ist das Legende oder Wahrheit?

Kollegen zu überbringen. Falls, wie so oft, keine frischen Schnittblumen zu bekommen waren, machte es auch eine Sukkulente im Blumentopf oder ein Trockenblumenstrauß. Dafür wurden gelegentlich Hilfsaktionen organisiert. Dem Kranken wurde Holz gehackt oder die Kohlen in die Wohnung geschleppt. Auch bei Umzügen oder Renovierungen wurde mit einem Transporter aus dem Betrieb geholfen und die Kollegen schleppten das Mobiliar.

Auf der anderen Seite waren lange existierende Kreise von Freunden und Bekannten auch ein Schutzraum. Hier konnte man ohne Angst vor Denunziationen offen seine Meinung sagen. Dort konnte man ganze Abende mit politischen Witzen bestreiten und nicht selten auch mit moralischem Katzenjammer. Der äußere Druck hat uns ganz schön zusammengehalten.

Schließlich die Frage der Journalistin nach dem „größeren Zusammenhalt in der Familie und im Freundeskreis". Auch so eine Legende, die stimmt und auch wieder nicht stimmt. Die DDR-Bewohner waren ein Volk der Jäger und Sammler, immer auf der Pirsch. Teilweise klapperten sie gezielt die Läden ab. So wie die Jäger in der Wildnis kannten sie Lieferzeiten oder bekamen Tipps von den Angehörigen des Verkaufsstellenkollektivs. Man sah eine Schlange, stellte sich an und fragte dann erst, was es denn gäbe. Baumwollunterhosen, Südfrüchte, Schallplatten mit beliebten westlichen Bands, begehrte Bücher, H-Milch im Tetraeder, Kaffeesahne. Überhaupt glich der Einkauf einer Großwildjagd. Mutti teilte vor der Kaufhalle die Geschwister ein. Einer stellt sich am Fleischstand an, einer am Gemüsestand, einer schon mit dem Einkaufswagen an der Kasse. Mutti kümmerte sich in der Getränkeabteilung um das Bier für Vati. So ein Stammesverband musste zusammenhalten.

Dem Aufnahmegerät droht der Saft auszugehen, die Cappuccinos sind ausgetrunken. „Gibt es irgendetwas aus der DDR, was sie heute vermissen?", lautet die letzte Frage, die von einem Blick auf die Uhr begleitet wird. Ich möchte gern etwas Optimistisches sagen. „Es war ein Land im Wartestand. Man lebte in der Hoffnung, dass noch etwas kommen würde, etwas ganz Großartiges. Und es kam ja schließlich auch mit der Wende im Herbst 1989. Aber vielleicht ist auch das nur eine Legende." ●

DR. STEFAN WOLLE, Historiker, war 1989/90 bei der Stasi-Auflösung aktiv, veröffentlichte mehrere Bücher zur DDR-Geschichte, unter anderem „Die heile Welt der Diktatur". Seit 2006 ist Wolle wissenschaftlicher Leiter des DDR Museums Berlin.
redaktion@libmag.de

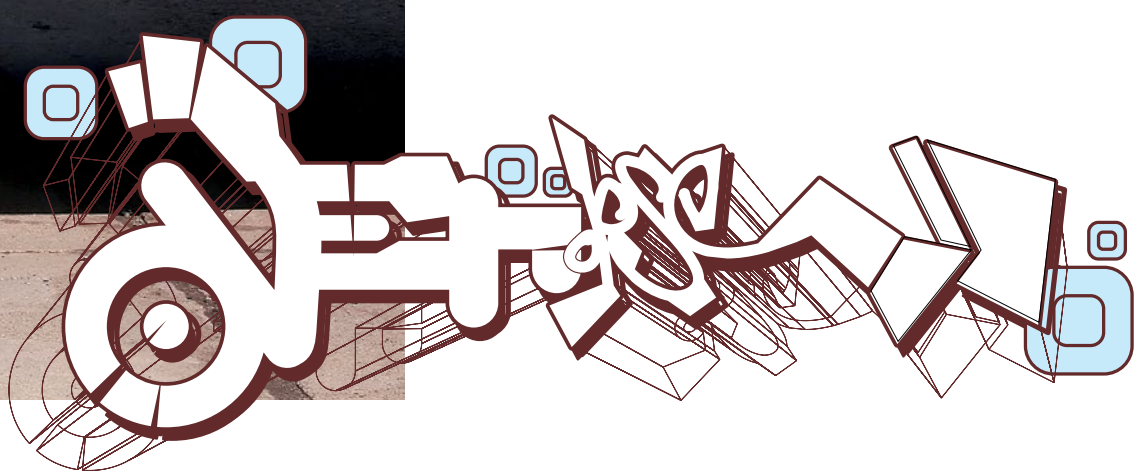
„We believe that everybody deserves a safe, clean and quick ride. Our mission is to make that happen here.“

„Für uns gibt es kein passendes Formular“

Selten hat eine weltweit bekannte Metropole eine derart grandiose Pleite hingelegt wie Detroit: Die einst blühende Stadt des Automobilbaus verlor einen großen Teil ihrer Einwohner, öffentliche Dienstleistungen wurden radikal gekürzt, das Stadtbild ist heute von Ruinen geprägt. Inmitten der Trümmerwüste hat Andi Diderosi ein kleines Wunder geschaffen: ein Busunternehmen, das den öffentlichen Personenverkehr wiederherstellt – und dennoch ohne einen Cent staatlichen Geldes auskommt. Ein Interview.

// TEXT UND ÜBERSETZUNG: **MIRJAM WAJSBERG**
// FOTOS: **MARIE STAGGAT**

»



Wann und wie kam Ihnen die Idee für die Detroit Bus Company?
Ich bin in und um Detroit herum aufgewachsen und habe eine kleine Start-up-Firma gegründet. Eines unserer Themen war das Kaufen und Verkaufen von Vermögensüberschüssen. Das war ziemlich langweilig, aber auch sehr erfolgreich. In diesem Zusammenhang stießen wir auf eine kleine Busflotte. Zeitgleich wurde in Detroit über das öffentliche Verkehrsnetz diskutiert und der Bau des „M1 LightRails" angekündigt. Diese Straßenbahn sollte das Stadtzentrum mit den Vororten Detroits verbinden. Das Projekt hätte einen wichtigen Schritt für die Stadt bedeutet. Alle in Detroit waren begeistert von diesem Plan! Und eines Tages lese ich in der Zeitung: „Das LightRail-Projekt ist tot." Ich hielt das für völlig verrückt. Es gab keinen Grund, dieses Projekt fallen zu lassen. So entstand der Gedanke, es selbst zu versuchen. Der Plan war, den Service anzubieten, den die LightRail-Linie anbieten sollte. Die Idee für die DBC, die Detroit Bus Company, war geboren. Übrigens: Nachdem wir DBC gegründet hatten, wurden die Arbeiten am LightRail tatsächlich wieder aufgenommen, die Bauarbeiten haben bereits angefangen.

Ist das LightRail-Projekt denn keine Konkurrenz für Ihr Unternehmen?
Keineswegs! Wenn sich die Leute auf nur eine Lösung verlassen müssen, egal ob es Autos oder Taxis sind, dann ist das System schlecht. Ein Transportsystem kann nur dann gedeihen, wenn man eine Auswahl an Möglichkeiten hat. Die Online-Plattform „Uber", die private Chauffeure und Fahrgäste miteinander verbindet, ist gerade in aller Munde. Die versteht sich auch nicht nur als Konkurrenz zu etablierten Taxiunternehmen, sondern zu allen möglichen Transportdiensten. Der Kunde braucht viele konkurrierende und sich überschneidende Alternativen auf verschiedenen Ebenen innerhalb desselben Transportsystems, um sich tatsächlich auf das System verlassen zu können.

Wie viele Busse nutzen Sie momentan?
Mit den beiden neuen Bussen „Betty" und „Silver Bullet" verfügen wir jetzt über insgesamt acht Busse. Alle Busse werden individuell gestaltet und bemalt, bevor sie ihren Namen bekommen. Letzte Woche haben wir gerade drei neue Busse erhalten. Deshalb sind wir hier alle ziemlich aufgeregt.

Was macht die Detroit Bus Company anders als andere Busunternehmer?
Unsere Mission ist es, das Transportsystem Detroits zu verbessern. Aber wir hatten keine Ahnung, wie man das macht – eine riesige Herausforderung für eine winzige Firma. Als Privatunternehmen können wir uns keine Verluste leisten. Anders als öffentliche Verkehrsinstitutionen müssen wir am Ende mindestens auf null rauskommen. Also sind wir zunächst nur einen kleinen Teil der Strecke mit einem Bus abgefahren, auf der ursprünglich die Straßenbahn fahren sollte – das waren gerade mal fünf Häuserblöcke. Dann haben wir uns mit möglichen Kunden unterhalten. Die Leute haben unterschiedliche Ansprüche formuliert: „Ich möchte einen Bus mieten, um eine Gruppe zu diesem und jenem Ort zu bringen" oder „Wir wollen zu einem Sportevent", „Wir wollen uns Ann Arbor und den Block Club anschauen". Also haben wir neben unserer Buslinie einen Charterbusdienst projektiert, der auf denselben Routen wie unser öffentlicher Bus fährt.

Und beides wirft Gewinn ab?
Nein. Unser öffentliches Bussystem kostet uns Geld, und die private Busvermietung bringt uns Geld ein.

Es ist immer schwierig, ein Unternehmen zu gründen, das so anders ist als die Norm und dennoch die üblichen Standardprozesse durchlaufen muss.

Beide Geschäftsmodelle treffen sich irgendwo in der Mitte. So haben wir das eine Weile lang gemacht, bis wir herausfanden, dass es weniger Gruppen sind, die sich bestimmte Orte in Detroit ansehen wollen, sondern meist Individualreisende und Einzelpersonen. Nachdem wir das erkannt hatten, haben wir unser Onlineangebot detroitbuscompany.com ins Leben gerufen, über das Einzelpersonen günstige Stadttouren durch Detroit buchen können. Wir bieten also eine Vielzahl von Optionen an. Das bewahrt uns vor dem Bankrott, was ja nicht unwichtig ist. Wir haben also ein ziemlich gutes System entwickelt, um die Gewinnschwelle zu erreichen und sogar ein bisschen Überschuss zu erwirtschaften. Obwohl man Investoren meistens nicht damit beeindrucken kann, wenn man sagt, dass man „auf null rauskommen" will. Aber zum Glück haben wir noch keine Investoren (lacht).

Welche Hindernisse mussten Sie bei der Gründung überwinden? Innovative Geschäftsmodelle haben es ja meist nicht leicht ...

Es ist immer schwierig, ein Unternehmen zu gründen, das so anders ist als die Norm und dennoch die üblichen Standardprozesse durchlaufen muss. Du rufst die Behörde an, die für die Organisation des Transportsystems zuständig ist, und erzählst denen, was du vorhast. Die sagen dann: „Was? Wieso wollen Sie das machen?" Die hatten einfach keine Kategorie, in die sie unser Unternehmen einordnen konnten! Es ist nicht so, dass die Behörden oder die Versicherungen gegen uns wären, aber sie wissen einfach nicht, wie sie uns einordnen sollen. Für uns gibt es halt kein Formular. Wir scheiterten zunächst daran, dass man uns nicht unter die bekannten Typen von Verkehrsunternehmen kategorisieren konnte. Deshalb haben wir unsere Firma als Partybus-Unternehmen deklariert. Natürlich ist ein Partybus viel gefährlicher und außerdem gesellschaftlich weniger sinnvoll als alles, was wir machen. Aber wir dachten uns: Wenn wir es schaffen, eine Partybus-Lizenz zu bekommen, dann können wir in unserem Markt wirklich alles machen. Ein Partybus ist der riskanteste Service, den man überhaupt anbieten »

Wir setzen uns für Transport-Gerechtigkeit ein. Allen Kindern dieselben Dienste zur Verfügung zu stellen ist unser Versuch, Chancengleichheit zu gewährleisten.

kann! Also sollte es mit der Lizenz auch möglich sein, weniger riskante und bessere Dienste anzubieten. Die Versicherung jedenfalls hatte auf diese Weise ein Formular und damit eine Schublade für uns.

Wie haben Ihre Familie und Ihre Freunde reagiert, als Sie ihnen zum ersten Mal von der Idee erzählt haben, eine Flotte alter Busse zu kaufen und Ihr eigenes Busunternehmen zu gründen?
Die meisten meiner Freunde fanden diese Idee ziemlich bescheuert. Das Projekt wäre viel zu groß und zu teuer, es gäbe viel zu viele Unsicherheitsfaktoren. Meine Mutter sagt mir noch heute: „Du kannst doch immer noch zurück an die Uni gehen! Viele Leute fangen in ihren Zwanzigern noch mal ein Studium an …“ Aber das wird nicht mehr passieren. Letztlich haben sich meine Familie und Freunde damit abgefunden. Als wir bewiesen haben, dass es erstens wirklich notwendig war, etwas zu verändern, und diese Veränderung zweitens tatsächlich möglich ist, stieg die Zahl unserer Facebook-Fans. Auch meine Mama ist inzwischen ein DBC-Fan. Heute zählt unsere Online-Fan-Basis 21.000 Menschen. Wir waren auch schon in der „Today Show“, und viele andere US-Medien haben über uns berichtet. Ich glaube, dass unsere Marktdurchdringung so gut ist, weil die Leute nachvollziehen können, wie wir arbeiten, und weil sie wissen, dass das Transportproblem in Detroit auf nachhaltige Weise gelöst werden muss.

Gab es jemals einen Zeitpunkt, an dem Sie das Gefühl hatten, in einer Sackgasse zu stehen?
Wir wollen für unsere Services kein oder kaum Geld verlangen. Dem Tankstellen-Pächter ist es aber egal, dass wir Kinder zu ihren Freizeitaktivitäten fahren. Der hat schließlich auch eine Familie, um die er sich kümmern muss, er muss das Benzin ja auch einkaufen. Wir versuchen eine Balance zu finden zwischen „wir müssen im Geschäft bleiben“ und dem Wunsch, etwas Gutes zu tun – aber ohne um Spenden zu bitten.

Wie schlägt sich das in Ihrer Preispolitik nieder?
Das kommt auf den jeweiligen Service an. Die Charterbusse werden ganz normal vermietet. Die Jugend-Buslinie ist hingegen völlig gratis für die Fahrgäste und wird es auch immer bleiben. Wir reden hier von Kindern, die zu ihren außerschulischen Freizeitaktivitäten kommen müssen und zurzeit keinen Zugang zu anderen Transportmitteln haben. Viele dieser Kinder leben außerhalb. Es gab in der Stadt schon immer

viele gute Freizeitangebote, aber bisher keine Transportmöglichkeit dorthin. So blieb vielen der Zugang zu Aktivitäten in der Stadt verwehrt. Wir setzen uns für Transportgerechtigkeit ein. Allen Kindern dieselben Dienste zur Verfügung zu stellen ist unser Versuch, Chancengleichheit zu gewährleisten.

Wie sieht ein ganz normaler Arbeitstag bei der Detroit Bus Company aus?
Bei uns herrscht völliger Wahnsinn. Wir kümmern uns selbst um Wartung und Instandhaltung. Wir fertigen alle Busse selbst ab, betreiben Marketing sowie Business- und Technologieentwicklung. Wir machen also alles, was anfällt. Dadurch sind unsere Arbeitstage sehr abwechslungsreich. Zurzeit renovieren wir die drei neuen Busse auf unserem Firmengelände.

Sie sind in Detroit aufgewachsen. Haben Sie sich immer in Detroit gesehen?
Nein, jeder, der in Detroit aufwächst, denkt: „Wo werde ich hinziehen? Wo gehe ich hin, wenn ich erwachsen bin?“ In der Highschool habe ich an alle möglichen Orte gedacht: L.A., New York, San Francisco. Aber nachdem ich begriffen habe, dass Detroit unheimlich viel Potenzial hat und man hier außergewöhnliche Dinge machen kann, war mir klar, dass ich hierbleibe.

Wie kann Detroit seine finanzielle Krise überwinden? Was können die Menschen dazu beitragen, dass die Stadt wieder auf die Beine kommt?
Ich glaube, es sind ganz gewöhnliche Dinge, die Detroit helfen würden: einfache, gute Jobs für qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter. Ich glaube nicht, dass Industrieproduktion wieder eine so große Rolle spielen wird, eher städtische und soziale Entwicklung. Vielleicht werden es ganz neue Geschäftsmodelle wie das unsere sein, die irgendwo zwischen Industrie und Managementverfahren liegen. Detroit will eine Technologiemetropole werden. Die Lebenshaltungskosten in Detroit sind sehr niedrig. Was man in San Francisco in einem Monat ausgibt, davon lebt man in Detroit ein ganzes Jahr lang. Wieso also nicht herkommen und seine neue, tolle App von Detroit aus entwickeln? ●

MIRJAM WAJSBERG schätzt den öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland, ist aber beeindruckt von Diderosis Ideenreichtum für das bankrotte Detroit und wird dort eines Tages selbst mit der DBC fahren.
redaktion@libmag.de

Fotos: Getty; privat

DETROIT

- Einst war Detroit das **Zentrum der amerikanischen Automobilindustrie.** General Motors, Ford und Chrysler – sie alle hatten ihren Sitz in der Motorcity.
- In den 50er-Jahren zählte Detroit 1,8 Millionen Einwohner. Heute leben weniger als **700.000 Menschen** in der Stadt.
- 2013 meldete Detroit als erste amerikanische Großstadt Insolvenz an. Es war der **größte kommunale Bankrott** durch Verschuldung in der Geschichte der USA.
- Detroit hat fast **20 Milliarden Dollar Langzeitschulden**.
- Die amerikanische Bundesregierung lehnte eine **Schuldenübernahme** für die Stadt ab.
- Mit **23 Prozent** hat Detroit die höchste Arbeitslosenrate in den USA.
- Etwa 40 Prozent der Bevölkerung leben 2014 unterhalb der **Armutsgrenze**.
- Rund **85.000 Häuser stehen leer.** Häufig werden sie angezündet, manche werden gezielt von der Stadt abgerissen.
- Immer mehr Jungunternehmer, Technikfreaks und Künstler zieht es nach Detroit. Denn die Stadt bietet neben günstigen Mieten auch **sehr viel Gestaltungsspielraum.**

Anleitung zum Unglücklichsein: Der Streifen mit Johanna Wokalek in der Hauptrolle erhielt Subventionen in Höhe von 2,2 Millionen Euro. An den Kinokassen floppte das Werk.

Staatliche Flopförderung

Wenn mit hohem Aufwand Filme gedreht werden, die niemand sehen will; wenn junge Unternehmensgründer aufhören, ihre Geschäftsidee voranzutreiben und stattdessen bergeweise Formulare ausfüllen; wenn Häuslebauer Zehntausende Euro in ineffiziente Energiegewinnung investieren und Bauern Landschaften zu Mais-Monokulturen umgestalten – dann ist man in Förder-Deutschland, dem Land, das dem Markt miss- und den Bürokraten vertraut. Das zeigt ein Ritt durch die Republik der Beihilfeprogramme, die nichts bringen außer Ruhm für Politiker, die sich mit dem Geld der Steuerzahler generös geben können. // TEXT // **RALF KALSCHEUR**

Fotos: Walter Wehner/Studiocanal; Sockangel

Tiffany Blechschmidt ist Single. Sie lebt zwar mit einem Vogel namens Richard zusammen, doch das reicht Tiffany nicht zum Glück. Nach 87 genretypisch turbulent verlaufenden Minuten findet Tiffany schließlich zu einem Mann mit einem Hund namens Isabella. Ende. Insgesamt 80.000 Zuschauer sahen diesen deutschen Kinofilm aus dem Jahr 2011, eine Produktion der Desert Flower Filmproduktion in Koproduktion mit der ARD Degeto, dem Bayerischen Rundfunk, der Achten Babelsberg Film GmbH, dem Studio Babelsberg, der B.A. Produktion GmbH, der MTM west television & film GmbH sowie der Studiocanal Film GmbH, die gefördert wurde durch die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen, das Medienboard Berlin-Brandenburg, den FilmFernsehFonds Bayern, die Filmförderungsanstalt (FFA), den Deutschen Filmförderfonds (DFFF), die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und den Bayerischen Filmpreis. Die Subventionssumme belief sich auf insgesamt 2,2 Millionen Euro, der Film spielte knapp 560.000 Euro ein. Er hieß „Anleitung zum Unglücklichsein".

Außer dem zur verfahrenen Situation der hiesigen Filmbranche gut passenden Titel gibt es keinen besonderen Grund, die mit Iris Berben und Johanna Wokalek prominent besetzte romantische Komödie beispielhaft hervorzuheben. Sie ist ein durchschnittlicher deutscher Flop auf dem Kinomarkt gewesen. Schaut man in die staubigen Archive des deutschen Films, findet man hohe Regale, die unter der stetig wachsenden Last noch weitaus gruseligerer Fehlinvestitionen ächzen. Es sind auf verschlungenen Wegen für förderungswürdig befundene Filmvorhaben darunter, die kaum ein Mensch je zu Gesicht bekam geschweige denn dafür ein Ticket zu lösen bereit gewesen wäre. 70 Prozent der deutschen Filme locken kaum mehr als 10.000 Kinogänger. Über 40 Prozent der deutschen Filme werden gefördert. Von den mit EU-Mitteln geförderten europäischen Filmen kommt weniger als die Hälfte in deutsche Kinos. Die *Welt* hat errechnet, dass jeder Kinoplatz in Deutschland jährlich mit rund 300 Euro subventioniert wird. Die Filmindustrie, die eines der populärsten und emotionalsten Güter auf dem Markt produziert, ist existenziell abhängig von der öffentlichen Hand.

Die Aussicht aufs Steuergeld führt dazu, dass Produzenten nicht unbedingt den Publikumserfolg suchen müssen. Es geht vor allem darum, Filmprojekte und Fördertöpfe zusammenzubringen. Wenn ein paar Szenen in Winsen an der Luhe gedreht werden, mag die Förderungsanstalt des Landes Niedersachsen sich veranlasst sehen, die zur Subventionierung vorgeschlagene Filmidee mit Wohlwollen zu begutachten. Vielleicht erfährt der Zuschauer ein bisschen über Winsen und fährt später mal dahin, das Filmteam wird auch etwas Geld in der Region lassen, so der Gedanke. Es geht um kleinteilige Wirtschaftsförderung nach dem Gießkannenprinzip und nicht zuvorderst um eine Filmförderung im Sinne einer qualitativen Verbesserung dessen, was dem Kinobesucher auf der Leinwand angeboten wird.

Die Betreiber von Multiplex- wie auch Arthouse-Kinos müssen der Entwicklung in erster Reihe jedoch hilflos zusehen. Per Zwangsabgabe sind sie verpflichtet, über die deutsche Filmförderanstalt (FFA) Nischenfilme zu unterstützen, auch wenn ihre Kunden diese gar nicht sehen wollen. Die FFA zeichnet für 70 von insgesamt 350 Millionen Euro des Jahresbudgets im Dickicht des deutschen Filmförderungsdschungel verantwortlich. Gegen die Abgabepraxis hatten vier Großkinobetreiber geklagt, mit der Begründung, dass sie ihr Geld vor allem mit ausländischen Kassenschlagern verdienen. Das Bundesverfassungsgericht lehnte die Beschwerde Ende Januar 2014 ab und bekannte sich zur bestehenden Struktur der, so steht es im Urteil, „qualitätsorientierten Förderung".

Die Betreiber von Multiplex- wie auch Arthouse-Kinos müssen der Entwicklung in erster Reihe jedoch hilflos zusehen.

Doch welchen kulturellen Mehrwert kann ein öffentlich finanzierter Film für die Allgemeinheit haben, den kaum jemand ansehen mag? Was hat es mit Qualität zu tun, wenn tumbe Komödien oder belanglos krachende Hollywood-Blockbuster hierzulande gefördert werden, weil die Filmproduzenten in deutschen Studios und »

Gefördert ohne Anschlussfinanzierung: Das Team des Berliner Start-ups Scolibri bei der Verleihung des „The Europas Award". Das Bildungsnetzwerk erhielt zunächst 100.000 Euro aus dem Exist-Gründerstipendium, eine weitere Finanzierung durch das Programm Pro Fit versagte die Investitionsbank Berlin dem Unternehmen.

Hotels Rechnungen bezahlen? Oder geht es vor allem darum, dass die Filmschaffenden und die im Versorgungssystem Beschäftigten in Lohn und Brot bleiben? Der Subventionsweg führt nicht zu kreativerem Filmschaffen, sondern in die falsche Richtung. Für Empörung und nachhaltige mediale Aufmerksamkeit sorgen meist nur die Beispiele der krassen Fehlverwendung von Steuergeldern, bei denen es gleich um Hunderte Milliarden Euro geht: Wenn der Staat schlingernden Baukonzernen beispringt oder Banken rettet. Doch das ungute Politikprinzip, Einzelunternehmen mit Steuergeld zu beglücken, statt ihnen eine hinreichende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, beginnt schon im Kleinen: bei den Gründern.

Berlin gehört zu den erfolgreichsten Start-up-Citys Europas. Junge Unternehmer aus aller Welt strömen in die Hauptstadt, um hier ihre Ideen zu verwirklichen. Jährlich werden über 1.000 Start-ups gegründet, die Apps, Dienstleistungen oder kühne Ideen entwickeln. Gründer und Kreative brauchen zunächst nicht viel mehr als bezahlbare Wohnungen, Büroflächen und ein abwechslungsreiches Nachtleben. Doch das Berliner Biotop droht seine Anziehungskraft zu verlieren, denn die Mieten steigen – und dann hat auch noch die Politik die Start-ups entdeckt. Darum wurden Gremien gebildet und bürokratische Wirtschaftsförderungsstrukturen geschaffen, deren Aufgabe es ist, Steuergeld zu verteilen. Wann und wofür die öffentlichen, teils aus EU-Mitteln stammenden Gelder fließen, muss akribisch vor den Prüfbehörden dokumentiert werden. Häufige Folge: Es wird zu viel kalkuliert statt investiert.

Tobias Hönig hat den Marsch durch die Institutionen erlebt. Der 27-Jährige ist der Öffentlichkeitsarbeiter im Team des Berliner Start-ups Scolibri, einem Bildungsnetzwerk für Eltern, Lehrer und Schüler. Das Learning-Management-System gibt Lehrern teils kostenpflichtige Werkzeuge für die Organisation der täglichen Arbeit an die Hand und vernetzt die Kommunikation mit den Schülern im digitalen Klassenzimmer. Scolibri wurde 2013 als bestes Bildungs-Start-up in Deutschland mit dem „The Europas Award" ausgezeichnet und erhielt bis November des gleichen Jahres 100.000 Euro aus dem Exist-Gründerstipendium. Jetzt suchen die Unternehmer Investoren, denn mit einer Anschlussfinanzierung durch das Berliner Programm zur Förderung von Forschung, Innovation und Technologien, Pro Fit, ist es nichts geworden.

Um sich für die Projektfinanzierung durch die Investitionsbank Berlin zu qualifizieren, müssen die Bewerber mindestens einen „Mentor mit einschlägigen unternehmerischen Erfahrungen vorweisen können, der selbst nicht operativ im Unternehmen tätig ist", so steht es in den gesetzestextartig formulierten Vorgaben. Der Business Angel muss mindestens 10.000 Euro in das Start-up investieren. Wenn der Mentor spendabel und von der Geschäftsidee überzeugt ist, darf er im Zweifelsfall aber auch nicht zu viel Geld in die Hand nehmen. Denn ein vom freien Markt als investitionswürdig befundenes Start-up verliert den Anspruch aufs öffentliche Fördergeld: „Insbesondere bei Unternehmen, die bereits umfangreiches Beteiligungskapital eingeworben haben, sowie bei Gründer/innen, die bereits erfolgreiche Vorgründungen aufweisen, kann grundsätzlich von einer Subsidiarität nicht ausgegangen werden."

Die Antragsunterlagen, die Gründer wie Scolibri dem aus sechs Vertretern von Anstalten, Kammern und Senatsverwaltung zusammengesetzten Fachausschuss sowie

Fotos: heisenbergmedia.com; S. Morvay; privat

dem für das Start-up zugeteilten Fachgutachter vorlegen müssen, könnten kaum aufwendiger auszufüllen sein. Es gibt Gründer, die mehr als hundertseitige Begründungen vorlegen und mehr Zeit darin investieren als in ihre Magisterarbeit. „Der Antragsprozess war ausgesprochen mühsam und hat uns ein halbes Jahr gekostet", sagt Tobias Hönig. Die Mühe war es nicht wert. „Unser Antrag wurde abgelehnt, denn wir seien zu wenig innovativ", erklärt Hönig. Er hätte sich gewünscht, dass ihm das mal früher jemand zu verstehen gegeben hätte: „Die Vorauswahl der Bewerber ist schlecht, und die Bewertungskriterien sollten transparenter sein", fordert er.

Eine Auswertung der Pro-Fit-Frühphasenfinanzierung für den Zeitraum 1. Januar 2013 bis 30. Juni 2014 durch die Berliner IHK ergab, dass in diesem Zeitraum 99 Projektvorschläge eingereicht wurden. Davon wurden 75 aus formalen oder inhaltlichen Gründen nicht zur Antragstellung zugelassen und vier waren noch offen. So viel verschwendete Energie. Nun könnte man einwenden, dass niemand die Gründer dazu zwingt, sich um Staatsgeld zu bemühen. Doch das trifft nur dann zu, wenn die Jungunternehmer nicht auf professionelle Investoren angewiesen sind – was exakt den Unterschied zwischen experimentellen, auf schnelles Wachstum ausgelegten Start-ups einerseits und andererseits klassischen, organisch wachsenden Mittelständlern ausmacht. Denn manche Förderprogramme hebeln privates Kapital: Auf jeden Euro, den ein Fonds oder Business Angel ins Unternehmen einbringt, legt der Staat noch vier weitere als zinsgünstigen und vor allem haftungsfreien Kredit drauf. Kein professioneller Anleger kann sinnvollerweise auf einen derartigen Hebel verzichten. Was zur Folge hat, dass selbst Start-ups, die bereits Investoren aus der Privatwirtschaft für sich begeistern konnten, monatelang in der Antragsmühle hängen, statt sich um ihr Produkt zu kümmern – während die Konkurrenz aus dem Silicon Valley, London und Tel Aviv den Markt unter sich aufteilt. Auch dort fördert der Staat Investitionen: im Unterschied zu Deutschland aber durch Sonderabschreibungen für die Anleger statt durch Überweisungen aufs Firmenkonto.

Die Energiewende zeigt an mannigfaltigen Beispielen, wohin die Beeinflussung des Markts durch fehlinvestierte Steuermittel noch führen kann. Die Umsetzung des bürokratischen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist unfassbar teuer, die verstaatlichten Netze bescheren den deutschen Steuerzahlern weltweit konkurrenzlos hohe Energiekosten. Von der EEG-Umlage ausgenommen wurden im Nachhinein jedoch die energieintensiven Großunternehmen, um Arbeitsplätze zu sichern. Die Förderung erneuerbarer Energien hat mitunter groteske Folgen.

Die Kernkraftwerksbetreiber wurden jahrelang mit Milliardenbeträgen subventioniert. Doch die Kosten des plötzlichen Atomausstiegs wollen die Betreiber auf eine staatliche Stiftung abwälzen. RWE und Co. sind zu Bittstellern geworden, denn auch ihre konventionellen Kohle- und Gaskraftwerke werden durch die staatlich geförderten Erneuerbaren zunehmend aus dem Wettbewerb gedrängt. Überdies sind die Pumpspeicherkraftwerke, die Energie durch Wasserkraft produzieren und als grüne Batterien nach dem Atomausstieg zur Versorgungssicherheit beitragen sollten, durch die Konkurrenz der hoch subventionierten Wind- und Sonnenenergie kaum noch rentabel. Ein neues Projekt, gemeinsam von RWE und ENBW im Schwarzwald für 1,6 Milliarden Euro geplant, liegt darum auf Eis – und steht vor dem Aus. Die kurzlebige Förderpolitik wird zum Risikofaktor und Investitionshemmnis.

Modernisiert der Hauseigentümer seine alte Ölheizung? Soll er sich eine Solaranlage aufs Dach setzen? Die Entscheidung wird vielerorts nicht nach individuellem Bedarf, Vorliebe oder gesundem Menschenverstand getroffen, sondern danach, welche Variante der Staat gerade am lukrativsten fördert.

Es gibt Gründer, die mehr als hundertseitige Begründungen vorlegen und mehr Zeit darin investieren als in ihre Magisterarbeit.

Schon Ludwig Erhard hat gewusst, dass der Staat sich vornehmlich auf eine Schiedsrichterfunktion beschränken sollte. Das Prinzip der offenen Märkte, in denen eigenverantwortlich handelnde Menschen in einem verlässlichen Ordnungsrahmen konkurrieren, wird durch den Förderwahn jedoch erheblich beeinflusst. Kreativität und Unternehmertum hängen am Steuertropf. Es ist wie im schlechten Film. ●

RALF KALSCHEUR schreibt frei in Berlin. Die Selbstverständlichkeit, mit der ausgerechnet in Bereichen der Kreativbranche Staatsgeld erwartet wird, hält er für wenig förderlich.
Kalscheur@KTGB.de

Foto: Wikipedia

WEGE ZUM WOHLSTAND

Vor 150 Jahren wurde der **liberale Sozialist Franz Oppenheimer** geboren, der geistige Vater der Theorie vom Dritten Weg. Seine Ideen beeinflussten viele Politiker der jungen Bundesrepublik nachhaltig, vor allem seinen Schüler und Verehrer Ludwig Erhard. Trotz der Unpopularität seiner Arbeit im frühen 20. Jahrhundert sind Oppenheimers Gedanken auch heute noch von überraschender Relevanz und Aktualität.

// TEXT // **KAPKA TODOROVA**

Je freier die Wirtschaft, desto sozialer ist sie auch." Diesen Satz schrieb Ludwig Erhard in seinem Werk „Wohlstand für alle" und prägte damit den Entwicklungsprozess, der nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem völlig zerstörten, wirtschaftlich ruinierten und moralisch vernichteten Deutschland die neue Bundesrepublik hervorbrachte. Erhard war ein gelehriger Schüler seines Professors und Mentors Franz Oppenheimer. Die freie Wirtschaft ist eines der Zentralthemen seiner Arbeit als Soziologe, die eine ganze Generation von deutschen Politikern und Gesellschaftswissenschaftlern beeinflusste. Neben Erhard haben Oppenheimers Ideen unter anderen den Theologen Paul Tillich, die Ökonomen Erich Preiser und Adolph Lowe, den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Erik Nölting, den Finanzwissenschaftsprofessor Gerhard Colm sowie den Reformpädagogen Adolf Reichwein beeinflusst.

Wie viel der Frankfurter Professor dem ersten Wirtschaftsminister und zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bedeutete, lässt sich dessen Rede an der FU Berlin anlässlich des 100. Geburtstags Franz Oppenheimers entnehmen. Über sein Studium bei Oppenheimer führte Erhard aus: „Etwas hat mich so tief beeindruckt, dass es für mich unverlierbar ist, nämlich die Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit. Er erkannte den ‚Kapitalismus' als das Prinzip, das zur Ungleichheit führt, ja das die Ungleichheit geradezu statuiert, obwohl ihm gewiss nichts ferner lag als eine öde Gleichmacherei. Auf der anderen Seite verabscheute er den Kommunismus, weil er zwangsläufig zur Unfreiheit führt. Es müsse einen Weg geben – einen dritten Weg –, der eine glückliche Synthese, einen Ausweg bedeutet. Ich habe es, fast seinem Auftrag gemäß, versucht, in der Sozialen Marktwirtschaft versucht, einen nicht sentimentalen, sondern einen realistischen Weg aufzuzeigen."

Damit er nie vergisst, welchen Weg er sucht, stellte Erhard nur ein einziges Foto in seinem Arbeitszimmer auf – das seines Mentors Oppenheimer. »

Der in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannte Soziologe, Arzt, Nationalökonom und Zionist Oppenheimer wurde vor 150 Jahren in Berlin geboren. Er kam zur Welt am 30. März 1864 als Sohn der Lehrerin Antonie Oppenheimer und des Rabbiners Julius Oppenheimer. Er hatte zwei Geschwister, den Biochemiker Carl Oppenheimer und die Schriftstellerin Paula Dehmel. Vater Julius Oppenheimer, der einen Doktorgrad in orientalischen Sprachen besaß, war als Prediger und Religionslehrer der Berliner jüdischen Reformgemeinde tätig. Diese relativ kleine und nicht sehr reiche Gemeinde zeichnete sich durch einen für diese Zeit typischen hohen Assimilierungsgrad aus und hielt den deutschen Patriotismus hoch. So fanden die Gottesdienste der Gemeinde nicht samstags, sondern sonntags und in deutscher statt in hebräischer Sprache statt. Über seinen Vater schrieb Oppenheimer später: „Das Erste, was er mich lehrte, war der schöne Spruch: Ich bin ein deutscher Mann, treu und wahr und ohne Lüge."

„Ich habe nahezu zehn Jahre praktiziert, zuerst als praktischer Arzt, dann als Spezialarzt für Hals- und Nasenkrankheiten als Schüler Hermann Krauses. Es war mir auch bald gelungen, mir eine auskömmliche Praxis zu schaffen; ich glaube, dass ich kein schlechter und kein inhumaner Arzt gewesen bin; aber die volle Befriedigung fand ich nicht. Äußerer und innerer Beruf stimmten nicht überein." Eigentlich wollte Oppenheimer Lehrer oder Kaufmann werden. Der anwachsende Antisemitismus hatte aber den Lehrerberuf für ihn unmöglich gemacht, die „antimammonistische Erziehung" seiner Eltern den Job als Kaufmann ebenso.

Als Arzt hat er schnell erkannt, dass er den armen Leuten, die er traf, keine langfristige Hilfe sein konnte. Er suchte Auswege für seine Patienten, die er nicht im Feld der Medizin sah. Gesund konnten diese Menschen nur durch die reale Verbesserung ihrer Lebensumstände werden. Aber wie ließe sich das erreichen? Auf diese

»ICH WURDE ÜBERZEUGTER SOZIALIST - IN BEZUG AUF DAS ZIEL! ABER DIE SOZIALDEMOKRATISCHE MARXISTISCHE LÖSUNG DES PROBLEMS WAR MIR NICHT ÜBERZEUGEND. OB ES DIE AUS MEINEM ELTERNHAUSE MITGEBRACHTE KLASSENEINSTELLUNG WAR, DIE MICH DIE FREIHEIT IN ALLEN IHREN FORMEN ALS DAS HÖCHSTE GUT ZU BETRACHTEN GELEHRT HATTE, ODER OB ES SCHON DAMALS HALB UNTERBEWUSSTE KRITIK GEWESEN IST, KANN ICH NICHT SAGEN.«

1881 erwarb Oppenheimer das Abitur am Friedrichs-Gymnasium in Berlin und nahm sofort sein Studium der Medizin auf, zunächst in Freiburg im Breisgau, dann in Berlin. Zu diesem Zeitpunkt war er Mitglied der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung" in Berlin und der Burschenschaften Alemannia in Freiburg und der Burschenschaft Hevellia in Berlin. Er gehörte zu den führenden Figuren dieser Burschenschaften, doch sah er sich durch die um 1880 einsetzende antisemitische Bewegung genötigt auszutreten.

Nach dem Studium begann Oppenheimer seine Tätigkeit als praktischer Arzt zunächst in Pakosch im heutigen Polen und später in den Armenvierteln Berlins. Über seine ärztliche Tätigkeit schreibt er rückblickend:

Frage suchte er sein ganzes Leben lang eine Antwort. Zu dieser Zeit ist der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft in Deutschland in vollem Gange. Eine Armee von bitterarmen Menschen zog von ihren Dörfern in die Städte, wo sie jedoch genauso arm blieben.

In seiner Freizeit begann Oppenheimer marxistische Theorien zu studieren. Er las den utopischen Roman Theodor Hertzkas aus dem Jahr 1890 mit dem Titel „Freiland". Das Thema einer sozialeren Zukunft ließ ihn nicht mehr los. Das zeigen auch seine ersten beiden Bücher: „Freiland in Deutschland" und „Die Siedlungsgenossenschaft", in denen er die Gründung von Arbeitsgenossenschaften auf dem Land propagierte. Inzwischen absolvierte Oppenheimer weitere sozialwissenschaftli-

che Studien, war als Privatdozent tätig und wurde 1919 als erster deutscher Professor auf den ordentlichen Lehrstuhl für theoretische Nationalökonomie und Soziologie in Frankfurt am Main berufen. Ursprünglich betrachtete er die Probleme der Gesellschaft aus Sicht des Mediziners: Es gibt eine Krankheit und sie kann geheilt werden, wenn man den Erreger findet. Für ihn war der Krankheitserreger das Bodenmonopol der Großgrundbesitzer und die Aussperrung der Unterschichten vom Boden. Oppenheimer sprach von „Bodensperre".

Die Lösung der sozialen Fragen, die durch die Landflucht der besitzlosen Menschen entstanden, glaubte er in der Massenrückkehr zurück aufs Land zu sehen. Das könne nur durch Verwandlung der Großgüter in ländliche Produktivgenossenschaften gelingen. Ungleichheit entstehe durch die Macht, Boden zu monopolisieren und damit auch die Freiheit zu unterminieren. Freiheit hingegen könne nur bei freier Konkurrenz realisiert werden, schrieb der Professor immer wieder.

Mit seinen Ideen isolierte sich Oppenheimer zunehmend von seinen Kollegen an der Frankfurter Universität. Trotz der Unpopularität seiner Theorie fand der Soziologe jedoch in manchen seiner Studenten Gesinnungsgenossen. Einer davon war der künftige Bundeskanzler Ludwig Erhard. „Man reiht mich gemeiniglich ein in die Kategorie der ‚Neoliberalen'. Es mag so geschehen; ich wehre mich gar nicht dagegen, denn Gelehrte, von Walter Eucken angefangen über Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow zu Hayek und Franz Böhm, um nur einige zu nennen, haben im tiefsten Grunde Oppenheimersches Gedankengut in sich aufgenommen und in unsere Gegenwart übersetzt, indem sie einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Beschränkungen des Wettbewerbs und vor allen Dingen gegen Monopole führten", erläuterte der Politiker. Als er dann im Jahre 1948 vor der Aufgabe stand, die deutsche Wirtschaft nach ihrem völligen Zusammenbruch neu zu ordnen, war das Erste, was er aufgenommen hatte, „der leidenschaftliche Kampf gegen Monopole und gegen die mannigfachen Bindungen, die menschliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten zur Folge haben mußten". Aus dieser Haltung heraus schuf Erhard das deutsche Antikartellgesetz.

Die Zeit des Nationalsozialismus war für Oppenheimer ein schwerer Schlag. Er wollte die Gefahr gar nicht wahrnehmen, da ihr die härteste denkbare Konsequenz für den deutschen Patrioten Oppenheimer innewohnte: die Heimat zu verlassen. Er weigerte sich lange Zeit zu emigrieren und erkannte den Ernst der Lage erst, als sein Pass eingezogen wurde. 1938 schaffte er es im Alter von 74 Jahren, mithilfe seiner Tochter Renata auf abenteuerlichen Wegen nach Japan zu fliehen. Von dort ging es 1940 weiter in die USA, wo er seine letzten Jahre fast ohne finanzielle Mittel verbrachte. Franz Oppenheimer starb am 30. September 1943. Erst 2007 wurde sein letzter Wunsch erfüllt: das Begräbnis seiner Urne in Frankfurt.

Das Werk Franz Oppenheimers ist der breiten Öffentlichkeit fast unbekannt, gedeiht aber fort in der Arbeit seiner Schüler. „Wie sehr Oppenheimer in mir lebt, das habe ich neulich erfahren, als ich in einer freien Rede zu Europa sagte: Was ich mir vorstelle, das ist ein Europa der ‚Freien und der Gleichen'. Und als ich dann sein Buch *Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes* zur Hand nahm, las ich aus seiner Feder fast erschreckt von ‚einer Gesellschaft der Freien und der Gleichen'. Diese Gesinnung ist also offenbar so sehr Bestandteil meines eigenen Wesens geworden, dass man sich selbst in der Sprache und im Ausdruck unbewusst wieder begegnet", schrieb Ludwig Erhard. Auch nach der Wende gewann Oppenheimers Theorie über Bodenbesitzverhältnisse wieder an Bedeutung. In der ostdeutschen Landwirtschaft stellte sich die Frage nach „Herrschaft oder Genossenschaft" neu. Seine Vorhersagen enthalten auch den Gedanken, dass hoch subventionierte kleinbäuerliche Familienbetriebe nicht als zukunftsträchtig gelten können.

Franz Oppenheimer nannte sich einen „liberalen Sozialisten" und besaß ein stark ausgeprägtes soziales Gewissen. Und immer mehr seiner Ideen erweisen sich im Laufe der Zeit als richtige Vorhersagen zukünftiger Entwicklungen. In seinem utopischen Roman *Sprung über ein Jahrhundert* (1932) beschreibt Oppenheimer ein Europa, wie wir es heute kennen: geeint und ohne Grenzen. Er sah „Bildtelefone" in jedem Haushalt voraus und lautlose Elektroautos, die über gut ausgebaute Straßen gleiten. Bis zum letzten Augenblick glaubte er an eine Gesellschaftswirtschaft, die keine Krisen mehr kennen würde mit Menschen, die frei und genossenschaftlich ihr Leben organisieren – weit weg von den Miseren der Armut des 19. Jahrhunderts. Eine Gesellschaft, die geheilt ist. ●

KAPKA TODOROVA ist Europakorrespondentin für zahlreiche osteuropäische Medien. Die Frage, vor der die Osteuropäer nach der Wende standen, war dieselbe, vor der die junge Bundesrepublik nach dem Krieg stand: Wie kann man eine freie und gerechte Gesellschaft aufbauen? Der deutsche Soziologe Franz Oppenheimer fand einen Weg. Den Dritten Weg.
redaktion@libmag.de

Fotos: Wikipedia; privat

IN JEDER AUSGABE VON LIBERAL BELEUCHTEN WIR GEMEINSAM MIT DEM BUND DER STEUERZAHLER DEN UMGANG MIT UNSEREN STEUERGELDERN. THEMA DIESMAL:

VERLORENES VERTRAUEN

Illustration: Sebastian Iwohn

Die Steuermoral in Deutschland ist so gut wie nie, dafür sinkt das Vertrauen in eine sinnvolle Verwendung der Gelder. Das zeigt die Studie „Steuerkultur und Steuermoral in Deutschland 2014“, die der Bund der Steuerzahler (BdSt) NRW bei der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik (Fores) in Auftrag gegeben hat. Es ist bereits die siebte Studie dieser Art, die die Forschungsstelle für den Bund der Steuerzahler NRW erstellt, daher sind die aktuellen Ergebnisse nicht nur eine Momentaufnahme, sondern ermöglichen eine langfristige Betrachtung. Die Daten zeigen, dass sich die Einstellungen der Deutschen seit der vorherigen Studie aus dem Jahre 2008 gravierend verändert haben.

So hat sich die Steuermentalität seit der jüngsten Erhebung vor sechs Jahren verschlechtert. Unter Steuermentalität versteht man die grundsätzliche Einstellung der Bürger zum Steuersystem, zur Steuergerechtigkeit und zu ihrer individuellen Steuerlast. Verantwortlich für diese kritischere Haltung der Bürger sind im Wesentlichen vier Faktoren. Zum einen ist die subjektive Steuerbelastung gestiegen: 85 Prozent der Deutschen halten ihre Steuern für zu hoch – das ist der höchste Wert seit Ende der 1980er-Jahre. Hinzu kommt der Eindruck, dass der zeitliche und finanzielle Aufwand zur Erfüllung der steuerlichen Pflichten zu hoch ist. Zwei Drittel der Deutschen sind dieser Meinung – ein Indiz für den Wunsch nach einem einfacheren Steuersystem.

Dritter Grund für die verschlechterte Steuermentalität: Das Steuersystem gilt insgesamt als ungerecht. Vier von fünf Deutschen (82 Prozent) fordern ein Ende der kalten Progression, bei der Einkommenssteigerungen durch höhere Steuersätze und Inflationseffekte aufgezehrt werden. Außerdem erwarten die Bürger vom Staat eine Gegenleistung für ihre Bereitschaft, korrekt ihre Steuern zu zahlen: Sie wollen, dass der Staat mit dem Geld, das sie ihm zur Verfügung stellen, verantwortungsvoll umgeht und die Verschwendung von Steuergeld stoppt. 95 Prozent der Bürger – also fast alle! – sind der Ansicht, dass der Staat viel zu verschwenderisch mit dem ihm anvertrauten Geld umgeht. Nicht nur Steuerhinterziehung, sondern auch Steuergeldverschwendung muss bestraft werden.

Die Staatsverschuldung spielt beim Steuergefühl der Deutschen im Jahr 2014 eine wichtige Rolle. So wollen die Bürger, dass konjunkturell bedingte Mehreinnahmen genutzt werden, um endlich Schulden abzubauen. ●

Kontakt: info@steuerzahler.de

BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

DDR-Romantikern zu begegnen ist nicht leicht. Zahlen, Daten, Fakten sind einfach zu beschaffen, Literatur zum ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden gibt es zuhauf. Und doch halten sich Vorurteile zugunsten der DDR störrisch – hochgehalten von der Linkspartei, unwidersprochen von Politikern jedweder Provenienz, die Angst davor haben, in die Gysi-Falle zu gehen und „auf DDR-Biografien herumzutrampeln“. In der Menge der zum Mauerfall-Jubiläum erschienenen Literatur ist aus den beschriebenen Gründen vielleicht der Griff zu „Stadt, Land, Leben“ besonders empfehlenswert. Der Band versammelt Fotografien von Jürgen Graetz, die zwischen 1967 und 1992 entstanden sind. Es sind Fotografien von herausragender Qualität – die kurzen ergänzenden Texte von Beate Teubert erscheinen daher eigentlich verzichtbar. Es sind jene Bilder, die der Staat nicht wollte. Wenn sie glückliche Menschen zeigen, dann in Situationen des Privatseins. Und ganz gewiss trampelt der Fotograf nicht auf den Biografien der Fotografierten herum: Nahezu jedes Bild kritisiert die DDR und respektiert dennoch die Menschen, die es zeigt. *Boris Eichler*

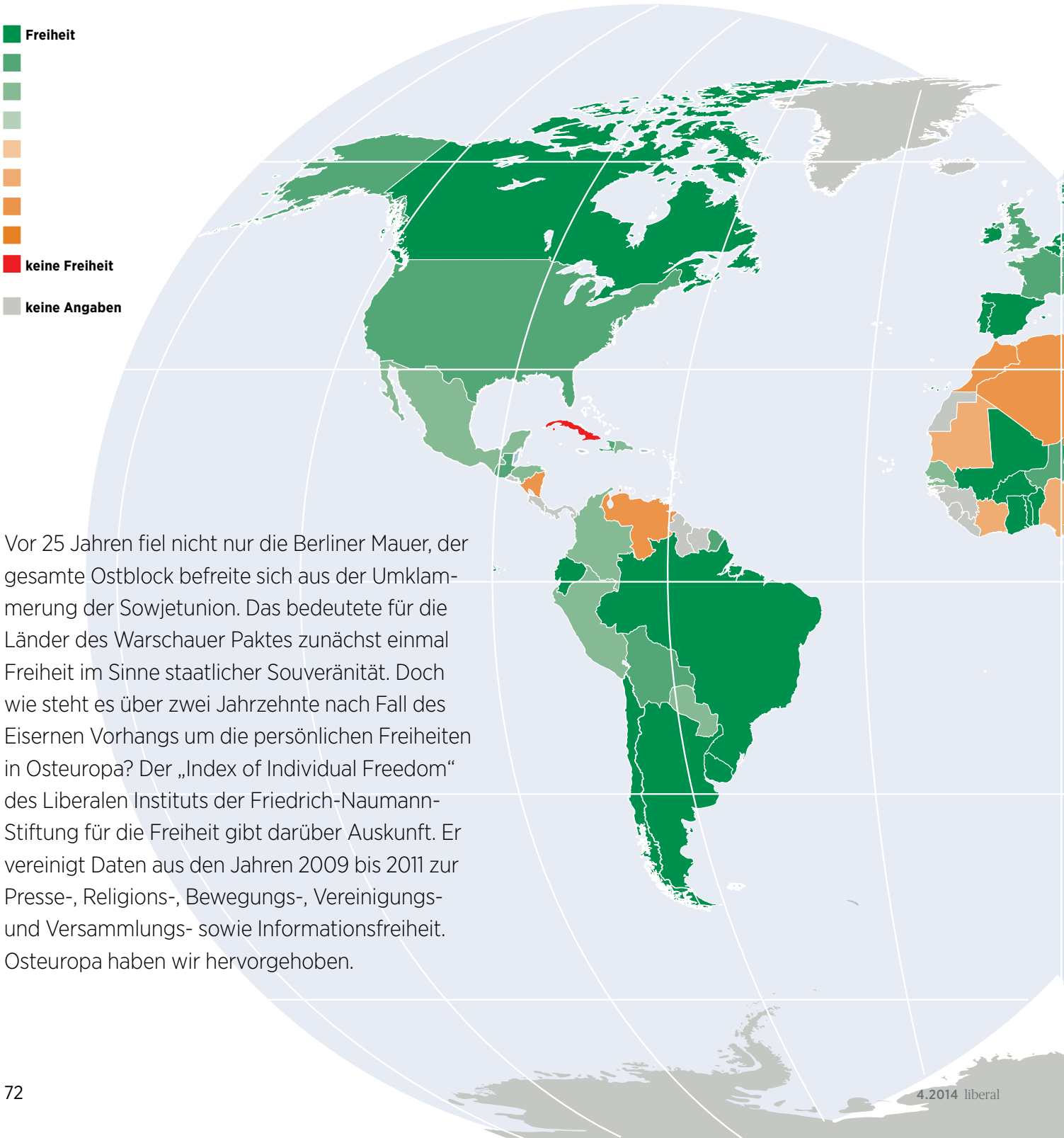
JÜRGEN GRAETZ/BEATE TEUBERT
Stadt, Land, Leben
Fotografien aus der DDR 1967–1992
Mitteldeutscher Verlag, 160 Seiten, 24,95 Euro

Für Israel geht es, wenn es sich gegen seine Feinde zur Wehr setzt, um nichts Geringeres als seine Existenz. Das stellt Walter Schilling, ehemaliger Referent im Bundesverteidigungsministerium, in seinem neuen Buch – geschrieben vor der Gaza-Offensive des Sommers – überzeugend dar. Die zwei großen Bedrohungen des jüdischen Staates sind, so Schilling, das iranische Atomprogramm sowie der militante Islamismus jener Terrorgruppen, die sich die endgültige Vernichtung Israels zum Ziel gesetzt haben (nachzulesen in der bis heute gültigen Charta der Hamas). Mit diesen ist laut Schilling keine Verhandlungslösung möglich, da ihr Ziel eben nicht, wie im Westen häufig angenommen, eine friedliche Zweistaatenlösung ist. Hart geht der Autor mit europäischen Medien ins Gericht, die den Krieg, in dem Israel sich befindet, darstellen als einen Konflikt zwischen einem hochgerüsteten Staat und einem Volk, das um seine Unabhängigkeit kämpft. Der Krieg ist keiner zwischen Israel und den Palästinensern. Es ist ein Krieg des Iran gegen Israel, in dem das Mullahregime Terroristen wie die Hamas mit Geld und Waffen ausstattet. Das sollte im Auge behalten, wer Israel im Kampf gegen die Hamas „Unverhältnismäßigkeit“ vorwirft. Weitere sicherheitspolitische Herausforderungen für Israel sind Schilling zufolge durch den Arabischen Frühling sowie den Regimewechsel in Libyen entstanden, wo Islamisten das Vakuum füllen, das Gaddafi hinterlassen hat. Diese stellen eine größere Bedrohung für Israel dar, als jener es zuletzt war. Eine knappe und gut lesbare Analyse, die jeder zur Kenntnis nehmen sollte, der sich über Israels Verteidigungsmaßnahmen ein informiertes Urteil bilden möchte. *Ingo Way*

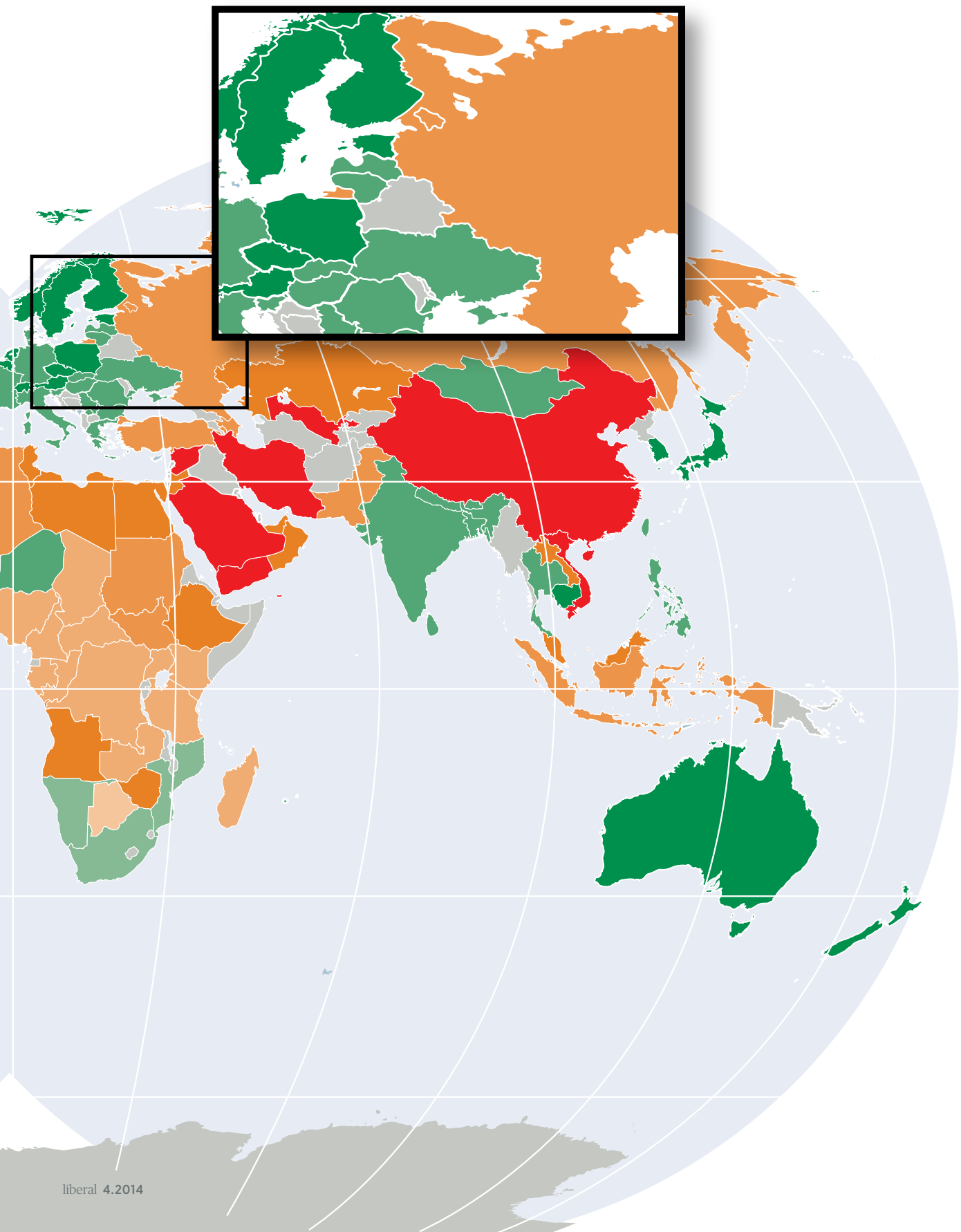
WALTER SCHILLING
Israels gefährdete Existenz.
Israels sicherheitspolitische Antwort auf den islamistischen Terrorismus, die nukleare Bedrohung durch den Iran und die westliche Schwäche
ars et unitas, 198 Seiten, 38 Euro

Foto: Sebastian Iwon; Presse

IN DIE FREIHEIT ENTLASSEN?



Vor 25 Jahren fiel nicht nur die Berliner Mauer, der gesamte Ostblock befreite sich aus der Umklammerung der Sowjetunion. Das bedeutete für die Länder des Warschauer Paktes zunächst einmal Freiheit im Sinne staatlicher Souveränität. Doch wie steht es über zwei Jahrzehnte nach Fall des Eisernen Vorhangs um die persönlichen Freiheiten in Osteuropa? Der „Index of Individual Freedom" des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gibt darüber Auskunft. Er vereinigt Daten aus den Jahren 2009 bis 2011 zur Presse-, Religions-, Bewegungs-, Vereinigungs- und Versammlungs- sowie Informationsfreiheit. Osteuropa haben wir hervorgehoben.



Eiserne Lunge

Immer mehr Menschen sind dauerhaft auf Beatmung angewiesen. Sophie Huttmann hat erforscht, wie diese Leute leben, was ihre Probleme sind und welche Bedeutung sie für das Gesundheitssystem haben. Ein Gespräch über Glück unter schwierigen Bedingungen, lebenswichtige Entscheidungen und gesellschaftliche Herausforderungen durch den medizinischen Fortschritt. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH**

DR. SOPHIE HUTTMANN

wurde 1985 in Freiburg geboren, wo sie auch Humanmedizin studierte. 2011 promovierte sie zum Thema „Sauerstoffversorgung bei der nichtinvasiven Beatmung“ und blieb seitdem der Pulmologie treu: Derzeit arbeitet Huttmann als Ärztin in der Lungenklinik des Klinikums Köln-Merheim.

Warum gibt es immer mehr Langzeitbeatmungspatienten?
Das Konzept gibt es in Europa schon seit der Polioepidemie Mitte des 19. Jahrhunderts. Mit Entwicklung der Positivdruckbeatmung 1952 verbesserte sich die Überlebenswahrscheinlichkeit von Polioerkrankten maßgeblich, viele Patienten waren aber anschließend dauerhaft auf Beatmung angewiesen. Betroffen waren insbesondere Kinder, deren Eltern sie natürlich zu Hause haben wollten. Die Beatmung in der sogenannten „eisernen Lunge“ wurde damals durch Positivdruckbeatmung über einen Luftröhrenschnitt abgelöst. Dass es heute so viel mehr dauerbeatmete Patienten gibt, liegt am medizinischen Fortschritt. Auch ältere Menschen, die gleichzeitig an verschiedenen Erkrankungen leiden, überleben, sind dann aber nicht mehr von der Beatmung zu entwöhnen. Kinderlähmung ist in Europa kein Problem mehr, aber auch heute gibt es noch junge Patienten, Unfallopfer und andererseits Patienten mit Muskelschwunderkrankungen wie Duchenne oder ALS. Eine dritte Patientengruppe leidet an chronischen Erkrankungen, vor allem der Lunge, wobei auch andere Organe betroffen sein können. Wenn so jemand von der Intensivstation kommt, kriegen wir ihn oft nicht mehr von der Beatmung.

Welche Optionen gibt es dann?
Es gibt drei verschiedene Versionen. Patienten können in ihrem eigenen häuslichen Umfeld versorgt werden und benötigen dann einen 24-Stunden-Intensivpflegedienst. Die Pfleger müssen über entsprechende Zusatzqualifikationen verfügen, wie sie inzwischen von der DGP, der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin, angeboten wird. Eine zweite Möglichkeit sind die sogenannten Beatmungs-WGs, davon gibt es immer mehr. Bei diesem Modell teilen sich mehrere Patienten eine Wohnung und einen Pflegedienst, der ambulant oder nötigenfalls vor Ort tätig ist. Eine dritte Variante sind die klassischen Pflegeheime mit Intensivpflegedienst.

Was kostet denn die Pflege in etwa monatlich?
Das variiert stark, aber da ist man schnell im fünfstelligen Bereich. Wobei ich aus eigener Anschauung nicht bestätigen würde, dass besonders teure Einrichtungen automatisch besonders gut sind. Natürlich ist pro Kopf gerechnet ein 24-Stunden-Pflegedienst für einen einzelnen Patienten merklich teurer als zum Beispiel die WG-Variante.

Welche Versicherung kommt für die Kosten auf?
Im sogenannten Drachenfliegerurteil von 1999 wurde entschieden, dass die Kosten der häuslichen Pflege zwischen der Krankenkasse, der Pflegekasse und dem Versicherten aufzuteilen seien. Geklagt hatte ein Mann, der nach einem Unfall mit dem Drachenflieger eine hohe Querschnittslähmung hatte und die Kosten für die pflegerische Versorgung nicht aufbringen konnte. Das Gericht gab ihm recht mit der Folge, dass die Krankenkasse den größten Teil der Versorgung

Fotos: Getty; privat

Das Internet ist für viele Patienten sehr wichtig, um Freundschaften zu pflegen und sich auszutauschen.

bezahlen muss. Denn deren Notwendigkeit ist ja durch die Krankheit bedingt. Einen weiteren Teil übernimmt die Pflegekasse, den Rest der Patient selbst – es sei denn, er hat Angehörige, die so angeleitet sind, dass sie die Zeit zwischen den Besuchen des Pflegedienstes überbrücken können. Dann zahlt er nichts.

Wovon sollte er denn seinen Anteil zahlen können? Sind solche Patienten nicht fast immer komplett berufsunfähig?
Manche sind privat gut versichert, andere haben Vermögen. Wir wissen also, dass es immer mehr dieser Patienten gibt.

Existieren denn auch Hochrechnungen, anhand derer man abschätzen kann, welche Infrastruktur künftig geschaffen werden muss?
Erschreckenderweise nein. Es gibt einfach keine Instanz, die den Gesamtüberblick hat. Die letzte große gesamteuropäische Studie stammt von 2004, die Zahlen sind inzwischen vollkommen veraltet. Die Krankenkassen haben zwar die Daten, geben sie aber nicht heraus, weil sie in Konkurrenz zueinander stehen und sich nicht in die Karten gucken lassen möchten. Da rollt eine Welle von teuren Versorgungsfällen auf die Einrichtungen und Versicherungen zu, deren Größe niemand wirklich abschätzen kann. Deshalb ist es nahezu unmöglich, adäquate Planungen zu treffen.

Sie haben mit vielen dieser Patienten gesprochen. Als Laie drängt sich mir die Frage auf: Können die denn überhaupt sprechen?
Das ist sehr unterschiedlich. Manche können wunderbar sprechen. Es gibt auch Patienten, die sind nicht durchgehend beatmet, sondern haben stundenweise Spontanatmung am Tag. Und es gibt sogenannte Sprechventile, damit kann man sich ganz normal artikulieren. Wieder andere können unter Beatmung sprechen oder mithilfe spezieller Ventile. Und natürlich gibt es auch Patienten, die schreiben oder sich mit einer Buchstabentafel verständlich machen können. Gerade jüngere Patienten mit neuromuskulären Erkrankungen haben oft einen Sprachcomputer, den sie mit den Augen ansteuern und darüber kommunizieren. Zudem gibt es manche Patienten, die wirklich nur mit den Augen kommunizieren können. Ich habe eine junge Frau kennengelernt, die wegen einer angeborenen Stoffwechselerkrankung nur mit den Augen kommuniziert: Rechts gucken heißt ja, links gucken heißt nein. Mehr geht nicht.

Und die hat einen Computer, den sie mit den Augen steuern kann?
Nein, das kann sie nicht. Aber sie hat dennoch eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht: Aufgrund der vielen anderen Behinderungen war bei ihr die Beatmungstherapie eher nebensächlich. Sie wurde von ihren Eltern gepflegt und ist ansonsten in einer Behindertentagesstätte, wo sie Bekannte hat und Freundschaften pflegt. Als sie mit der Beatmungstherapie begonnen hatte, verbesserte sich ihr gesundheitlicher Gesamtzustand aber so sehr, dass sie irgendwann meinte: „Ich will jetzt mal von zu Hause ausziehen. Mama, Papa, da gibt es eine WG, da will ich hin!“ Wie es mit etwa 20 Jahren eben altersgemäß ist. Sie hat gemerkt, dass es ihr besser geht, und so entstanden Wünsche und Pläne für ihr eigenes Leben.

Die vorher wahrscheinlich nicht denkbar gewesen wären?
Genau. Und dann gibt es andere Patienten, bei denen wir vielleicht denken: „Oh, mein Gott, was ist das für ein Leben? Der muss ja total isoliert sein!“ Ich habe einen Patienten mit einer Muskeldystrophie-Duchenne kennengelernt. Er ist Mitte 20 und kann nur seinen rechten Daumen bewegen. Als ich ihn fragte, ob er sich sozial isoliert oder nicht eingebunden fühlte, hat er gelacht: „Was redest du? Natürlich kann ich alles machen! Wenn ich will, gehe ich aus, auch in die Disko. Ich kaufe ein und treffe meine Freunde. Das geht alles!“

Also hat er sich mit einem Computer und dem rechten Daumen ein komplett funktionstüchtiges Sozialleben organisiert?
Ja, das habe ich häufiger beobachtet: Gerade die jungen Patienten, die mit ihrer Erkrankung aufwachsen und nichts anderes kennen, sind oft sehr glücklich und zufrieden und fühlen sich gar nicht eingeschränkt. Außerdem ist das Internet für viele sehr wichtig, um Freundschaften zu pflegen und sich auszutauschen.

Das heißt, die Problemfälle, die wirklich leiden, sind eher Patienten, die einen Unfall hatten oder solche, in deren Krankheitsverlauf die Beatmung zwar abzusehen war, die aber verständlicherweise der Frage ausgewichen sind, wie es in diesem Fall weitergehen soll?
Ja, problematisch sind die Patienten, die letztendlich in dieser Situation landen und sich das nie für sich vorstellen konnten. Die aber vielleicht auch nicht den Mut besessen haben oder sich auch einfach nicht

damit auseinandergesetzt haben, bewusste Entscheidungen zu treffen, die das hätten verhindern können.

Sind denn die begleitenden Ärzte nicht an einer frühzeitigen Entscheidungsfindung interessiert?
Auch der Arzt muss sich das Problem aktiv ins Bewusstsein rufen. Solche Gespräche sind für alle Beteiligten unangenehm, das scheuen auch viele Ärzte. Dabei muss man die Patienten und Angehörigen frühzeitig aufklären, und wenn sie zu einer Entscheidung finden, muss diese unbedingt schriftlich fixiert werden. Die Standard-Patientenverfügungen sind da ziemlich ungeeignet, es bedarf präziserer Formulierungen.

Hat man denn als Arzt im stressigen Krankenhausalltag die Zeit dazu? Als Patient hat man sie natürlich schon, aber wahrscheinlich kaum Lust.
Ich bezweifle, dass das Krankenhaus immer der richtige Ansprechpartner ist, denn dort landet man ja im Zweifel in einer Akutsituation. Es sollte der Arzt machen, der den Patienten langfristig betreut. Wenn ich jetzt eine schwere Lungenerkrankung habe, bin ich bestenfalls bei einem Lungenfacharzt in Behandlung. Das kann auch manchmal das Krankenhaus sein. Wir haben auch oft Patienten, die auf eine nichtinvasive Beatmungstherapie eingestellt sind. Wenn sie zur Routineuntersuchung kommen, wäre das der richtige Zeitpunkt, solche Themen aufzugreifen und mit dem Patienten darüber zu sprechen: Was machen wir eigentlich, wenn sich das Ganze einmal verschlechtert? Ich glaube, wenn man mit dem Patienten über eine Station geht, auf der Patienten liegen, die invasiv beatmet werden, und er mal durch einen Türspalt guckt, dann wird doch der eine oder andere sagen: „Nein, also das will ich eigentlich nicht!“

Wobei die Angehörigen mitreden wollen und sollen.
Sehr oft höre ich von denen: „Grundsätzlich wollen wir invasive Beatmung nicht. Außer im Notfall …“

… aber es ist fast immer ein Notfall, wenn sich die Frage stellt.
Genau das ist das Problem. Darum muss man ihnen klarmachen: Die Alternative wäre, dass das Leben zu Ende geht – oder dass die Wahrscheinlichkeit zumindest sehr hoch ist, dass man einen solch akuten Erkrankungszustand vielleicht nicht überlebt. Letztlich wollen eben doch alle leben.

Das ist mehr als nachvollziehbar. Vermutlich ist es also auch für den Arzt schwierig, im Notfall eine gute Entscheidung herbeizuführen.
Das ist extrem schwer, denn meistens trifft es den Assistenzarzt, der gerade zufällig Nachtdienst hat. Der hat diesen Patienten vor Ort, und der Patient kann vielleicht gar nicht mehr entscheiden, ist gar nicht mehr ansprechbar. Also rufe ich die Angehörigen an oder den gesetzlichen Betreuer, und die sollen mal eben am Telefon so eine lebenswichtige Entscheidung treffen. Das ist natürlich nicht möglich. Leider habe ich es auch oft erlebt, dass Patienten und Angehörige im Nachhinein wirklich sehr, sehr unzufrieden waren und sich schlecht beraten gefühlt haben. Da hat der Arzt gesagt: „Im Zweifel muss ich Ihnen dazu raten, dass wir Ihren Vater jetzt auf die Intensivstation verlegen.“ Was das letztendlich bedeutet, lässt sich am Telefon in einem kurzen Gespräch in der Notfallsituation oft nicht ausreichend erklären. Hinzu kommt die Angst des Arztes, einen Fehler zu begehen, den man nicht rückgängig machen kann. Im Zweifel wird man sich immer für die Therapie entscheiden, wenn man nicht hundertprozentig sicher ist, ob sie gewünscht ist oder nicht. Es ist viel, viel schwerer, eine Therapie nicht durchzuführen, als sie einfach zu machen. ●

Die Alternative wäre, dass das Leben zu Ende geht. Aber letztlich wollen eben doch alle leben.

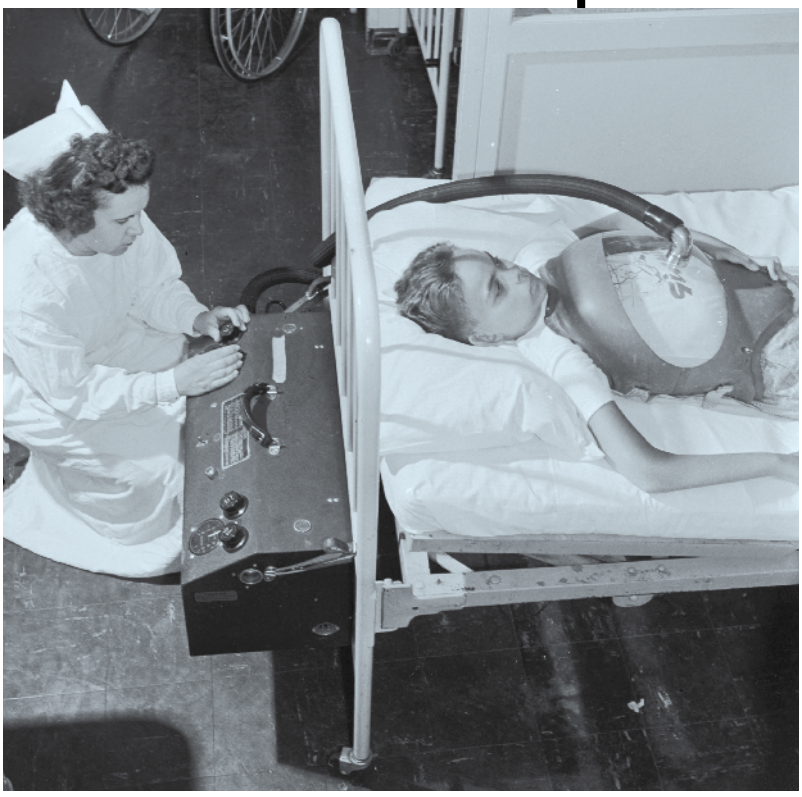


Foto: Getty

Oh, mein Gott

Die Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters wurde in den USA als Gegenbewegung auf das Vordringen des Kreationismus in den Schulunterricht erfunden. Mittlerweile gründen Anhänger des Pastafarianismus weltweit Nudelgemeinden. Den Atheisten ist es ernst – sie wehren sich mit Humor gegen die Sonderrechte von Religionsgemeinschaften.

// TEXT // **RALF KALSCHEUR**

Es war das Jahr 1823, als Joseph Smith in den USA der Prophet Moroni erschien. Der Engel informierte Smith über ein Versteck, in dem sich Goldplatten befinden. Auf den Platten sei die Besiedlung Amerikas mit der Hilfe Gottes festgehalten, jedoch in einer Schrift, die nur Moroni selbst lesen könne. Darum lagen den Platten die Sehersteine Urim und Tummim bei, mit deren Hilfe Joseph Smith die Offenbarungen ins Englische übersetzen konnte. In einem durch eine Decke abgetrennten Raum diktierte Joseph Smith die Worte einem auf der anderen Seite der Decke sitzenden Schreiber. Nachdem das Buch Mormon niedergeschrieben war, musste Joseph Smith dem Engel die Goldplatten zurückgeben. In den USA leben heute 6,2 Millionen getaufte Mitglieder der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage, der Mormone Mitt Romney war Kandidat der Republikanischen Partei für die Präsidentschaftswahl 2012. Die USA sind eines der religiösesten Länder der Welt. Es ist bis heute kaum möglich, dort wichtige politische Ämter ohne einen christlichen Glaubenshintergrund zu erlangen.

Es war das Jahr 2005, als Bobby Henderson, ebenfalls in den USA, eine Eingebung hatte. Diese suchte den Physiker und Autor heim, als im Staat Kansas darüber debattiert wurde, Kreationismus und Intelligent Design ins Curriculum aufzunehmen. Umfragen ergaben, dass sich damals 32 Prozent der Amerikaner zur Schöpfungsgeschichte bekannten; 2013 war es bereits fast die Hälfte der Bevölkerung (46 Prozent). Bibeltreue christlich-fundamentalistische und evangelikale Bewegungen halten die Evolutionstheorie für falsch und glauben, die Erde sei 10.000 Jahre alt. Die sogenannte religiöse Rechte unterstützt die Republikaner. Der damalige US-Präsident George W. Bush sprach sich im August 2005 dafür aus, dass die Lehre vom Intelligent Design gleich- »

Foto: Jan Mika

Der rechte Glaube

Niko Alm, 39, studierte Publizistik und ist Geschäftsführer einer von ihm gegründeten Werbeagentur in Wien. Der gebürtige Wiener engagiert sich seit mehreren Jahren medienwirksam und in verschiedenen Initiativen für die Trennung von Staat und Religion. 2011 übernahm er den Vorsitz des Zentralrates der Konfessionsfreien in Österreich. Seit 2013 sitzt Alm als Abgeordneter der liberalen Partei NEOS im österreichischen Parlament. Religionssprecher der Partei ist er jedoch nicht mehr, NEOS will auch für Christen wählbar sein.

Vor drei Jahren sorgte Niko Alm weltweit für Aufsehen. Der Anhänger des Pastafarianismus hatte es geschafft, ein Nudelsieb auf seinem Führerscheinfoto tragen zu dürfen. Die österreichischen Behörden akzeptierten das Küchenutensil nicht als religiöse Kopfbedeckung, jedoch das identifizierbare Porträt im Dokument. Der Punkt ging an Alm. Kürzlich haben Alm und seine bissfesten Glaubensbrüder jedoch eine Niederlage im Kampf gegen die Kirchenprivilegien erlitten. Ihre Gemeinde zählt in Österreich zwar fast 500 Seelen und damit mehr als genug für die staatliche Anerkennung als religiöse Bekenntnisgemeinschaft. Dennoch wurde der Antrag vom Kultusamt abgelehnt. Zur Begründung hieß es, dass der Satire-Religion laut selbst verfasster Statuten der Bezug zur religiösen Lehre fehle, da man sich selbst als ironisch-kritische Bewegung verstehe. Der Name „Kirche" müsse in Verbindung zur christlich-religiösen Lehre stehen.

Das Interview mit Niko Alm führte Miriam Reinartz. Die Parlamentarische Mitarbeiterin entpuppt sich als ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Wenn das keine spaghettimonsterliche Fügung ist!

Herr Alm, Sie sind Werber. Schadet das aufmerksamkeitsstarke, aber auch alberne Spaghettimonster nicht der Seriosität der kirchenkritischen Botschaft?
Klares Nein. Ich habe im Laufe der Jahre unzählige Diskussionen mit Kirchenvertretern zum Verhältnis von Staat und Religion geführt. Aber die insistieren auf ihren unberechtigten Privilegien, und die bestehen ja. Die sachliche Auseinandersetzung schafft den Weg in die Öffentlichkeit einfach nicht. Damit komme ich nicht weiter.

Dann ist Ihr weltberühmtes Führerscheinfoto ein strategisch geplanter Marketing-Geniestreich gewesen?
Ich hatte mich schon lange vorher für das Thema interessiert, vor Jahren die Laizismus-Initiative gegründet und mich mit anderen Gruppierungen vernetzt. Irgendwann trifft man dann zwangsläufig auch auf den Pastafarianismus. Die Sache mit dem Nudelsieb auf dem Kopf ist mir dann eigentlich so passiert, das war nicht geplant. Die Antragstellung zum Führerschein hatte ich auf meinem Blog begleitet, die Presse fand es lustig, und so wurde die Sache groß. Ich wurde von Mitstreitern kritisiert, dass ich so nicht kritisieren dürfe. Doch das Foto hat mehr bewegt als jede andere Aktion zuvor.

Gibt es Drohungen gegen Sie von Gläubigen, die ihre religiösen Gefühle lächerlich gemacht sehen?
Ich bin bislang noch nicht einmal beschimpft worden. Mir werden allerdings hin und wieder Heiligenbildchen mit Sprüchlein drauf geschickt. Das amüsiert mich.

Wie gehen Sie mit der Ablehnung des Antrags der Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters auf staatliche Anerkennung als Glaubensgemeinschaft um?
Das kam nicht überraschend im ersten Durchgang, das ist für das Kultusamt halt eine unübliche Situation. Die Behörde hat behauptet, dass wir es nicht ernst meinen. Der zweite Punkt war, dass der Begriff Kirche nur christliche Glaubensgemeinschaften bezeichnen darf. Wir sehen da zwar kein Monopol auf den Begriff und auch keine Verwechslungsgefahr. Aber wenn es an diesem Formalfehler hängen sollte, lassen wir den Begriff Kirche einfach weg. Das Amt darf Formalien prüfen. Es darf sich aber keine Urteile über Weltanschauungen anmaßen. Die Begründung „In eurer nicht ernst gemeinten Lehre steht etwas Ähnliches wie bei den Katholiken, und deshalb dürft ihr das nicht" kann sich das Amt nicht anmaßen. Dagegen werden wir vorgehen.

Sie tragen ein Nudelsieb, wie stehen Sie zur Kopftuchdebatte?
Das ist für mich primär ein Kleidungsstück. Dass es auch ein Symbol ist, will ich nicht

Fotos: DPA; Goldmann

bestreiten. Aber die Religion kann ich nicht aus den Schulen verdrängen, indem ich die Symbole verdränge. Die Nichtteilnahme am Sportunterricht sehe ich anders, denn Religion ist hier kein sachlicher Grund. Besseres Beispiel, weil wichtiger als Sport: die Verpflichtung, Schutzkleidung zu tragen. Männer mit Turban müssen keinen Helm tragen. Dann muss man es aber auch jedem anderen zugestehen, keinen Helm tragen zu müssen, und sei es aus modischen Gründen. Pragmatische gesellschaftliche Lösungen kann man nur finden, wenn alle Privilegien abgeschafft werden. Das könnte viel eher zu Toleranz und Kompromissen führen.

In Ihrer Partei gibt es einen Religionssprecher. Sie haben das ungewöhnliche Amt zunächst übernommen und sind dann abgelöst worden. Kostet Ihr effektvolles atheistisches Engagement NEOS Wähler?
Vermutlich kostet es uns Wähler, aber wir wissen es nicht. Ich polarisiere. Menschen beschweren sich über mich und halten meine Aktionen für einen persönlichen Angriff auf ihren Glauben. Ich trenne die Dinge darum jetzt. Der Pastafarianismus ist nicht Teil von NEOS und umgekehrt. Staat und Religion will ich auch in diesem Fall nicht vermischen.

Sollte man denn nicht als waschechter Liberaler im Herzen Pastafari sein?
(lacht) Ich würde es mir wünschen, erwarte zumindest Verständnis. Also, ja! Ein Liberaler sollte die Sache ein Stückchen im Herzen tragen, dafür muss er ja kein Pastafari sein. Wir wollen die religiösen Privilegien Stück für Stück infrage stellen, und unsere Methode ist die des Humors. Das ist eine Form der Kritik, die auch zulässig ist.

wertig mit der Evolutionstheorie im Fach Biologie gelehrt werden solle.

Die US-amerikanische Verfassung verbietet religiöse Inhalte im Schulunterricht und sieht auch keinen Religionsunterricht vor. Den Kreationisten ist daran gelegen, ihre Fantasie pseudowissenschaftlich zu untermauern. Anerkannt als wissenschaftliche Theorie, könnte die Schöpfungslehre verfassungskonform unterrichtet werden, so ihre Strategie. Bis jetzt hat die Vernunft in den Gerichten, in denen darüber verhandelt wurde, letztinstanzlich gesiegt.

Bobby Henderson also hatte die Eingebung, der Bildungsbehörde von Kansas im Jahr 2005 einen satirischen Protestbrief zu schreiben. In diesem schuf er einen fleischbällchenbewehrten Allerbarmer mit Stielaugen und Nudeltentakeln. Dass Spaghettimonster ist wahr, schrieb der Prophet Bobby, denn gläubige Pastafari könnten seine Nudeln spüren, auch sei der Gottheit Wirken wissenschaftlich belegt und daher ebenfalls in den Schulunterricht aufzunehmen. Es ließ sich kochen für unsere Sünden!

Stripper im Pastahimmel

Henderson hatte die „wissenschaftliche Theorie“ ersonnen, dass das Aussterben der Piraten mit der Erderwärmung korreliert, und damit zweifelsfrei empirisch und für alle Zeiten bewiesen sei: Die einzige Ursache für die globale Erwärmung und alle anderen Naturkatastrophen ist die sinkende Zahl von Piraten seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Darum verehren die Pastafari Piraten als das „auserwählte Volk“ und fragen sich Hilfe suchend in Anlehnung ans christliche Jesus-Mantra: Was würde ein Pirat tun? Prophet Bobby schrieb die Botschaft der Nudelgottheit in dem Bestseller „The Gospel of the Flying Spaghetti Monster“ nieder. Es gibt ein Evangelium mit acht „Mir wär's wirklich lieber, Du würdest nicht ...“-Geboten und ein Glaubensbekenntnis, das ein bekanntes Versmaß aufnimmt: „Denn Dein ist die Soße, und der Käse ... In Ewigkeit, RAmen“. Wer sich auf Erden brav dran hält, auf den warten im Pastahimmel Biervulkane und jede Menge Stripper. Kein schlechtes Jenseitsversprechen. Bobby Henderson hat es dank der Buchtantiemen schon zum irdischen Paradies in der Südsee geschafft - seine Botschaft unter anderem nach Brandenburg.

Bruder Spaghettus trägt ein Kopftuch mit Pirateninsignien, ohne geht er nicht aus dem Haus. Die Weltanschauung verlangt es so von dem Pastafari, das Fliegende Spaghettimonster will es. Darum hat Bruder Spaghettus sich auch für sein Führerscheinfoto mit Kopftuch ablichten lassen. Mit der Behörde in seiner Heimatstadt Templin liegt der Rauschebärtige im Clinch, denn für das

Denn Dein ist die Soße: „Das Evangelium des Fliegenden Spaghettimonsters“ von Bobby Henderson.

Lichtbild in seinem Personalausweis gelten strengere Vorgaben. Doch Spaghettus wird sich nicht so einfach brechen lassen und will die Sache vor dem Verwaltungsgericht in Potsdam weiterverhandeln.

Fotos mit Pastabezug in offiziellen Dokumenten sind eine medienwirksame Waffe im Kampf gegen die Sonderrechte von Religionsgemeinschaften. In Australien hat sich kürzlich ein Mann mit Nudelsieb auf dem Kopf für seine Waffenlizenz ablichten lassen. Der Mann wurde psychologisch untersucht und für gesund befunden. Die Behörde wies ihn an, ein neues Foto ohne Sieb anfertigen »

Kirchenprivilegien

Kirchenprivilegien sind Rechte und Vorteile, die allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften eingeräumt werden, die den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erlangen. Das staatskirchenrechtliche „Privilegienbündel" umfasst jedoch nicht nur die Rechte, die schon das Grundgesetz selbst mit dem Körperschaftsstatus verbindet, sondern auch zahlreiche Sonderregelungen, Vergünstigungen und Mitspracherechte, die in den verschiedenen Bundes- und Landesgesetzen enthalten sind.

Aus dem Privilegienbündel ergeben sich Rechtsfolgen wie etwa:

- Anspruch auf Staatsleistungen (derzeit rund 480 Millionen Euro pro Jahr)
- Renovierung von Gebäuden in Kirchenbesitz mit öffentlichen Mitteln
- öffentliche Förderung kirchlicher Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Altenheime
- Ausbildungsfinanzierung von Religionslehrern und Priestern an theologischen Fakultäten
- Anspruch auf Einrichtung von Religionsunterricht
- Vergünstigungen und Befreiungen im Steuerrecht sowie Kosten- und Gebührenrecht
- Recht auf Erhebung der Kirchensteuer
- Ausnahme kirchlicher Betriebe vom Antidiskriminierungsgesetz
- Ausnahmen im Hinblick auf das Arbeitsrecht, insbesondere das Arbeitszeitrecht
- Berechtigung zur Beschäftigung von Kirchenbeamten (Dienstherrenfähigkeit)
- Versicherungsfreiheit der Geistlichen in der Kranken- und Rentenversicherung
- Recht auf Beisitzer in der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Schwindender Anspruch

In Schleswig-Holstein wird darüber diskutiert, ob die Formulierung „in Verantwortung vor Gott und den Menschen" in die Landesverfassung aufgenommen werden soll. Es ist eine anachronistische Debatte. Im Jahr 2010 gehörten 59,4 Prozent der Bevölkerung in Deutschland der katholischen oder evangelischen Kirche an. Die größte Gruppe unter den nicht christlichen religiösen Menschen sind die Muslime mit 4,9 Prozent. Laut Prognose werden schon in 20 Jahren weniger als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen einer der großen Kirchen angehören. Dann sind die Christen in der Minderheit, die praktizierenden sind es längst. Viele Kirchenmitglieder sind alt, alljährlich sterben etwa 500.000 Katholiken und Protestanten. 2013 traten fast 180.000 Menschen aus der katholischen Kirche aus, nur 3.062 traten ein. Eine Studie des Sinus-Instituts kam 2013 zu dem Ergebnis, dass die katholische Kirche und der christliche Glaube im Leben der Menschen eine zunehmend geringere Rolle spielen: „Die lebensweltliche Einbettung von Religion ist weitgehend verloren gegangen, […] der katholische Glaube und sein Regelwerk tragen nur noch bei wenigen unmittelbar zum Sinn des Lebens bei."

zu lassen, andernfalls würden seine Waffen konfisziert. Auch der Österreicher Niko Alm (siehe Interview) musste im weltweit ersten erfolgreichen Verfahren um ein Führerscheinfoto mit Nudelsieb-Hut zum „Idiotentest". In Staaten der USA wurde in der Sache unterschiedlich Recht gesprochen: In Texas ist das Sieb erlaubt, in New Jersey nicht. In Tschechien und Belgien scheiterten Pastafari mit ihren Ansinnen, das Küchenutensil als religiöse Kopfbedeckung in ihren Personalausweisen zu dokumentieren.

Taufe mit Nudelwasser

Rüdiger Weida ist Bruder Spaghettus und kein Spinner, sondern ein nachdenklich wirkender, 63-jähriger Rentner. Dem früheren Jugendsozialarbeiter in Templin ist es mit dem lustigen Nudelding sehr ernst: „Wir nehmen Glaubensinhalte auf die Schippe, aber deshalb ist unsere Bewegung kein Ulk", sagt der Vorsitzende der Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters Deutschland, die seit 2006 eingetragener Verein und seit 2011 eine anerkannte gemeinnützige Körperschaft ist. Sie sei die einzige juristische Person des Pastafaritums im deutschsprachigen Raum und Templin die älteste Nudelgemeinde in Deutschland, sagt Weida und kündigt an: „Im Herbst dieses Jahres wollen wir in der Uckermark die erste Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters einweihen."

Der Zeremonienraum ist ein ehemaliger Stall, zur Altarweihe soll der Bürgermeister von Templin eingeladen werden, wie das halt bei diesen Gelegenheiten so üblich ist im deutschen Gemeindeleben. Es ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass der Würdenträger die ihm angetragene Ehre in diesem Fall annehmen wird. Bruder Spaghettus geht kurz in sich. Der Altar, wie soll der erste Altar der Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters eigentlich aussehen? Die Gemeinde wird ins Buch schauen und um Interpretationen ringen müssen.

Die Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters zählt in Deutschland etwa ein Dutzend Gemeinden mit rund 100 Mitglie-

Fotos: Rüdiger Weida; dpa; privat

Niemals ohne Piratentuch: Rüdiger Weida hat es als erster deutscher Pastafari mit typischer Kopfbedeckung auf ein Ausweisdokument geschafft.

dern. Glaubensbrüder schätzen die Zahl der Sympathisanten hierzulande auf mehrere Millionen. Nachweislich Tausende verfolgen die unterschiedlich regsamen Aktivitäten der Gemeinden in den sozialen Netzwerken. Die spaghettimonsterliche Ökumene erfreut sich eines lebendigen Austauschs, die Bandnudel der Sympathie reicht bis Russland. Die Kirche unterstützt säkulare Aktionen wie etwa die Buskampagne „Es gibt keinen Gott“, die weltweit in mehreren Ländern die Botschaft „Gottlos glücklich“ auf die Straße bringt. Auf Kirchentagen verteilen Weida und seine Mitstreiter regelmäßig Flyer und halten im feierlichen Rahmen von Nudelmessen humanistische Predigten, sie demonstrierten gegen Scientology und das Volksbegehren „Pro Reli“. Doch eigentlich geht es dem alten Piraten um etwas anderes.

„Wir möchten nicht nur im Internet bleiben, sondern uns den einen Vorteil von Religion zu eigen machen - nämlich Gemeinschaft zu erzeugen“, so Rüdiger Weida. Darum werden Feiertage in Piratenmanier zurückerobert und ideologisch neu besetzt, auf dass die Gemeinde zum Pastabrechen während des Ramendan zusammenkomme, zum Garfreitag und zum Passtahfest. Kinder wurden bereits mit Nudelwasser getauft und in Hamburg auf einem Schiff voller Piraten eine pastafarianische Hochzeit gefeiert.

Die Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters hinterfragt das tradierte Verhältnis von Staat und Religion mit wachsender Zuversicht. Das Preisgeld für jeden, der beweisen kann, dass Jesus nicht der Sohn des Spaghettimonsters ist, wurde bereits von 250.000 auf eine Million Dollar erhöht. ●

RALF KALSCHEUR, freier Autor in Berlin, hält es mit der Religion wie Homer Simpson: „I don't even believe in Jebus ... Save me, Jebus!“
Kalscheur@KTGB.de

Herr im Himmel

Als 2013 am Karfreitag in Bochum der Film „Das Leben des Brian“ öffentlich aufgeführt wurde und die Stadt Bochum zwang, den Verstoß gegen das Feiertagsgesetz zu verfolgen, zitierte der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) eine Forsa-Studie aus 2007: 56 Prozent der Befragten führen ein „eigenständiges, selbstbestimmtes Leben frei von Religion und dem Glauben an einen Gott“. „Eine den Bevölkerungsmehrheiten angepasste Säkularisierung des Feiertagsgesetzes ist lange überfällig. In seiner jetzigen Form gewährt es Artenschutz für eine weltanschauliche Minderheit und bevormundet Nichtreligiöse“, sagte Rainer Ponitka, Pressesprecher des IBKA in Nordrhein-Westfalen.

Welche Kirchenprivilegien sind noch zeitgemäß und sinnvoll? Viele Ansprüche gehen über 200 Jahre zurück. Damals enteignete der Staat die Kirchen – und leistet dafür bis heute Entschädigungszahlungen. Es sind Milliardensummen zusammengekommen, die alle Steuerzahler – auch konfessionslose, Muslime oder Angehörige anderer Religionen – für die christlichen Kirchen bezahlt haben. Befürworter des Status quo weisen darauf hin, dass die Kirchen als freie Träger sozialer Einrichtungen dem Staat mehr Geld sparen, als ihn die Unterstützung kostet. Vielleicht auch, weil die kirchlichen Einrichtungen sich nicht an Arbeitnehmerrechte halten müssen. Die von der Allgemeinheit finanzierten Arbeitsplätze werden indes nur an Kirchenmitglieder vergeben, denn Antidiskriminierungsvorschriften gelten nicht.

Sonderrechte von Religionsgemeinschaften, die in der Öffentlichkeit stärkere Ablehnung erfahren, betreffen die Genehmigung des Schlachtens ohne Betäubung (Schächten) sowie das Recht auf die medizinisch nicht erforderliche Beschneidung männlicher Kinder. Von Muslimen wurde vor verschiedenen Gerichten die Befreiung von Mädchen aus religiösen Gründen vom Sport- und Schwimmunterricht gefordert. Das Bundesverwaltungsgericht urteilte 2013 schließlich, dass das Grundrecht der Glaubensfreiheit keinen Anspruch darauf vermittele, im Rahmen der Schule nicht mit Verhaltensgewohnheiten Dritter konfrontiert zu werden, die außerhalb der Schule an vielen Orten im Alltag verbreitet seien. Auch habe die Klägerin nicht verdeutlichen können, inwiefern beim Anlegen eines Burkini die aus ihrer Sicht maßgeblichen muslimischen Bekleidungsvorschriften verletzt worden wären. Im Jahr 2009 wies das Bundesverfassungsgericht eine Klage von Baptisten ab, die ihre Kinder von Aufklärungsunterricht und Schulkarnevalsfeiern fernhalten wollten.

„Das Leben des Brian“

Vom **richtigen Lachen** über das Falsche

Mit erfundenen Nachrichten den Erfolg zu suchen klingt nach keinem vielversprechenden Konzept. Der satirischen Online-Zeitung *Der Postillon* ist genau dies gelungen. Gründer und Hauptautor Stefan Sichermann bringt aus dem Kinderzimmer seiner Tochter heraus jeden Tag die Deutschen zum Lachen. Seriöse Medien finden das nur bedingt lustig. // TEXT // **KAPKA TODOROVA**

„Barack Obama schenkt Angela Merkel zum 60. Geburtstag ein neues Handy." Das war eine der meistgelesenen Nachrichten zum Ehrentag der Kanzlerin. Sogar der Brief von Helmut Kohl an seine Nachfolgerin wurde nicht so oft in den Medien zitiert wie der von der satirischen Internetseite *Der Postillon* verbreitete Gag. Allein auf Facebook, wo der Blog längst zu den meistgelesenen Medien im deutschsprachigen Raum zählt, hat die Meldung 83.810 Fans erreicht. Mehr als 10.000-mal am Tag wird der Satireblog *Der Postillon* aufgerufen, 140.000 Fans hat er auf Facebook. 2013 gewann Gründer Stefan Sichermann den Grimme-Preis.

Man sollte vermuten, hinter einer so erfolgreichen Internetseite stehe ein ganzes Team von Textern, Ideentreibern, Marketingexperten und Social-Media-Managern. *Der Postillon* ist aber eine One-Man-Show. Der einzige Redakteur, zugleich Chefredakteur und Geschäftsführer, ist ein 33-jähriger Mann aus Fürth. Und das ist kein Witz. Sichermann allein schreibt die Hälfte der Geschichten, die anderen liefern freie Autoren zu. Er ist so beschäftigt, dass er sich mittlerweile nicht einmal Zeit für Interviews nehmen kann. Ein wenig ist diese Zurückhaltung aber auch eine selbst gewählte: Auf Ruhm und Medienaufmerksamkeit ist der Cyber-Satiriker nicht aus.

Stefan Sichermann hat es binnen nur sechs Jahren geschafft, aus dem Kinderzimmer seiner Tochter heraus eine der meistgelesenen Online-Zeitungen in Deutschland zu etablieren. Heute steht *Der Postillon* in den Top Ten der Online-Tageszeitungen und wird gerne von der *Tagesschau*, im *Spiegel* oder in der *Süddeutschen Zeitung* zitiert. Das macht Sichermann zu einem der wenigen Blogger im Lande, der von seiner Arbeit leben kann.

Auf die Idee zu seinem Satireblog kommt er 2008. Damals textet er in einer Hamburger Werbeagentur. Kurze lustige Geschichten schreibt er in seiner Freizeit, manchmal sogar während der Mittagspause. Sie gelingen ihm immer besser, irgendwann sichert er sich die Webadresse www.der-postillon.com. Drei Jahre später macht er sich selbstständig und zieht mit seiner Freundin nach Fürth. Das Konzept für seinen Erfolg hat er da schon ausgearbeitet. „Es gibt den Anachro-

EuGH-Urteil: Spanien muss vakante Königsstelle EU-weit ausschreiben

Madrid (dpo) - Bisher ging man nach der Abdankung des spanischen Königs Juan Carlos davon aus, dass automatisch sein Sohn Felipe auf den Thron nachrücken würde. Doch wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) jetzt urteilte, muss der spanische Staat die Königsstelle regelkonform EU-weit ausschreiben. Für den Job als neuer *Rey de España* können sich nun alle Bürger der Europäischen Union bewerben, sofern sie volljährig sind.

[Weiterlesen]

Grimmepreisträger Stefan Sichermann: *Der Postillon* ist einfach im Lügen besser als die klassischen Medien im Verbreiten von Wahrheiten.

nismus, dass man in jeder Zeitung und auf jeder Website die gleichen Agenturmeldungen lesen kann. Doch heute, wo alle viele Seiten lesen, ist das sinnlos. Man muss sich absetzen", sagt er der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Sich absetzen ist genau das, was er kann - allerdings online.

„Übrige 1.578 US-Spione in Deutschland traurig über Rauswurf von geschätztem Kollegen", lautete eine der Titelzeilen auf *Der Postillon*, während alle anderen Medien tagelang über den Agentenskandal im gleichen Takt und mit ähnlichem Wortlaut berichteten. Oder nach der WM: „Anthropologische Studie: Gauchos gehen ganz normal." Mit seiner Überschrift zeigte Sichermann, wie skurril der Aufschrei um den Freudentanz der Nationalmannschaft vor dem Brandenburger Tor war. „Der Postillon verdient einen Nobelpreis", postete daraufhin einer seiner eine Million Fans bei Facebook unter dem Artikel.

Mittlerweile zählt der Blog mehr Fans in dem sozialen Netzwerk als *Süddeutsche*, *FAZ*, *Welt*, *taz* und *Titanic* zusammen. Das Geschäft mit dem Witz boomt. Lange Zeit war die einzige satirische Zeitung im Netz die Onlineausgabe der *Titanic*. Seit einigen Jahren werden auf der Website des Magazins regelmäßig ausgewählte Inhalte der Printausgaben, aber auch kurze Texte und Bildwitze veröffentlicht. Erst 2011 kam *Der Postillon* dazu. Mittlerweile aber wimmelt es vor satirischen Zeitungen im Netz: *Der Kojote*, *NichtDieWelt*, *Eine Zeitung*, *Der Elefant* gehören zu den Konkurrenten. In den sozialen Medien finden alle diese Seiten enorme Verbreitung.

Das Vorbild aller Web-Kabarettisten stammt aus den USA. *The Onion* heißt die bekannteste, meistzitierte und meistbesuchte satirische Website in englischer Sprache. Seit 1988 verbreitet das Blatt falsche Schlagzeilen, und seitdem es 1996 online ging, sorgt *The Onion* weit über die amerikanischen Grenzen hinaus für Furore.

Am Beispiel der Amerikaner hat sich auch Stefan Sichermann orientiert. Genau wie das Blatt aus den USA parodiert er die seriösen Medien. Im *Postillon* schreibt Sichermann in den für eine Zeitung üblichen Rubriken „Politik", „Wirtschaft" oder „Sport" in eben jenem trockenen Stil, der für Agenturen typisch ist. Um noch mehr vermeintliche Authentizität zu schaffen, setzt er unter seine Meldungen das Kürzel „dpo". Daher passiert es nicht selten, dass einer seiner Scherze als reale Geschichte interpretiert wird, was unter Web-Kabarettisten als großer Erfolg gilt.

So gelang Sichermann Anfang des Jahres ein großer Coup, als alle Medien über den Wechsel des früheren Kanzleramtsministers Ronald Pofalla in den Vorstand der Deutschen Bahn berichteten. Mit der Behauptung, er habe als Erster die Nachricht gemeldet, ließ Sichermann viele Leser und Medien glauben, dass es sich lediglich um einen seiner Scherze handele. Später gab der Satiriker zu, dass er den Bericht über den CDU-Politiker in seinem Online-Satireblatt um einen Tag zurückdatiert hatte. Mit diesem Kniff hob er das Spiel um Wahrheit oder Satire auf eine interessante Metaebene.

Einen schönen Treffer landete Sichermann auch nach dem WM-Halbfinalsieg gegen Brasilien: „Kneipenwirt, der für jedes deutsche Tor einen Schnaps gratis versprochen hat, pleite", vermeldete *Der Postillon*. Einen Tag später war die Meldung als echt in Dutzenden russischen Medien verbreitet. Sichermann wäre aber nicht er selbst, betrachtete er seinen eigenen Erfolg nicht ebenfalls mit Humor: *Der Postillon* sei einfach im Lügen besser als die klassischen Medien im Verbreiten von Wahrheiten, lautet seine Erklärung. ●

KAPKA TODOROVA arbeitet seit 18 Jahren als Korrespondentin für osteuropäische Medien. Nachrichten und Meldungen zu schreiben ist ein sehr ernster Job, dachte sie bis vor kurzer Zeit. Dann entdeckte sie *Der Postillon* im Netz. Seitdem lacht sie über die aktuellen Themen in Deutschland – und zwar jeden Tag.
redaktion@libmag.de

Fotos: Postillon; privat

Wenn Plastikmüll zum Todbringer für Meerestiere wird, wenn Wale erbarmungslos gejagt werden und Verkehrslärm uns krank macht – dann ist **Kindernachrichtenzeit.**

Sender haften für ihre Kinder

liberal hat drei Nachrichtenformate für Kinder unter die Lupe genommen und festgestellt: Die Sendungen sind erfreulich ideologiefrei und ausgewogen – es sei denn, es geht um das Thema Umwelt. // TEXT // **BORIS EICHLER**

In Bäuchen von Walen und Albatrossen sind die Plastiktüten gefunden worden und daran sind die dann auch gestorben", tönt die Kinderstimme aus dem Radio. „Ich würde den Erwachsenen sagen, dass sie lieber einen Stoffbeutel nehmen sollen", empfiehlt eine Schülerin der Till-Eulenspiegel-Schule in Mölln. Wir hören die Kindernachrichten im NDR. Und wahrscheinlich plappern das gleich ein paar Dutzend Steppkes auf dem Rücksitz des Familienkombis lauthals den Altersgenossen im Autoradio nach und richten vorwurfsvolle Blicke an ihre Eltern, die kurz zuvor die Ladefläche mit dem Wochenendeinkauf bepackt haben; selbstverständlich in diversen Plastiktüten verstaut. Wie peinlich.

Was tun? Dem Nachwuchs erklären, dass der Plastikmüll in den Meeren nur zu einem geringen Anteil auf Tüten zurückgeht und die Tüte eher Symbol eines Problems als dessen Hauptverursacher ist? Dass Plastiktüten gerade in Deutschland nach Verwendung – anders als in anderen Regionen der Erde – im Recycling oder der Müllverbrennung landen? Dass Tragetaschen aus Baumwolle oder Jute laut einer Studie sogar 25- bis 32-mal beziehungsweise gar 83-mal wiederverwendet werden müssen, wollten sie mit der normalen beziehungsweise der recycelten Plastiktüte ökologisch konkurrieren? Und – hätten nicht genau das alles die Kindernachrichten des Norddeutschen Rundfunks erklären sollen? Der will laut eigener Aussage „Themen mit großer Relevanz beziehungsweise hohem Gesprächswert zielgruppengerecht aufbereiten und verständnisfördernd vertiefen".

Das gelingt mal so, mal so – im Fall der Plastiktüte wird jedenfalls das Gegenteil von Vertiefung erreicht. Die Vielschichtigkeit des Problems wird komplett ausgeblendet zugunsten eines einfachen Bildes: Der Einkauf landet an der Supermarktkasse im Plastikbeutel und schon schnaubt der Albatros nicht mehr putzig am Nordseestrand, sondern ringt auf der Sandbank würgend mit dem Tod. Radio, so lernt es jeder Volontär, ist „Kino im Kopf" und der Film, der in der Fantasie der Kinder entsteht, ist ein Drama.

Eigentlich kann man den Redakteuren daraus keinen Vorwurf machen. Sie gehen für die Zielgruppe Kinder nicht mehr oder weniger in die Tiefe, als es ihre Kollegen tun, die für die Erwachsenen produzieren. Hörfunknachrichten sind sowieso zu kurz, um irgendetwas halbwegs anständig zu erklären, mehr als ein Update können sie nicht leisten. Und der spezifisch unterkomplex-alarmierende Umgang mit Umweltthemen ist, jedenfalls in den deutschen Medien, gang und gäbe – vielleicht, „weil das Themenfeld – anders als die Rentenpolitik – emotional berührt und so Redakteure anzieht, die mit Herz und aus dem Bauch heraus arbeiten", wie es Alexander Neubacher, »

Foto: Thomas K./photocase

Autor des Buches „Ökofimmel“, in *liberal* 2/2012 formulierte. Die Redakteure „registrieren zwar, wenn Umweltpolitik nicht funktioniert, befürchten aber, den falschen Leuten in die Hände zu spielen, sobald sie solche Probleme thematisieren“. Das sei zwar unjournalistisch, aber „im Namen eines höheren Auftrags“ gerechtfertigt. Im Falle des schon Generationen alten Zankapfels „Jute statt Plastik“ bedeutet das in der Regel: Wer die Plastiktüte verdammt, hat die Moral auf seiner Seite – wer sie mehrfach benutzt, die Umwelt.

Umweltthemen spielen eine vergleichsweise große Rolle in den Kindernews, oft geht es um bedrohte Tierarten. Ekkehard Mutschler, Jugendmedienschutzbeauftragter und Vorstandsmitglied des Deutschen Kinderschutzbundes, hält eine starke Fokussierung auf Umweltthemen für richtig: „Umwelt ist ein Thema, das Kinder wirklich sehr beunruhigt, ein Thema, das ihnen Angst macht – bis hin zur Traumatisierung.“ In diesem Sinne kann man manche Umweltmeldung in Kindernews nur als kontraproduktiv bezeichnen. Vielleicht ist der Weg des WDR hier erfolgversprechender, den Kindern häufiger als bei der Konkurrenz Umweltprojekte aus der Region vorzustellen, die konkret etwas bewirken.

Inflationär und flächendeckend wird mit den Vorsilben **„super“** und **„mega“** gearbeitet.

Nachrichten des NDR am tendenziösesten

Von Umweltthemen abgesehen sind die von *liberal* untersuchten Kindernews erfreulich ausgewogen und durch die Bank bemüht, Sachverhalte aus verschiedenen Positionen zu beleuchten. Das hat die Analyse von über 120 Meldungen ergeben, die neben den NDR-Kindernachrichten noch vom Kinderradiokanal KiRaKa des WDR und von den ZDF-Kindernachrichten logo stammen. Den höchsten Anteil an tendenziösen Meldungen hatte dabei die NDR-Produktion mit 25 Prozent, wobei fast zwei Drittel dieser Meldungen Umweltthemen bearbeiteten. Der Anteil lag beim WDR (12 Prozent) und beim ZDF (8,7 Prozent) deutlich niedriger, sodass man von Ausnahmen sprechen kann. Beispiele: Bei logo entwickelte sich zum Thema Europawahl ein Bild, nach dem es beim Wahlgang mehr um ein Ja oder Nein zu Europa gehe als um unterschiedliche politische Konzepte für den Kontinent – aber diese Form der Berichterstattung wurde auch dem öffentlich-rechtlichen Erwachsenenfernsehen vorgeworfen. Für den WDR ist es beim Thema schulische Inklusion, also dem gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen, offenbar ausgemachte Sache: Der von der rot-grünen Landesregierung eingeschlagene Weg zur inklusiven Bildung an allgemeinbildenden Schulen ist selbstverständlich richtig. Kritik, die es in diversen Studien und nicht zuletzt von einer Mehrzahl der Lehrer in NRW daran gibt, kommt nicht zu Gehör. Schade: Gerade bei diesem Thema wären Kinder in der Lage, aus eigener Anschauung mitzudiskutieren.

Meldungen bisweilen inhaltlich überfrachtet

Besser gelungen sind die vielen Meldungen, die sich darum bemühen, den Konflikt in der Ukraine zu erläutern. Die in den Erwachsenennachrichten oft gestellte Frage nach einem Wiederaufflammen des Kalten Krieges wird vielfach aufgenommen und der historische Kontext erläutert. Der Kalte Krieg ist zugleich ein gutes Beispiel dafür, dass es einem Ritt auf der Rasierklinge gleichkommt, zwischen Neutralität und Äquidistanz zu formulieren. Im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt der Nachkriegszeit erläutert der NDR, beide Seiten hätten „ganz unterschiedliche Ideen gehabt, wie man Politik macht, und beide wollten beweisen, dass sie besser sind“. Das habe zu Streit geführt. Zugegeben: Der Verzicht auf ideologische

Foto: Kmiragaya

Details, auf eine Bewertung des aggressiven Potenzials und den vielleicht doch unterschiedlich ausgeprägten Expansionsdrang der Blöcke erleichtert die Darstellung. Aber ist es nicht – auch für Kinder – von Bedeutung, dass es Menschenrechte nur auf der einen Seite des Eisernen Vorhangs gab und Fluchtbewegungen auch nur in eine Richtung? War der Kalte Krieg nichts anderes als ein politischer Sportwettkampf zwischen den USA und der UdSSR, analog zu einer Rauferei auf dem Schulhof, bei der es darum geht auszumachen, wer der Klassenstärkste ist?

Immerhin: Sprachlich sind alle untersuchten Beiträge für Kinder geeignet. Der Satzbau ist einfach, Fremdwörter werden eliminiert und wenn unverzichtbar, werden sie erklärt. Auffällig: Inflationär und flächendeckend wird mit den Vorsilben „super“ und „mega“ gearbeitet. Neuartige Tragflächen für Flugzeuge sind „superglatt“ und der Sommer „megaheiß“.

Inhaltlich kommt manch Meldung jedoch recht überfrachtet daher. Zugegeben: Leicht ist es nicht, kindgerecht über die diplomatischen Dissonanzen »

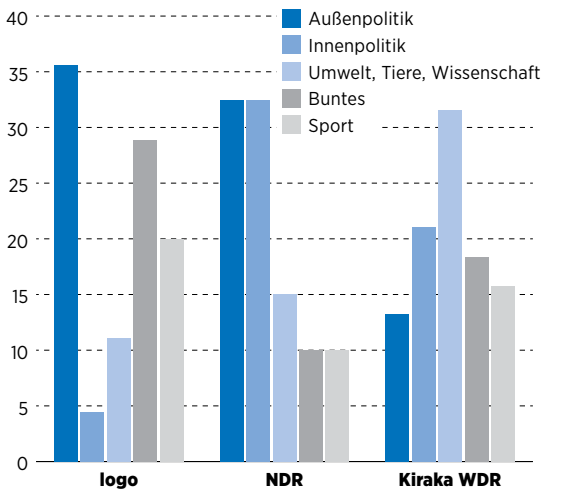
KINDERNEWS IM ÜBERBLICK

	NDR Info Nachrichten für Kinder	**WDR** Kinderradiokanal Klicker-Meldungen	**ZDF** logo
	Hörfunk	Hörfunk	Fernsehen
Kernzielgruppe	10 bis 13 Jahre	8 bis 12 Jahre	8 bis 12 Jahre
Frequenz	wöchentlich	mehrmals täglich	täglich
Pädagogische Ziele	Hilfe zum Verständnis dessen, was die „Großen“ bewegt	Hilfe zum Verständnis wichtiger Vorkommnisse auf der Welt	Erfüllung des Informationsanspruchs aus der UN-Kinderrechtskonvention
Pädagogische Schulung/ Begleitung	Nein, aber reger Austausch mit Lehrern, Eltern und Kindern	Nein	Alle Mitarbeiter werden pädagogisch geschult, einige verfügen über pädagogische Ausbildung
Orientierung an News für Erwachsene	Themen der Erwachsenenwelt sind bestimmend	Themen der Erwachsenenwelt sind bestimmend	Themen der Kinderwelt sind bestimmend
Nutzung von Untersuchungen über thematische Bedürfnisse der Kinder	Nein	Vorhandene Studien werden genutzt	Vorhandene und beauftragte Studien werden genutzt
Besondere Stilmittel	Einsatz von Kinder-O-Tönen	Keine	Animierte Erklärstücke

Basis: Selbstauskunft der Sender

Eltern sollten **gemeinsam** mit den Kindern die regulären Nachrichtensendungen konsumieren.

THEMENGEWICHTUNG
Anteil in Prozent der Themenfelder in den Kindernachrichten von …



zwischen den USA und der Bundesrepublik im Gefolge der vielschichtigen Spionageaffäre zu berichten. In kurzer Zeit muss den Kindern neben dem eigentlichen Nachrichtengehalt verständlich vermittelt werden, was Spionage ist, wer die NSA, warum Deutschland und die USA freundschaftliche Beziehungen pflegen und warum die nun auf dem Spiel stehen. Andererseits: Das Thema ist vielleicht für politisch interessierte Erwachsene superwichtig, wenn sich auch in ein paar Jahren niemand mehr daran erinnern wird; Kindern ist der diplomatische Kleinkrieg megaegal.

Sollen Kindernachrichten die Welt der Erwachsenen erklären oder sich thematisch mehr an der Welt der Kinder ausrichten? In dieser Frage gehen die Sender unterschiedliche Wege. NDR und WDR richten sich nach der allgemeinen Nachrichtenlage, das ZDF orientiert sich am Nachwuchs und präsentiert vor allem Meldungen und Berichte, die nichts mit Politik zu tun haben. Warum spucken Fußballprofis so oft auf den Rasen? Wie werden gestrandete Wale gerettet? Fragen, die logo beantwortet. Ebenso, wie ein Wurstherstellerkartell funktioniert und was es mit dem islamistischen Terror in Nigeria auf sich hat. Beim NDR dagegen stehen klassisch-politische Themen im Vordergrund.

Kinder mit dem Gesehenen nicht allein lassen

Insgesamt betrachtet sind Kindernachrichten sicher ein sinnvoller Bestandteil dessen, was man in der multimedialen Gegenwart ein „Kinder-Medienportfolio" nennen könnte. Allerdings steht zu befürchten, dass gerade jene Kinder, für die Kindernachrichten wichtig wären, von ihren Eltern mit Zeichentrick-Dauerberieselung ruhiggestellt werden. Nicht aus dem Auge verlieren sollten Eltern die Variante, sich nicht auf Kindernachrichten zu verlassen und stattdessen gemeinsam mit den Kindern die regulären Nachrichtensendungen zu konsumieren. Nur so besteht die Möglichkeit, individuell auf den Bildungs- und Erfahrungshorizont des Nachwuchses einzugehen. Ekkehard Mutschler vom Deutschen Kinderschutzbund hält diesen Weg für gangbar: „Eltern kennen ihre Kinder. Wenn sie die Nachrichten zusammen mit ihren Kindern sehen, mit ihnen darüber sprechen und sie nicht mit dem Gesehenen alleine lassen, ja. Aber nur dann." ●

BORIS EICHLER ist zu einer Zeit aufgewachsen, als es noch keine Kindernachrichten gab. Der regelmäßige Tagesschau-Konsum hat ihn nach eigener Einschätzung eher gebildet als traumatisiert.
redaktion@libmag.de

Foto: Privat

Ab zum Direktor!

Vorausgesetzt, es ist einer da. Denn viele freie Posten bleiben unbesetzt. Dafür gibt es gute Gründe. // TEXT // **KATHARINA LOTTER**

Je kleiner die Kinder sind, desto schlechter behandeln wir diejenigen, die sie ausbilden." Sätze wie dieser fallen oft, wenn es um Bildung geht, und ebenso oft werden sie müde belächelt. Ilka Hoffmann, Vorstand der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft GEW, sagt ihn trotzdem, weil sie findet, dass er gesagt werden muss. So oft, bis sich etwas ändert. Udo Beckmann widerspricht ihr nicht, aber er kommt ja auch aus derselben Ecke, als Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung VBE. Dass sich die beiden einig sind, überrascht nicht. Dass ihnen ein FDP-Politiker zustimmt, vielleicht schon eher.

Andreas Büttner ist Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg. Wenn er über die Schulen in seinem Bundesland spricht, wird er ärgerlich. „Wir haben keine nennenswerten Bodenschätze", sagt er, „alles was wir haben, sind unsere Köpfe und die Köpfe unserer Kinder. Wenn wir die Bildung in unserem Land nicht deutlich verbessern, dann schießen wir alles, was uns wirtschaftlich und gesellschaftlich nach vorne bringen könnte, einfach in den Orbit."

Büttner besucht viele Bildungseinrichtungen in Brandenburg, oft sind Schulen darunter, die ohne eigene Leitung auskommen müssen. Natürlich sei immer jemand da, kommissarisch bestellt, in Vertretung, vielleicht auch ein Team aus mehreren Lehrkräften, aber eine gesamtverantwortliche Leitung fehlt. Seine parlamentarische Anfrage im September 2013 wurde dann auch entsprechend beantwortet: An 34 Schulen des Landes ist die Stelle der Schulleiterin oder des Schulleiters nicht besetzt, an 54 Schulen fehlen die Stellvertretungen der Schulleitung. Bei 749 Schulen in öffentlicher Trägerschaft entspricht dies einem prozentualen Anteil von 4,54 beziehungsweise 9,81 Prozent. Auch wenn es wünschenswert sei, dass alle Schulen eine dauerhaft bestellte Schulleitung haben, ließ die brandenburgische Bildungsministerin Martina Münch (SPD) mitteilen, sei die Zahl der unbesetzten Stellen nicht als problematisch einzuschätzen. Darüber, meint Büttner, müsse man diskutieren. »

Foto: Petersen/Joker/Ullstein

Es stimmt, dass manche Schulleitungsposten nicht nachbesetzt werden, weil es die dazugehörigen Schulen bald nicht mehr geben wird. Es stimmt, dass andere nicht besetzt werden, weil sie seit Jahren von kranken Schulleitern blockiert werden, die ein verbrieftes Recht auf Rückkehr haben. Es stimmt, dass manchmal eine frei gewordene Stelle einfach nur zu spät ausgeschrieben wurde. Aber was ist mit dem Rest?

Tatsächlich gibt es ein Nachwuchsproblem an Deutschlands Schulen, nicht nur in Brandenburg, sondern bundesweit, und nicht erst seit heute. Das sei kein neues Phänomen, erklärt etwa das Kultusministerium in Baden-Württemberg: „Die Suche nach geeigneten Schulleiterinnen und Schulleitern ist schon immer eine Herausforderung gewesen." Auf manche offenen Stellen gehen nur ein bis zwei Bewerbungen ein, auf manche überhaupt keine. Und wer eine Schule leiten will, bewirbt sich in der Regel für mehrere Positionen, kann aber natürlich nur eine besetzen. Andreas Büttner appelliert an die Kommunen, für mehr Attraktivität zu sorgen: „Was hindert eine Gemeinde daran, ihrem künftigen Schulleiter zum Beispiel bei der Wohnungssuche zu helfen? Wer gute Leute haben will, muss sich etwas einfallen lassen."

Die gängige Unterstellung, dass viele Lehrer Anstrengung und Verantwortung scheuen, drängt sich auf, insbesondere bei allen Kritikern der Verbeamtung. „Schulleiter sind eigentlich Unternehmer, und um Unternehmer zu sein, braucht es Mut", sagt Arne Ulbricht, selbst Lehrer, der im letzten Jahr mit seinem Buch „Lehrer – Traumberuf oder Horrorjob? Ein Insiderbericht" große Aufmerksamkeit erfuhr. „Vielen Lehrern fehlt genau dieser Mut. Die Verbeamtung zieht eben Menschen an, die Sicherheit suchen."

Ilka Hoffmann dagegen ist sich sicher, „dass es genügend Lehrer gibt, die gerne mehr gestalten würden und die auch das Zeug dazu hätten, eine Schule zu leiten. Sie brauchen aber eine faire Chance, sich gut auf diese Aufgabe vorzubereiten. Da haben einige Bundesländer noch Nachholbedarf – Kurse auf freiwilliger Basis, die in der Freizeit stattfinden, reichen nicht aus. Und auch die Bedingungen im Amt selbst müssen dringend verbessert werden." Auffällig ist, dass bundesweit besonders häufig die Grund- und Förderschulen vom Bewerbermangel betroffen sind. Das ist kein Zufall, denn dort begegnet man allem, was Lehrer von einer Karriere als Schulleiter abhält, in besonders geballter Form:

Im Schuljahr 2012/2013 lag der bundesweite Anteil der weiblichen Lehrkräfte an den Grundschulen bei 88,2 Prozent. Ilka Hoffmann erklärt, dass es in der Vergangenheit kaum Einstellungen gab und nun das Mittelfeld fehle, das die Leitung der Grundschulen übernehmen könne, „Kolleginnen, deren Kinder alt genug sind. Die Älteren gehen in Pension, und die jungen Frauen gründen gerade ihre Familie. Die haben einfach keine Zeit und keine Energie für die Leitung einer Schule."

Arne Ulbricht bestätigt das: „Der Lehrberuf gilt als familienfreundlich, weil Teilzeit möglich ist. Dann wieder in die vollen 100 Prozent zurückzugehen, ist schwer. Auf einen Schulleiter warten aber 120 Prozent - mindestens." Udo Beckmann hat selbst lange als Schulleiter gearbeitet und berichtet, dass das Aufgabenspektrum in den vergangenen Jahren deutlich umfangreicher geworden sei: Mehr Eigenverantwortung, mehr Qualitätskontrollen, Evaluationen, Rechenschafts- und Dokumentationspflichten. Der Verwaltungsaufwand wächst, und Verwaltung frisst Zeit.

In manchen Bundesländern sind Schulleiter nicht nur Ansprechpartner für Schüler, Lehrer und Eltern, zuständig für die Organisation des Schullebens, die Weiterentwicklung ihrer Schule und ihres Kollegiums. Sie verwalten auch das schuleigene Budget. Verändern sich die Schülerzahlen oder die Anforderungen an die Schulgebäude, so liegen die Entwicklung neuer Nutzungskonzepte, die Verhandlungen mit Architekten und die Ausschreibung öffentlicher Aufträge ebenso in den Händen der Schulleitung. Udo Beckmann ärgert sich darüber, dass Schulleiter notgedrungen auch Aufgaben übernehmen müssen, die ebenso Sekretariat oder Hausmeister erledigen könnten: „Die Kommunen stellen zwar Verwaltungskräfte ein, aber oft nur für wenige Stunden. Das Sekretariat ist an vielen kleinen Schulen nur an wenigen Tagen besetzt. Und Hausmeister betreuen heute mehrere Schulen und sind deshalb oft nicht greifbar, wenn sie gebraucht werden."

Dazu kommt: Wer eine Schule leitet, müsse sie auch angemessen repräsentieren, sei Vorbild, eine öffentliche Person, von der man erwartet, dass sie Präsenz zeigt, wenn sich ihre Schüler in der Musikschule oder im Sportverein engagieren, so Beckmann. Und dann bleibt da ja auch immer noch der Unterricht.

Je nach Schulart und Bundesland variiert die Zahl der Stunden, die Schulleiter für die Wahrnehmung ihrer Leitungsfunktion freigestellt werden, und an diesen Zahlen entzündet sich regelmäßig Kritik. Wieder sind es die Grundschulen, die dabei hervorstechen, dort ist die Anzahl der Stunden noch höher als an anderen Schulen,

Die Arbeit mit kleineren Kindern hat diesen Niedlichkeitsfaktor und wird deshalb schlechter bezahlt.

und die Bezahlung fällt zudem geringer aus. Der Leiter einer Grundschule verdient so viel wie ein Gymnasiallehrer im Eingangsamt. Das Brutto-Grundgehalt in der Besoldungsstufe A13 liegt derzeit, je nach Bundesland, zwischen etwa 3.200 und 3.700 Euro. „Das ist sicher auch ein Grund, warum so wenige Männer an die Grundschulen gehen", vermutet Ilka Hoffmann. „Die Arbeit mit kleineren Kindern hat diesen Niedlichkeitsfaktor und wird deshalb schlechter bezahlt." Andreas Büttner teilt diese Einschätzung: „Die pädagogische Arbeit an den Grundschulen wird unterschätzt und kleingeredet, dabei bereitet sie den Boden für alles, was danach kommt. Sie sollte deshalb auch gleichwertig honoriert werden."

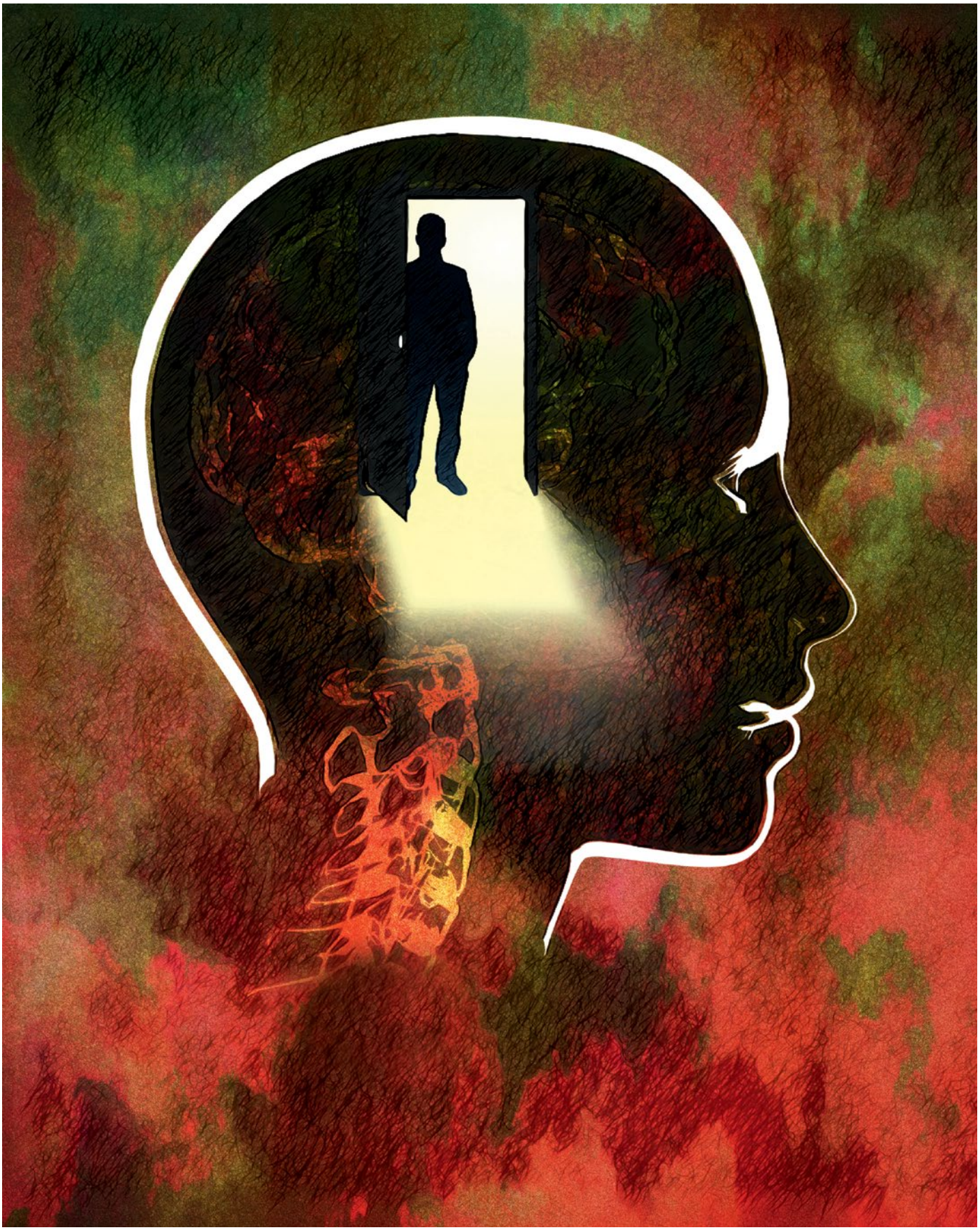
Udo Beckmann hat ausgerechnet, dass eine Anhebung der Gehälter für Schulleiter und Konrektoren in NRW abzüglich der Ersparnis durch Schulschließungen zu jährlichen Mehrausgaben von 9,9 Millionen Euro führen würde – eine große Summe, die aber gerade einmal 0,6 Promille des Gesamthaushalts des Schulministeriums ausmache. Auch Andreas Büttner ist überzeugt, dass Investitionen in Bildung durchaus finanzierbar seien. „Das Steueraufkommen reicht aus, auch in Brandenburg, es muss nur besser eingesetzt werden. Wenn gespart werden muss, dann bitte anderswo, zum Beispiel in der Landesverwaltung."

Eine Aufwertung der Grundschulpädagogen und höhere Zuschläge für alle Schulleiter, damit ihr Verdienst auch ihren deutlich höheren Einsatz innerhalb des Kollegiums widerspiegelt – Geld spielt bei der Frage nach dem Warum eine große Rolle. Für Sven Korndörffer, Mitglied der Wertekommission, ein Verein, der sich für ein wertebasiertes Führungsverständnis in Unternehmen starkmacht, ist dies ein Alarmsignal. Die Forderung nach mehr Geld sei immer auch ein Hinweis auf mangelnde Wertschätzung: „In der freien Wirtschaft ist eine angemessene Bezahlung für Führungskräfte sozusagen ein Hygienefaktor und in diesem Sinne auch motivationserhaltend", sagt er. „Noch wichtiger aber sind Wertschätzung und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Fehlen diese Dimensionen, sind es oft Geld, Status und Macht, die zur alleinigen Quelle von Motivation werden."

Spricht man mit Schulleitern, dann wünschen sie sich natürlich auch eine bessere Bezahlung. Dank der starren Besoldungsordnung sind diesen, anders als in der freien Wirtschaft, sehr enge Grenzen gesetzt, eine leistungsabhängige Entlohnung ist kaum möglich. Aber viele von ihnen fühlen sich zudem einfach überfordert, gegängelt und alleingelassen in diesem Spannungsfeld zwischen Lehrern, Schülern, Eltern, der Kommune, den vorgesetzten Behörden und der Politik. „An manchen Schulen in der Sekundarstufe gibt es Leitungsteams, in denen sich einer auf Organisation und Verwaltung spezialisiert und der andere auf Schulentwicklung und Didaktik", sagt Gewerkschafterin Hoffmann. „Ich halte das für die richtige Idee, auch an kleineren Schulen und an den Grundschulen wäre eine höhere Arbeitsteiligkeit sinnvoll." Sie spricht sich damit für eine neue Form der Führung aus, wie sie in der freien Wirtschaft längst etabliert ist. Auch das überrascht vielleicht. Aber am besten gestaltet man Zukunft eben immer noch, indem man voneinander lernt. ●

KATHARINA LOTTER ist Diplom-Wirtschaftsjuristin (FH) und freie Journalistin. Bei ihren Recherchen begegnete sie Schulleitern, die gerne von ihrer Arbeit erzählten, aber anonym bleiben wollen, weil sie als Beamte Nachteile befürchten, wenn sie Kritik öffentlich äußern.
redaktion@libmag.de

Foto: Ulrich Baumgarten/Getty; privat



DIE TÜR STEHT OFFEN

Für den Neubeginn mit Blick auf die nächste Bundestagswahl im Jahr 2017 sind enorme Anstrengungen der FDP in eigener Markenpflege erforderlich. Sie hat mit der Wahl einer Erfolg versprechenden neuen Führungsspitze unter Christian Lindner einen guten Anfang gemacht. Der Kurs ist klar. Die Schwierigkeiten sind es aber auch.

// TEXT // **WOLFGANG GERHARDT** // ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**

Menschen wollen immer die Wahrheit hören, viele wählen aber die Märchenerzähler und greifen zu verführerischen Angeboten aus der politischen Apotheke, deren Beipackzettel hinsichtlich der Nebenwirkungen und Verfallsdaten nicht gelesen werden. Viele Menschen können mit dem Thema Freiheit nicht allzu viel anfangen. Freiheit erscheint ihnen nicht so bedeutsam, klingt für viele zu abstrakt oder zu metallisch; viel wichtiger ist die ordentliche Mülltrennung.

Freiheit mag kein Mehrheitsprogramm für Deutschland sein, sie ist aber deshalb noch lange nicht klein und exklusiv. Freiheit ist in ihrem qualitativen Kern die Voraussetzung dafür, dass Menschen ihren eigenen Lebensweg wählen können. Das geht nicht ohne soziale Sicherheit, aber eben auch nicht ohne ideelle Voraussetzungen wie eigene Leistungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl für sich wie für die anderen. Wir nennen das Zivilisiertheit. Sie macht die Qualität einer Gesellschaft aus. Liberale Politik ist deshalb auf Chancen für alle und vor allem auf Chancengerechtigkeit verpflichtet. Chancen sind allerdings noch keine Garantien, sie werden erst durch individuelle Anstrengungen zu konkret gelebten Biografien. Und diese wiederum sind von Fähigkeiten abhängig, die ungleich verteilt sind. Der genetische Zufall macht uns zwar alle einzigartig, aber eben auch in unseren Stärken und Schwächen und Fähigkeiten. Selbst Margot Käßmann und dem Papst ist es bisher noch nicht gelungen, die Schöpfung diesbezüglich aus den Angeln zu heben.

CDU/CSU, SPD und die Grünen, die Linken sowieso, haben das Schwergewicht ihrer Programmatik verschoben. Sie verweisen auf die Anpassungslast, die mit der Freiheit verbunden ist, und liefern sich einen Überbietungswettbewerb als Beistandsvertreter mit Betreuungs-, Verteilungs- und moralischen Pathosbotschaften vor dem Hintergrund lähmender, problemverschärfender Perspektiven. Es wird nicht auf Freiheit und Verantwortung hintrainiert, sondern auf Anspruch; auf Staatskunden, nicht auf Staatsbürger. Im Ernstfall sind alle immer Opfer. Es genügt der Hinweis auf die Kälte der westlichen Zivilisation. Das ist kein emanzipatorisches Programm.

Die Agenda 2010, die Deutschland als erfolgreichstes Land Europas beschäftigungssicher durch die Krise gebracht hat, wird rückabgewickelt. Die Funktionsfähigkeit der Tarifvertragsparteien wird zerstört, der Generationenvertrag wird durch die Rentenpolitik gebrochen. Gesellschaft und Politik verhalten sich gegenwärtig hedonistisch: Sie kennen nur die Gegenwart. Wer dagegen opponiert, wird als Moralzerstörer gebrandmarkt. Eine Mentalitätsänderung ist überfällig.

Der Begriff Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Leider wird unter Nachhaltigkeit zumeist nur der Verzicht auf Raubbau im ökologischen Sinne verstanden. Liberale sollten einen umfassenderen Begriff von Nachhaltigkeit prägen, als ihn die Grünen ihren Mitmenschen durch lebensabgewandte Verzichtsvorschriften immer wieder aufzunötigen versuchen. Nachhaltige Politik muss zukünftigen Generationen einen intakten und leistungs- »

fähigen Kapitalbestand hinterlassen, auf dem diese dann in Freiheit ihren Wohlstand und ihre Lebensqualität weiterentwickeln können. Teil dieses Kapitalbestandes ist die Qualität der Umwelt, aber eben auch das erreichte Niveau des technologischen, ökonomischen und sozialen Wissens, der Bildungsstand, die öffentliche Infrastruktur, der Stand der Staatsschulden sowie das Niveau der Besteuerung, das zukünftige Generationen durch gegenwärtige politische Entscheidungen erben.

Der Klimawandel muss uns aber nicht Lebensraum nehmen. Der demografische Wandel muss uns nicht behäbig machen. Unsere Innovationsfähigkeit muss nicht sinken. Wir müssen nicht Standards durch Rohstoffknappheit verlieren. Megatrends in Klimawandel, Rohstoffknappheit und Demografie können Energieeffizienz, Ressourcen sparende Produktionsprozesse, neue Mobilitätskonzepte und technologische Substitution hervorrufen. Es droht keine Apokalypse. Wir müssen uns nicht ausschließlich mit Bedrohungsszenarien und deren vermeintlicher Unvermeidbarkeit abfinden. Die Frage ist, welche Stärken man braucht, um aus Risiken Chancen zu machen (Roland Berger).

Es gibt genügend Menschen, die die Anfälligkeiten freiheitlicher Gesellschaften kennen. Liberale sollten sich schleunigst auf den Weg machen, diese Menschen zu erreichen. Die Tür steht offen.

Auch wenn Feuilletons und ein reger Talkshow-Antikapitalismus uns etwas anderes weismachen wollen: Marktwirtschaft ist kein kaltes Projekt, sie ist nicht nur Ökonomie. Sie ist auch nicht nur Wachstum und sie ist kulturell die Wirtschaftsordnung einer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist durch ihre Spielregeln, die die oft kritisierten Neoliberalen entworfen haben, ein einzigartiges Entmächtigungsprogramm gegen die Herausbildung unkontrollierter und intransparenter wirtschaftlicher wie politischer Macht. Dennoch führt eine Spezies von Meinungsbesitzern unverdrossen den bequemen Knüppel des Neoliberalismus-Vorwurfs stets mit sich. Wer wenig weiß, der muss eben viel glauben, und so funktioniert ihr Geschäftsmodell des Beifalls beim Gesinnungspublikum bisher recht gut.

Das Bürgerrecht auf Bildung gehört seit Ralf Dahrendorf zu den modernen Civil Rights. Er sagt aber gleichzeitig, dass es durch die, die es besitzen, auch nicht vergeudet werden darf. Bildung ist unser Pass für die Zukunft, der Ressourcenspender für die Chance zu selbstbestimmtem Leben. Das Leben ist eine Großbaustelle. Das verlangt ein komplexes Ensemble von Fähigkeiten, nicht nur fachliches Wissen und Können. Ordnung, Betragen, Fleiß und Aufmerksamkeit sind nicht die im Zuge angeblichen Wertewandels oft als altmodisch diffamierten Kopfnoten in Zeugnissen, sondern, modern ausgedrückt, Problemlösungskompetenz, Einfallsreichtum, Frustrationskontrolle, Motivation, Einsichts- und Konzentrationsfähigkeit und Durchhaltevermögen. Das sind Megakompetenzen, die eine erfolgreiche und stabile Gesellschaft braucht. Leistungsbereitschaft ist keine Körperverletzung. Die soziale Relevanz des Lernens zu vermitteln ist die Aufgabe von Elternhaus und Schule. Wer sie begreift, der wird sich anstrengen.

Es gibt genügend Menschen, die vernünftig leben wollen, sich aber nicht von Letztbegründungsapologeten belehren lassen wollen, wie sie ihr privates Leben führen sollten. Es gibt genügend Menschen, die wissen, dass überall dort auf der Welt, wo Marktwirtschaft ausgeschaltet worden ist, sich unkontrollierte wirtschaftliche und politische Macht entwickelt hat. Es gibt genügend Menschen, die wissen, dass soziale Gerechtigkeit sich nicht durch immer größeres öffentliches Budget erreichen lässt. Es gibt genügend Menschen, die diesbezüglich das Fehlen einer von Totschlagargumenten freien Debattenkultur beklagen.

Es gibt genügend Menschen, die die Anfälligkeiten freiheitlicher Gesellschaften kennen, ihre Schwächen, aber auch ihre Stärken, und die sich um einen Gleichgewichtssinn in einer Gesellschaft bemühen, der Verbindlichkeiten akzeptiert und am Gemeinwohl orientiert ist. Wer das nicht kann und das nicht mag, der kann im Übrigen auch niemanden integrieren. Liberale sollten sich schleunigst auf den Weg machen, diese Menschen zu erreichen. Die Tür steht offen. ●

DR. WOLFGANG GERHARDT ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de

Foto: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

FREIHEIT SCHENKEN – AUF BESTELLUNG

☒ Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit" im **GESCHENK-JAHRESABO** für 28 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, zzgl. 10 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. (Auslandspreise auf Anfrage) Das Geschenkabo endet automatisch nach vier gelieferten Ausgaben.

Rechnungsadresse

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Adresse des Beschenkten

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

BESTELLUNG AN: **liberal-Aboservice**
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 2241/34 91 11
per E-Mail: abo@libmag.de

ODER ONLINE: **www.libmag.de/abo**

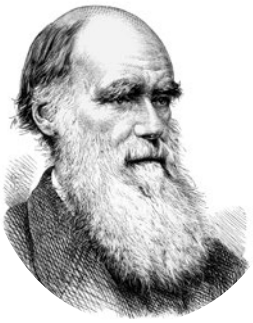
Freiheit ist ein wunderbares Geschenk. Was läge also näher, als zum Fest der Liebe ein Stück Freiheit zu schenken?

Das Debattenmagazin **liberal** verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



„WIR SIND WIE TIERE, DIE IM ZOO GROSS GEWORDEN SIND UND DIE BEKLEMMUNG UNSERER GEFANGENSCHAFT SPÜREN, ABER ÜBER DIESES SCHLUMMERNDE GEFÜHL NICHT HINAUSKOMMEN, WEIL WIR WIRKLICHE FREIHEIT NIE ERLEBT HABEN."

CHARLES DARWIN

Der moderne Wohlfahrtsstaat, nach Darwin erfunden, aber von Darwin erahnt, ist ein Menschenzoo. Was einmal Natur war, ist Kultur geworden, genauer: Verwöhnungskultur. So viel materielles Wohlbefinden, so viel Gesundheit, so viel Partizipation, so viel Versicherung und Vorsorge, so viele Lebenschancen wie heute waren noch nie in der Geschichte der Menschheit; zugleich war aber auch noch nie so viel Jammern, so allgegenwärtige Abstiegsängste, ein solch ständiges Sichzurückgesetztfühlen. Wenn Verwöhnung zur Gewohnheit wird, kommt es zu einem erstaunlichen Befund: Die Schere zwischen statistischem Wohlstand und gefühltem Unwohlsein öffnet sich immer weiter.

Der Mensch ist das seltsame Tier, das sich mit seinesgleichen ständig vergleicht. In modernen Demokratien tummeln sich Millionen solcher Tiere, die sich als Individuen verstehen. Sind die physischen Schlachten geschlagen, werden nun die emotionalen Kriege ausgefochten: Jeder vergleicht sich plötzlich mit jedem, auch und gerade nach oben, wobei es längst nicht alle aushalten, mit dem Resultat des Vergleichs zu leben.

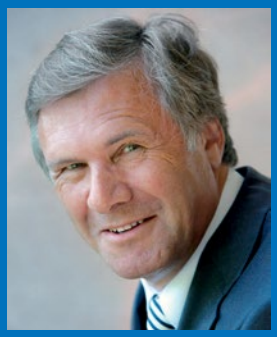
Die moderne Welt ist die Welt „des entfesselten Sozialvergleichs" (Peter Sloterdijk). Wer im Vergleich schlecht wegkommt, ist geneigt, die Schuld am Zurückbleiben hinter den eigenen Ambitionen den anderen in die Schuhe zu schieben - sie waren es, die mich an meiner Selbstverwirklichung gehindert haben. Auf Ambition folgt Reklamation. Sie hält sich an die Gedankenkette: Individuum = Unterscheidung = Ungleichheit = Ungerechtigkeit = Herstellung von Gerechtigkeit durch den Staat = Gleichheit = Benachteiligung der anderen. Hier schlägt der Hyperindividualismus in gleichmacherischen Egalitarismus um. Der anonyme Dritte soll gefälligst die Privilegierungen beseitigen, denn Auszeichnungen der anderen sind Raub an meinen eigenen Lebenschancen. Und so kommt es, dass in den im Schnitt reichsten und egalitärsten Großgesellschaften aller Zeiten viele Menschen sich so fühlen, als wären sie unterdrückte Viecher im Naturzustand.

Von wo kommt Befreiung? Wer eine überzeugende Antwort auf diese Frage bereithält, hat mehr als einen Nobelpreis verdient. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate

René Scheu ist promovierter Philosoph und Herausgeber des liberalen Autorenmagazins *Schweizer Monat*.

Fotos: wikicommons; privat



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE PLATTFORM FÜR FREIE, BÜRGERLICHE DEBATTEN ABSEITS DES MAINSTREAMS."

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin".

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen

☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit" im **JAHRESABO** für 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)

☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit" als **STUDENTEN-ABO** für 28 Euro (inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung), Immatrikulationsbescheinigung an: abo@libmag.de

☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit" als **AKTUELLES EINZELHEFT** für 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der oben genannten Adresse gekündigt wird. Auslandspreise auf Anfrage.

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

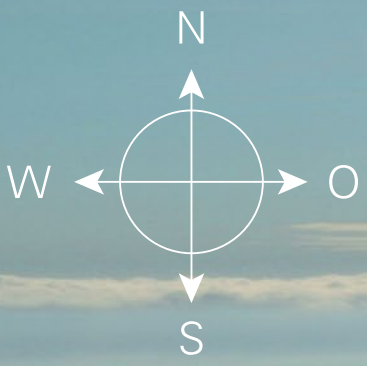
PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Freiheitsgesellschaft



Den Wert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft zu stärken, das ist unser Ziel. Denn eine mündige Gesellschaft braucht Freiheit. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Warum das so ist und warum Freiheit jeden angeht, zeigen wir auf dieser Plattform. Denn wir wissen:

Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts.

www.freiheitsgesellschaft.org
facebook.com/Freiheitsgesellschaft